

Einmal wöch. Bezugspreis für Oktober 3.00 M. einsch. Postgebühren. Einzelhefte 10 Pf. Die Zeitung ist 100 Millimeter breit, 1 M. Offertengebühren für Selbstabholer 20 Pf., bei Ueberlieferung durch die Post außerdem Postzuschlag. Einzel-Nr. 10 Pf. Sonntags-Nr. 15 Pf. Geschäfts-Zeit: 3. Sillebrand in Dresden.

# Sächsische Volkszeitung

Preiswerte Pelze  
Eigene Anfertigung  
O. Friedrich  
Dresden - A.  
Pillnitzer Str. 46  
Telefon 2709

Geschäfts-Zeit: Druck und Verlag: Saxonische Buchdruckerei GmbH, Dresden-N. 1, Bolzestraße 17. Telefon 21012. Verlagsdirektor Dresden 14797. Bankkonto: Dresdner Bank, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung  
Dresden-Königsplatz 1, Bolzestraße 17. Telefon 20711 und 20712.



**Gut sehen!**  
müssen Sie unbedingt,

wenn Sie den Anforderungen, die das tägliche Leben und der Beruf an Sie stellen, gewachsen sein wollen. In meinen beiden Geschäften erhalten Sie bereitwilligst fachmännischen Rat. Ihre Augen werden ohne besondere Berechnung zur Feststellung der erforderlichen Gläser geprüft, und die Anfertigung moderner Augengläser geschieht in meinen Werkstätten sorgfältig und schnell, in dringenden Fällen sofort.

**Optiker Rodenstock**  
Dresden - A., Altmarkt  
(Ecke Schloßstraße)  
und Prager Straße 25.

## Die Sachsenwahlen

### Das vorläufige Gesamtergebnis

Nach dem vorläufigen Wahlergebnis wurden 2 357 699 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die USPD 98 026, Deutschnationale 341 065, Deutsche Volkspartei 292 079, SPD 758 142, Kommunisten 312 112, Demokraten 111 351, Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) 237 462, Völkisch-soziale Arbeitsgemeinschaft 10 382, Zentrum 240 599, Nationalsozialistische Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) 37 736, Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung 98 258, Reichsverband der deutschen Haus- und Grundbesitzervereine 7 027.

Die Mandate verteilen sich demnach vorläufig wie folgt:  
USPD 4, Deutschnationale 14, Deutsche Volkspartei 12, SPD 31, Kommunisten 14, Demokraten 5, Wirtschaftspartei 10, Hitlerbewegung 2, Aufwertungspartei 4.

#### Wahlkreis I Ostsachsen:

	31. 10. 1926	7. 12. 1924
1. Alte Sozialdemokr. Partei . . . . .	48 227	(siehe Nr. 4)
2. Deutschnationale . . . . .	144 128	(231 086)
3. Deutsche Volkspartei . . . . .	102 155	(146 468)
4. Sozialdemokratische Partei . . . . .	209 234	(371 563)
5. Kommunisten . . . . .	8 632	(64 669)
6. Demokraten . . . . .	47 414	(80 328)
7. Wirtschaftspartei . . . . .	97 660	(35 623)
8. Völkisch-Soziale Arbeitsgem. . . . .	5 575	(15 338)
9. Deutsche Zentrumspartei . . . . .	15 655	(15 153)
10. National-Sozialisten . . . . .	7 687	
11. Aufwertungspartei . . . . .	21 770	
12. Hausbesitzer . . . . .	2 380	

	31. 10. 1926	7. 12. 1924
6. Demokraten . . . . .	33 123	(56 191)
7. Wirtschaftspartei . . . . .	36 131	(17 841)
8. Völkisch-Soziale Arbeitsgem. . . . .	3 095	
9. National-Sozialisten . . . . .	5 755	(13 212)
10. Deutsche Zentrumspartei . . . . .	3 297	(4 886)
11. Aufwertungspartei . . . . .	34 796	

#### Wahlkreis III Chemnitz-Zwickau:

	31. 10. 1926	7. 12. 1924
1. Alte Sozialdemokr. Partei . . . . .	24 975	(siehe Nr. 4)
2. Deutschnationale . . . . .	109 950	(179 194)
3. Deutsche Volkspartei . . . . .	88 724	(128 538)
4. Sozialdemokratische Partei . . . . .	246 524	(305 939)
5. Kommunisten . . . . .	151 584	(138 419)
6. Demokraten . . . . .	30 814	(55 513)
7. Wirtschaftspartei . . . . .	103 668	(67 829)
8. Nationalsozialisten . . . . .	24 394	(39 338)
9. Aufwertungspartei . . . . .	41 683	
10. Völkisch-Soziale Arbeitsgem. . . . .	1 712	
11. Deutsche Zentrumspartei . . . . .	4 497	(5 669)
12. Hausbesitzer . . . . .	4 617	

#### Wahlkreis II Leipzig:

	31. 10. 1926	7. 12. 1924
1. Alte Sozialdemokr. Partei . . . . .	24 824	(siehe Nr. 4)
2. Deutschnationale . . . . .	86 987	(133 634)
3. Deutsche Volkspartei . . . . .	101 200	(134 720)
4. Sozialdemokratische Partei . . . . .	212 384	(258 707)
5. Kommunisten . . . . .	106 896	(90 840)

Wenn je eine Reichs- oder Landtagswahl seit 1918 alle Kombinationen über den Haufen geworfen hat, so ist es die jetzige Wahl zum Sächsischen Landtag. In diesem Ausmaß hätte kaum jemand das Resultat voraussetzen können. Wenngleich man damit rechnen mußte, daß die Rechtsparteien mit bedeutenden Verlusten aus dem Kampf hervorgehen würden, so hätte man solche Verluste doch nicht erwartet. Die Deutschnationalen, die bei den Reichstagswahlen 1924 ganz bedeutenden Zuwachs erhielten, haben jetzt geradezu katastrophal abgenommen. Ihre Stimmzahl ist von 546 946 auf 341 065 gesunken. Im Verhältnis zu den Landtagswahlen von 1922 ist natürlich der Stimmenabfall nicht so gewaltig. Aber immerhin sinken sie von 19 Abgeordneten auf 14. Ähnlich liegen die Dinge bei der Deutschen Volkspartei. 1924: 409 721 Stimmen, heute: 292 079. Sie haben von 19 Abgeordneten nur 12 erhalten können. Am katastrophalsten ist die Wahl für die Demokraten ausgefallen. 1924: 192 032 Stimmen, heute: 111 351, — sie erhalten von 8 Abgeordneten noch glücklich 5.

Aus all diesen Verluststimmen der drei genannten Parteien haben sich die neuen: die Wirtschaftspartei und die Partei für Aufwertung aufbauen können. Während die Wirtschaftspartei 1922 nur ein paar tausend Stimmen aufbringen konnte, kam sie 1924 bereits auf 124 198 und heute auf 237 462. Das ist ein ganz gewaltiges Anwachsen, sie rücken zum erstenmal in den Landtag und erhalten sogleich 10 Sitze. Die Aufwertungspartei, die 1922 noch gar nicht, 1924 mit nur 18 926 Stimmen auf den Plan trat, hat es jetzt auf 98 258 Stimmen gebracht. Sie erhalten 4 Mandate. Die National-Sozialisten (Hitlergruppe) traten 1922 überhaupt noch nicht auf, hatten dann aber 1924 bereits 67 703 Wähler, und heute sind sie wieder auf rund die Hälfte der Stimmen (37 736) herabgesunken. Sie rücken mit nur 2 Abgeordneten in den Landtag.

Zum erstenmal sind in diesem Wahlkampf die Sozialisten getrennt marschiert: die 23 gemäßigten Sozialdemokraten, die eine eigene Partei unter dem Namen „Alte sozialdemokratische Partei (A.S.P.D.)“ gegründet hatten, und die 17 Radikalen unter dem Namen Sozialdemokratische Partei (S.P.D.). Zusammen hatten diese beiden Parteien 1922: 1 060 247 Stimmen, 1924: 836 208 und heute: 856 168 (davon die A.S.P.D. 98 026 und die S.P.D. 758 142). Auch die Sozialdemokraten haben also in bezug auf ihre früheren Ergebnisse Verluste erlitten. Die A.S.P.D. wird mit 4 und die S.P.D. mit 31 Sitzen vertreten sein, während sie bis jetzt zusammen 40 Sitze hatten. Die Kommunisten haben von den Parteien, die bis jetzt im Landtag waren, den einzigen und größten Erfolg zu verzeichnen. Während sie 1922 266 864 und 1924 294 458 Stimmen zählten, brachten sie gestern 312 112 Stimmen auf. Ihre Abgeordnetenzahl war bisher 10, nunmehr 14.

Und das Zentrum? — Auch dieses Mal ist kein Zentrumsabgeordneter in den Landtag hineingekommen. Es hat sich um rund 500 Stimmen gehandelt, um die die Gesamtziffer der Zentrumswähler hinter der auf einen Abgeordneten entfallenden Wahlziffer zurückliegt. Die Wahlziffer (bekanntlich jene Zahl, die man erhält, wenn die Gesamtsumme aller abgegebenen Stimmen durch die Anzahl der Abgeordneten geteilt wird) — im Sächsischen Landtag 96 — geteilt wird) beträgt 24 558 und die Zahl der Zentrumstimmen 24 059. Wie ist dieses Resultat zu beurteilen? Ist es entmutigend für das Zentrum in Sachsen überhaupt? Wird es sich noch lohnen, und hat es in Zukunft überhaupt noch einen Zweck, für die Partei der Mitte zu propagieren und kandidieren? Offenbar wird sich die Wählerschaft diese Frage vorlegen.

Die Antwort kann nur der gewinnen, der sich die nächsten Zahlenverhältnisse der verschiedenen Jahre vorlegt. Im Jahre 1920, als Seßlein kandidierte und wirk-

lich in den Landtag gewählt wurde, brachte das Zentrum 22 731 Stimmen auf. Im Jahre 1922, als Weis kandidierte, und kein Abgeordneter errungen wurde, kamen 22 611 Stimmen zusammen. Während der letzten Reichstagswahl 1924: 25 893 Stimmen. Und gestern: 24 059. Die Reichstagswahlen von 1924 kann man für das Zentrum schlecht als Vergleich heranziehen, denn damals kandidierte der deutsche Reichskanzler Marx und dessen Name, der in der Öffentlichkeit stark propagiert wurde, hat offenbar eine gewisse Wählerzahl herangezogen, die sich sonst gar nicht zum Zentrum rechnen. Man kann also nur einen wirklichen Vergleich mit 1922 machen. Und in diesem Sinne hat das Zentrum gestern 1/4 tausend Stimmen gewonnen. Das bedeutet gegenüber den anderen drei Parteien, den Deutschnationalen, der Volkspartei und den Demokraten ein wahrlich nicht zu unterschätzendes Prestige, denn diese drei Parteien haben ja (auch im Vergleich zu 1922) bis zu 40 Prozent ihrer Wähler verloren. Die Zentrumspartei ist von den früheren im Landtag vertretenen Parteien (abgesehen von den Kommunisten) die einzige Partei, die nicht nur ihren Stand wahrte, sondern ihn sogar überflügelte. Wir haben heute sogar noch 1300 mehr als feinerzeit im Jahre 1920 bei der Wahl Seßleins, der wirklich in den Landtag hineinkam. Die

Wahlbeteiligung ist gestern im Verhältnis hoch gewesen und somit stieg auch die Zahl, die das Zentrum erreichen mußte, um einen Kandidaten durchzubringen. Die Tatsache nun, daß gestern nur noch 500 Stimmen zur Erlangung eines Abgeordnetenstimmes geblieben sind, muß uns neben dem Gedanken, daß das Zentrum rein statistisch in den letzten Jahren seine Wahlzahlen erhöhen konnte, doch die erste Frage stellen lassen: waren diese 500 Stimmen unter keinen Umständen mehr aufzubringen? Wir bestreiten die Unmöglichkeit der Aufbringung voll und ganz und sind davon überzeugt, daß sie unbedingt hätte aufgebracht werden können, wenn der ganze katholische Volksteil seine Pflicht getan hätte. Sachsen hat 250 000 Katholiken. Sollte diese Viertelmillion Menschen nicht in der Lage sein, rund 25 000 Stimmen (die gestrige notwendige Ziffer — Wahlziffer — zur Erlangung eines Mandates betrug sogar nur 24 558) bei einer Wahl aufzubringen? Zwei Gruppen kommen hauptsächlich für die Zehntausenden in Frage: die Nichtwähler und diejenigen, die sich durch irgendeine Wirtschafts-, Aufwertungs- oder eine ähnliche Partei haben einsparen lassen. Das Handeln beider Gruppen ist unentschuldig. Seitdem das Wahlrecht eingeführt, hat jeder auch die Wahlpflicht. Das Verfü-

# Die Einzel-Ergebnisse

nls dieser Pflicht ist genau so gut ein Vergehen am Volkswohl und Volksgut, wie jedes andere Verbrechen. Denn durch das Nichtwählen geben wir allen anderen Gruppen des Landtags, auch den radikalsten, die Möglichkeit, unsere eigenen Belange samt unserer Weltanschauung niederzulegen. Diejenigen aber, die sich von der Wirtschaftspartei, Aufwertungspartei usw. haben bestimmen lassen, gehören zur Gruppe jener, die unter dem Druck des heutigen Wirtschaftslebens ganz und gar an der Politik ihre geworden sind und nun das Heil nicht mehr von der bisherigen politischen Partei erwarten, sondern von einer rein wirtschaftlich einseitigsten Partei. Diese Partei ist für sie etwas Neues, sie greifen danach, als ob von ihr das Heil käme. Der Name Wirtschaftspartei allein genügt ihnen schon um zu hoffen, daß jetzt endlich die Wirtschaft wieder floriere und dadurch das ganze öffentliche Leben wieder gesunde. Sie verdammen die politischen Parteien, weil diese Parteien seit 1918 nicht all das erreicht haben, was sie nach Meinung dieser Unzufriedenen hätten erreichen müssen. Daß die ungeordneten wirtschaftlichen Verhältnisse im Gesamtsystem der Weltwirtschaft begründet liegen, und daß die deutsche Regierung nur allmählich und unter schwersten Bemühungen eine Besserung bewirken kann, wollen sie nicht verstehen. Ganz und gar aber wollen sie nicht die Erfolge würdigen, die bisher trotz der schlechten Lage der Weltwirtschaft überhaupt zu erzielen möglich waren. — Daß zu einer solchen Art von Unzufriedenheit auch Katholiken gehören, ist doppelt bedauerlich. Erstens aus Gründen der rein wirtschaftlichen und politischen Kurzsichtigkeit, und zweitens aus kulturellen Gründen. Wo bleibt für diese Katholiken die Sorge um die Kulturgüter, die Sorge um die Wahrung ihrer weltanschaulichen Interessen, die Sorge um die Schule ihrer Kinder? Entschuldigen können wir diese katholischen Männer und Frauen durchaus nicht. Sie haben und hatten Gelegenheit genug, sich im öffentlichen Leben zu orientieren, wo die wahren Vertreter ihrer Belange sind. Und sie müssen mit den anderen, die irgendwo zur Verteilung der Wahl beigetragen haben, die ganze Schuld, die ganze Verantwortung auf sich nehmen, wenn nun in den nächsten vier Jahren im Sächsischen Landtag Dinge nach einer Richtung hin entschieden werden, die uns und ihnen wahrlich nicht genehm sein können.

Jedoch wir können es bei diesen Erwähnungen nicht bewenden lassen, wir möchten noch etwas anderes zum Ausdruck bringen! In den Wochen unmittelbar vor den Wahlen ist eine sehr rege Tätigkeit und Propaganda mit Unterstützung der Reichspartei in Berlin gemacht worden. Ist aber zu der übrigen Zeit — wenn keine Wahlen unmittelbar vor der Tür standen — auch genügend organisiert, genügend Werbetätigkeit entfaltet worden? Wir wollen unsere Meinung dahin aussprechen, daß hier möglicherweise der tiefste Grund für das Nichterreichen des jetzigen Mandates zu suchen ist. Worin dieser Mangel begründet ist, das zu untersuchen ist nicht unsere Aufgabe. Vielleicht fehlen die Mittel dazu, vielleicht ist dieses oder jenes Hindernis da. Aber das eine steht fest, daß gerade die Nichtwahlzeit dem Zentrumsgedanken am allerförderlichsten sein kann. Und auch für diese Zeit — hier liegt vielleicht der Hauptgrund des jetzigen Mangels — müßten wir geordnete aus dem Reich sich unbedingt zur Verfügung stellen. Das Volk will seine Leute sehen, der einzelne Arbeiter, der Angestellte und, wer er auch sein mag, wird fortwährend den Gedanken des Zentrums erschaffen und von hervorragenden Männern vertreten sehen. Nur in diesem Sinne wird der einzelne schließlich mit Herz und Geist bei der Sache sein und Freunde werden können, damit dann in Tagen der Entscheidung auch wirklich die festgesetzte Truppe vorhanden ist. Nicht die kurze Zeit vor der Wahl ist allein ausschlaggebend, sondern in erster Linie die übrige Zeit.

Wir wissen, daß überaus viel in diesem Wahlkampf geleistet und gearbeitet worden ist und wir wissen, daß alle Parteinstanzen ihre Kraft eingesetzt haben. Aber das hält uns nicht ab, auf Dinge hinzuweisen, die zum Ruhm der Partei in Zukunft entscheidend in die Waagschale fallen können. Ein Mißerfolg ist dazu da, daß man Lehren daraus zieht. Diejenigen, die gestern dem Zentrum treu geblieben sind, werden es ohne Zweifel auch in Zukunft sein, und wenn zu diesem Guten und in den letzten Jahren so erheblich gewachsenen Bestand an Wählerschaft die Ausnutzung aller übrigen Möglichkeiten von Seiten der Partei hinzukommt, dann ist die Differenz, die uns jetzt noch vom gesteckten Ziel entfernt, mit Leichtigkeit zu überwinden. Entmutigen läßt sich nur, wer niemals ernstlich an die Erfolge des Zentrums geglaubt hat. Und wenn wir auch in den nächsten vier Jahren keinen Vertreter im Landtag haben, so sind wir dennoch, sogar öffentlich, eine starke Macht, die — wenn alle zusammenstehen — auch der gesamte Liberalismus und Sozialismus nicht aus der Welt schaffen kann. Nun erstrebt! muß die Parole sein. Wir haben kein besseres Wort als dieses: der gesteigerte Tag war eine ernste Mahnung zu größerer Arbeit und Bereitschaft.

J. M.

## Dresden-Stadt

N. S. P.	21 289
Deutschnat.	40 896 (68 878)
Deutsche Volksp.	44 057 (57 171)
S. P. D.	106 241 (191 252)
Kommunisten	32 250 (23 495)
Demokr. Partei	19 412 (84 591)
Wirtschaftspartei	25 814 (11 675)
Nat.-Soz.	2 664
Zentrumspartei	4 251 (5176)
Nationalsoz.	2850 (5545)
Aufwertung	9104 (9321)
Hausbefitzer	368

## Leipzig-Stadt

N. S. P.	14 711
Deutschnat.	63 533 (86 007)
Deutsche Volksp.	69 533 (86 007)
S. P. D.	11 362 (142 810)
Kommunisten	64 448 (50 688)
Demokraten	18 517 (31 328)
Wirtschaftspartei	13 046 (8154)
Nat.-Soz.	2195
Nationalsoz.	3537 (8254)
Zentrumspartei	2718 (3370)
Aufwertung	31 396

## Chemnitz

N. S. P.	6078
Deutschnat.	24 638 (29 638)
Deutsche Volksp.	19 588 (26 778)
S. P. D.	43 699 (56 894)
Kommunisten	36 111 (26 179)
Demokraten	3 734 (9177)
Wirtschaftspartei	13 982 (9700)
Nat.-Soz.	3740
Aufwertungsp.	5245
Nat.-Soz.	487
Zentrumspartei	1 118 (1301)
Hausbefitzer	480

Die Parteien sind der Reihenfolge des Stimmzettels gemäß aufgeführt. (Vgl. Gesamtresultate.) Die in Klammern beigefügten Zahlen beziehen sich auf die letzte Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924. Die Wahlbeteiligung betrug durchschnittlich 74 Prozent.

## Wahlkreis I: Ostfachsen

Rönsdorf	1. 58, 2. 219, 3. 233, 4. 609, 5. 138, 6. 91, 7. 489, 8. 3, 9. Zentrum 20 (25), 10. 9, 11. 30, 12. 2.
Wilsch	1. 109, 2. 1086 (2834), 3. 1226 (2439), 4. 4881 (5889), 5. 1448 (1031), 6. 475 (526), 7. 241, 8. 42, 9. Zentrum 198 (203), 10. 100, 11. 542, 12. 13.
Wilsch, Bübau	1. 2152, 2. 6730, 3. 5304, 4. 15 519, 5. 2935, 6. 3007, 7. 3006, 8. 158, 9. Zentrum 232, 10. 112, 11. 1066, 12. 77.
Stadt Bübau	1. 418, 2. 413, 3. 1442, 4. 2669, 5. 307, 6. 604, 7. 1006, 8. 50, 9. Zentrum 115 (140), 10. 13, 11. 114, 12. 8.
Wilsch, Buegen	1. 2103, 2. 11 144, 3. 3071, 4. 11 135, 5. 2410, 6. 1316, 7. 2674, 8. 126, 9. Zentrum 2761 (1675), 10. 126, 11. 419, 12. 87.
Wilsch, Großhain	1. 830, 2. 9506, 3. 1070, 4. 8479, 5. 1320, 6. 685, 7. 3640, 8. 88, 9. Zentrum 67, 10. 189, 11. 380, 12. 66.
Freiberg-Stadt (I)	1. 813, 2. 2950, 3. 3459, 4. 5666, 5. 725, 6. 690, 7. 2175, 8. 242, 9. Zentrum 131, 10. 610, 11. 126, 12. 184.
Wilsch, Freiberg	1. 973, 2. 6124, 3. 2800, 4. 8302, 5. 1422, 6. 637, 7. 1697, 8. 102, 9. Zentrum 58, 10. 502, 11. 116, 12. 390.
Stadt Wilschdorf	Wilsch 279, Dnat. 1078, DZp. 488, Soz. 1129, Kom. 378, Dem. 341, Wirtschp. 356, Böhlf. 13, Zentrum 60 (63), Ratf. 11, Aufwert. 62, Hausbef. 13.
Stadt Buegen	Wilsch 1449, Dnat. 2844, DZp. 3126, Soz. 4156, Kom. 1458, Dem. 1277, Wirtschp. 1651, Böhlf. 48, Zentrum 804 (808), Ratf. 175, Aufwert. 228, Hausbef. 61.
Stadt Schlagswalde	Wilsch 39, Dnat. 94, DZp. 59, Soz. 94, Kom. 24, Dem. 18, Wirtschp. 116, Böhlf. 5, Zentrum 801 (902), Ratf. 4, Aufwert. 37, Hausbef. 2.
Stadt Buegen	Wilsch 70, Dnat. 177, DZp. 134, Soz. 688, Kom. 571, Dem. 98, Wirtschp. 524, Böhlf. 10, Zentrum 12, Ratf. 12, Aufwert. 33, Hausbef. 2.
Stadt Gottscheba	Wilsch 36, Dnat. 211, DZp. 50, Soz. 272, Kom. 85, Dem. 35, Wirtschp. 169, Böhlf. 4, Zentrum 8, Ratf. 12, Aufwert. 11.
Stadt Heidenau	Wilsch 259, Dnat. 506, DZp. 430, Soz. 2968, Kom. 2512, Dem. 291, Wirtschp. 1037, Böhlf. 25, Zentrum 71, Ratf. 15, Aufwert. 102, Hausbef. 15.
Stadt Johannisberg	Wilsch 26, Dnat. 77, DZp. 27, Soz. 119, Kom. 8, Dem. 33, Wirtschp. 167, Böhlf. 5, Zentrum 6, Ratf. 18, Aufwert. 3, Hausbef. 3.
Johannisberg	Wilsch 83, Dnat. 110, DZp. 116, Soz. 1135, Kom. 1127, Dem. 107, Wirtschp. 401, Böhlf. 14, Zentrum 27, Ratf. 20, Aufwert. 31, Hausbef. 10.
Wilsch, Malschwitz	Wilsch 165, Dnat. 436, DZp. 306, Soz. 916, Kom. 294, Dem. 162, Wirtschp. 643, Böhlf. 26, Zentrum 42, Ratf. 67, Aufwert. 97, Hausbef. 34.
Heidenau	Wilsch 217, Dnat. 208, DZp. 589, Soz. 1566, Kom. 465, Dem. 397, Wirtschp. 430, Böhlf. 4, Zentrum 29, Ratf. 10, Aufwert. 184, Hausbef. 25.
Wilsch, Zittau	Wilsch 1878, Dnat. 3835, DZp. 3126, Soz. 14 571, Kom. 3969, Dem. 3353, Wirtschp. 3706, Böhlf. 166, Zentrum 1810, Ratf. 232, Aufwert. 1482, Hausbef. 95.
Vernstedt	1. 30, 2. 81, 3. 153, 4. 106, 5. 67, 6. 47, 7. 270, 8. 19, 9. Zentrum 15, 10. 4, 11. 9, 12. —
Coswig	1. 145, 2. 340, 3. 394, 4. 1100, 5. 206, 6. 223, 7. 423, 8. 19, 9. Zentrum: 26 (30), 10. 10, 11. 131, 12. 14.
Ortrand	1. 11, 2. 152, 3. 492, 4. 15, 5. 1, 6. 45, 7. 60, 8. 2, 9. Zentrum: 2, 10. 3, 11. 22, 12. 2.
Freiburg	1. 9, 2. 44, 3. 35, 4. 74, 5. 8, 6. 9, 7. 64, 8. —, 9. —, 10. 12, 11. 27, 12. —.
Malschwitz	1. 376, 2. 1156, 3. 491, 4. 3123, 5. 11339, 6. 401, 7. 1300, 8. 36, 9. Zentrum: 214 (269), 10. 63, 11. 171, 12. 11.
Ramitz	1. 239, 2. 642, 3. 401, 4. 1903, 5. 251, 6. 282, 7. 1271, 8. 32, 9. Zentrum: 205 (201), 10. 8, 11. 62, 12. 1.
Malschwitz	1. 64, 2. 237, 3. 109, 4. 291, 5. 82, 6. 63, 7. 393, 8. 10, 9. Zentrum: 9, 10. 8, 11. 12, 12. 2.
Ungefählig	3.
Ortrand	1. 178, 2. 1614, 3. 717, 4. 2394, 5. 454, 6. 376, 7. 1205, 8. 21, 9. Zentrum: 69 (73), 10. 33, 11. 149, 12. 8. Ungültig: 103.
Heidenau	1. 101, 2. 233, 3. 552, 4. 884, 5. 174, 6. 145, 7. 227, 8. 4, 9. 6. 10. Zentrum: 3, 11. 73, 12. —.
Schnitz	1. 222, 2. 129 (271), 3. 738 (1138), 4. 1933 (2272), 5. 329 (297), 6. 491 (908), 7. 1127 (647), 8. 27, 9. Zentrum: 78 (83), 10. 5 (48), 11. 12 (75), 12. 8.
Heidenau	1. 108, 2. 217, 3. 501, 4. 482, 5. 236, 6. 113, 7. 446, 8. 13, 9. Zentrum: 12 (14), 10. 12, 11. 12, 12. 11.
Zittau	1. 916, 2. 843 (2359), 3. 2464 (3594), 4. 4116 (6159), 5. 863 (509), 6. 2109 (4903), 7. 3626

(854), 8. 77, 9. Zentrum: 457 (572), 10. 288 (531), 11. 789 (257), 12. 45.	
Wilsch	1. 992, 2. 2182 (3208), 3. 1492 (2753), 4. 4282 (4847), 5. 3574 (2588), 6. 924 (903), 7. 2665 (817), 8. 91, 9. Zentrum: 308 (309), 10. 114 (275), 11. 403 (397), 12. 30.
Wilsch, bei Leipzig	1. 175, 2. 250, 3. 527, 4. 1588, 5. 814, 6. 149, 7. 583, 8. 15, 9. 6, 10. Zentrum: 14, 11. 88.
Wilsch	1. 124, 2. 176 (357), 3. 428 (837), 4. 476 (699), 5. 31 (35), 6. 143 (214), 7. 438 (120), 8. 10, 9. Zentrum: 6 (8), 10. 6 (21), 11. 132 (51), 12. 10.

## Wahlkreis II: Leipzig

Wilsch, Leipzig	Wilsch 1526, Dnat. 6306, DZp. 6950, Soz. 17 534, Kom. 11 638, Dem. 2784, Wirtschp. 2145, Böhlf. 182, Zentrum 385, Ratf. 138, Aufwert. 2025.
Wilsch, Borna	Wilsch 729, Dnat. 7493, DZp. 3172, Soz. 760, Kom. 3618, Dem. 955, Wirtschp. 1146, Böhlf. 89, Zentrum 49, Ratf. 157, Aufwert. 704.
Wilsch, Böhlen	Wilsch 1102, Dnat. 7729, DZp. 2393, Soz. 7829, Kom. 1823, Dem. 159, Wirtschp. 1264, Böhlf. 74, Zentrum 160, Ratf. 50, Aufwert. 1008.
Wilsch, Grimma	Wilsch 1181, Dnat. 911, DZp. 3250, Soz. 11 605, Kom. 4195, Dem. 1219, Wirtschp. 3447, Böhlf. 89, Zentrum 380, Ratf. 84, Aufwert. 3053.
Wilsch, Leipzig	Wilsch 791, Dnat. 6558, DZp. 2189, Soz. 6452, Kom. 1335, Dem. 715, Wirtschp. 1877, Böhlf. 43, Zentrum 65, Ratf. 46, Aufwert. 738.
Wilsch, Kötzschen	Wilsch 966, Dnat. 2058, DZp. 3300, Soz. 10 371, Kom. 5648, Dem. 1477, Wirtschp. 2464, Böhlf. 103, Zentrum 276, Aufwert. 2746.
Wilsch	1. 211, 2. 856, 3. 1287, 4. 3947, 5. 1137, 6. 557, 7. 1445, 8. 18, 9. 41, 10. Zentrum: 101 (104), 11. 606.
Leipzig	1. 178, 2. 440, 3. 711, 4. 1528, 5. 494, 6. 133, 7. 389, 8. 10, 9. 65, 10. Zentrum: 7 (13), 11. 318.
Leipzig	1. 73, 2. 187, 3. 578, 4. 800, 5. 940, 6. 232, 7. 350, 8. 21, 9. 31, 10. Zentrum: 6 (17), 11. 143.
Borna	1. 175, 2. 908, 3. 1061, 4. 1450, 5. 694, 6. 403, 7. 343, 8. 8, 9. 45, 10. Zentrum: 50 (53), 11. 86.
Markranstädt	1. 78, 2. 173, 3. 865, 4. 2031, 5. 1117, 6. 230, 7. 186, 8. 17, 9. 15, 10. Zentrum: 40 (50), 11. 91.
Wilsch	1. 105, 2. 111, 3. 293, 4. 1559, 5. 517, 6. 279, 7. 198, 8. 2, 9. 5, 10. Zentrum: 8 (9), 11. 77.
Wilsch	1. 218, 2. 549 (916), 3. 720 (1182), 4. 1895 (2473), 5. 420 (244), 6. 613 (1041), 7. 623 (101), 8. 428, 9. 9 (60), 10. Zentrum: 82 (28), 11. 273 (20), 12. —.
Wilsch	1. 129, 2. 372 (637), 3. 481 (657), 4. 1106 (1317), 5. 173 (197), 6. 307 (527), 7. 927 (87), 8. 14, 9. 80 (45), 10. Zentrum: 13 (18), 11. 355 (19).
Wilsch	1. 105, 2. 382, 3. 215, 4. 796, 5. 37, 6. 81, 7. 506, 8. 2, 9. 14, 10. Zentrum: 13, 11. 43, Ungültig: 5.
Wilsch	1. 184, 2. 459, 3. 336, 4. 881, 5. 181, 6. 128, 7. 456, 8. 6, 9. 6, 10. Zentrum: 20, 11. 57, Ungültig: 6.
Borna	1. 85, 2. 189 (301), 3. 432 (778), 4. 970 (1156), 5. 760 (589), 6. 232 (410), 7. 463 (34), 8. 12, 9. 6, 10. Zentrum: 14 (10), 11. 138 (11).

## Wahlkreis III: Chemnitz-Zwickau

Wilsch I, B.	1. 1677, 2. 7643 (14 816), 3. 4174 (8947), 4. 10 893 (15 377), 5. 8961 (6888), 6. 1661 (2848), 7. 6463 (1248), 8. 3314 (7991), 9. 4692 (915), 10. 188, 11. Zentrum 570 (641), 12. 80.
Wilsch, Hof	1. 91, 2. 267 (406), 3. 566 (723), 4. 871 (1317), 5. 214 (148), 6. 139 (232), 7. 159 (110), 8. — (190), 9. 14, 10. 7, 11. Zentrum 23 (16).
Wilsch, B.	1. 141, 2. 948, 3. 871, 4. 1778, 5. 1178, 6. 443, 7. 1706, 8. 43, 9. 531, 10. 9, 11. Zentrum: 61 (76), 12. 18.
Wilsch, Hof	1. 130, 2. 537, 3. 678, 4. 1111, 5. 1604, 6. 502, 7. 972, 8. 49, 9. 613, 10. 7, 11. Zentrum 85 (49), 12. 24.
Wilsch	1. 420, 2. 921, 3. 1511, 4. 4172, 5. 1582, 6. 721, 7. 1945, 8. 25, 9. 430, 10. 13, 11. Zentrum 10 (30), 12. 42.
Zwickau	1. 1420, 2. 4501 (6470), 3. 4644 (5783), 4. 12 467 (15 296), 5. 5248 (3686), 6. 2196 (5886), 7. 718 (1917), 8. 14, 9. 1465, 10. 65, 11. Zentrum 445 (589), 12. 1594.
Wilsch, Mittweida	Wilsch 221, Dnat. 1416, DZp. 1443, Soz. 3888, Kom. 1233, Dem. 830, Wirtschp. 295, Böhlf. 35, Zentrum 106, Ratf. 59, Aufwert. 378.
Wilsch, Leipzig	Wilsch 94, Dnat. 381, DZp. 585, Soz. 913, Kom. 896, Dem. 129, Wirtschp. 271, Böhlf. 10, Zentrum 25, Ratf. 12, Aufwert. 243.
Wilsch, Marienberg	Wilsch 85, Dnat. 334, DZp. 500, Soz. 580, Kom. 471, Dem. 110, Wirtschp. 404, Ratf. 107, Aufwert. 19, Böhlf. 4, Zentrum 20 (31), Hausbef. 6.
Wilsch, B.	Wilsch 424, Dnat. 1393, DZp. 2011, Soz. 5594, Kom. 3061, Dem. 729, Wirtschp. 2545, Ratf. 354, Aufwert. 1303, Böhlf. 48, Zentrum 197 (206), Hausbef. 71.
Wilsch	Wilsch 208, Dnat. 557, DZp. 1229, Soz. 2326, Kom. 2080, Dem. 437, Wirtschp. 1070, Ratf. 388, Aufwert. 558, Böhlf. 14, Zentrum 71 (52), Hausbef. 23.
Wilsch	Wilsch 53, Dnat. 360, DZp. 190, Soz. 586, Kom. 408, Dem. 106, Wirtschp. 519, Ratf. 340, Aufwert. 232, Böhlf. 14, Zentrum 28, Hausbef. 4.
Wilsch, Stollberg	Wilsch 157, Dnat. 469, DZp. 868, Soz. 1686, Kom. 538, Dem. 161, Wirtschp. 701, Ratf. 55, Aufwert. 85, Böhlf. 6, Zentrum 12, Hausbef. 21.
Wilsch	Wilsch 68, Dnat. 533, DZp. 545, Soz. 1705, Kom. 2407, Dem. 290, Wirtschp. 1836, Ratf. 88, Aufwert. 783, Böhlf. 10, Zentrum 60, Hausbef. 15.
Wilsch, Chemnitz	Wilsch 72, Dnat. 554, DZp. 1085, Soz. 783, Kom. 1371, Dem. 200, Wirtschp. 628, Ratf. 343, Aufwert. 115, Böhlf. 12, Zentrum 43, Hausbef. 17.
Wilsch, Hof	1. 130, 2. 537, 3. 678, 4. 1111, 5. 1664, 6. 502, 7. 972, 8. 49, 9. 613, 10. 7, 11. Zentrum 35, 12. 24.
Wilsch, Hof	Wilsch 66, Dnat. 285, DZp. 391, Soz. 717, Kom. 348, Dem. 105, Wirtschp. 430, Ratf. 70, Aufwert. 326, Böhlf. 4, Zentrum 15, Hausbef. 16.
Wilsch, Hof	Wilsch 93, Dnat. 342, DZp. 267, Soz. 926, Kom. 863, Dem. 212, Wirtschp. 819, Ratf. 60, Aufwert. 178, Böhlf. 10, Zentrum 15, Hausbef. 12.
Wilsch, Hof	Wilsch 91, Dnat. 267, DZp. 566, Soz. 871, Kom. 214, Dem. 139, Wirtschp. 239, Ratf. 40, Aufwert. 215, Böhlf. 7, Zentrum 23, Hausbef. 5.
Zwickau-Stadt (III)	1. 1420, 2. 4501, 3. 4644, 4. 12 467, 5. 5248, 6. 2690, 7. 2198, 8. 718, 9. 1465, 10. 65, 11. Zentrum 445, 12. 1574.
Wilsch, Hof	1. 91, 2. 263, 3. 566, 4. 871, 5. 214, 6. 139, 7. 159, 8. 40, 9. 215, 10. 7, 11. Zentrum 23, 12. 5.

## FRAUENBÜCHER

"Rhythmik, Turnen, Kleid"	Mk. 3.—
"Katholische Ehe" Mk. 2.50, brosch.	Mk. 1.80
"Erwachen", Gedichte von Hedwig Dransfeld	Mk. 3.50
"Die katholische Gemeindefürsorge"	
von Maura Philipp	Mk. 3.50
"Liturgie und Frauenseele" von Athanasius Wintersig	Mk. 2.40

**Josef Maier, Kath. Versandbuchhandlg.**  
Dresden-A. 1, Pöppelmannstraße 7

# Die neuen Abgeordneten

**Bengenfeld (III).** 1. 66, 2. 285, 3. 394, 4. 770, 5. 348, 6. 105, 7. 430, 8. 70, 9. 326, 10. 4, 11. Zentrum 16, 12. 16.

**Reichsau (III).** 1. 77, 2. 234, 3. 367, 4. 1513, 5. 458, 6. 183, 7. 770, 8. 114, 9. 226, 10. 8, 11. Zentrum 14, 12. 5.

**Kamitz, Chemnitz.** Wittos. 1556, Dnat. 6376, DBp. 5089, Sos. 15 725, Kom. 14 045, Dem. 1358, Wittschp. 8140, Ratios. 792, Aufwert. 1815, Büllos. 75, Zentr. 164, Hausbel. 294.

**Kamitz, Pötha.** Wittos. 1070, Dnat. 5682, DBp. 4267, Sos. 1061, Kom. 5995, Dem. 1274, Wittschp. 4261, Ratios. 582, Aufwert. 1708, Büllos. 105, Zentr. 110, Hausbel. 200.

**Kamitz, Marienberg.** Wittos. 558, Dnat. 3439, DBp. 3073, Sos. 4751, Kom. 3933, Dem. 526, Wittschp. 2069, Ratios. 329, Aufwert. 520, Büllos. 23, Zentr. 33, Hausbel. 65.

**Kamitz, Stollberg.** Wittos. 979, Dnat. 3411, DBp. 3917, Sos. 12 055, Kom. 5859, Dem. 729, Wittschp. 3698, Ratios. 538, Aufwert. 756, Büllos. 42, Zentr. 315, Hausbel. 189.

**Annaberg-Stadt.** 1. 191, 2. 1529, 3. 1141, 4. 1794, 5. 1710, 6. 912, 7. 1394, 8. 475, 9. 415, 10. 7, 11. Zentrum 79 (111), 12. 25.

**Annaberg, Stadt.** Wittos. 721, Dnat. 5439, DBp. 3698, Sos. 9977, Kom. 3175, Dem. 1209, Wittschp. 3353, Ratios. 329, Aufwert. 520, Büllos. 23, Zentr. 33, Hausbel. 65.

**Cohenstein-Grünthal.** Wittos. 369, Dnat. 767, DBp. 5089, Sos. 15 725, Kom. 14 045, Dem. 1358, Wittschp. 8140, Ratios. 792, Aufwert. 1815, Büllos. 75, Zentr. 164, Hausbel. 294.

**Stadt Freiberg.** Wittos. 97, Dnat. 319, DBp. 576, Sos. 427, Kom. 704, Dem. 106, Wittschp. 408, Ratios. 30, Aufwert. 135, Büllos. 23, Zentr. 9, Hausbel. 12.

**Stadt Annaberg.** Wittos. 191, Dnat. 1529, DBp. 1145, Sos. 1796, Kom. 711, Dem. 912, Wittschp. 1396, Ratios. 472, Aufwert. 415, Büllos. 7, Zentr. 79 (111), Hausbel. 25.

**Stadt Zwickau.** Wittos. 350, Dnat. 1232, DBp. 1447, Sos. 978, Kom. 3018, Dem. 249, Wittschp. 916, Ratios. 372, Aufwert. 189, Büllos. 20, Zentr. 53 (58), Hausbel. 30.

**Verdan.** Wittos. 372, Dnat. 991, DBp. 1600, Sos. 2455, Kom. 2099, Dem. 235, Wittschp. 1666, Ratios. 304, Aufwert. 890, Büllos. 18, Zentr. 68 (82), Hausbel. 38.

Dresden, 1. Novbr. Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis sind folgende Abgeordnete als gewählt zu betrachten:

**Deutschnationale:**  
 Fabrikdirektor Hofmann-Bloefow, Geschäftsführer Schreiber-Mischow, Dr. Kreisling-Dresden, Bäckerobermeister Kunzsch-Dresden, Lehrer Grollmann-Freiburg, Frau Wiltmann-Dresden, ferner Landgerichtspräsident Dr. Wagner-Leipzig, Rittergutsbesitzer Pagenstecher-Steinbach, Prokurist Berg-Leipzig, Freigutsbesitzer Schladebach-Burgau, ferner Bürgermeister Dr. Eberle-Dresden, Oberstudienrat Siegert-Chemnitz, Geschäftsführer Bauer-Wiedersberg und Dr. Ing. Charde-Zwickau.

**Deutsche Volkspartei:**  
 Oberbürgermeister Dr. Blüher-Dresden, Staatsminister Dr. Kaiser-Dresden, Fabrikant König-Köthlenbrada, Kaufmann Beck-Serrnhut, ferner Justizminister Büniger-Leipzig, Schuldirektor Köllig-Leipzig, Bergdirektor Lippe-Vorno, Prof. Sickmann-Leipzig, ferner Geschäftsführer Voigt-Dresden, Hausbesitzer Schmidt-Plauen, Geschäftsführer Dr. Frucht-Chemnitz, Oberstudienrat Dr. Gelfert-Zwickau.

**Demokratische Partei:**  
 Staatsminister Dr. Dehne-Dresden, Minister a. D. Dr. Seyfert-Dresden, Oberlehrer Claus-Leipzig, Frau Dr. Ulich-Beil-Dresden, Prof. Dr. Kaster-Dresden.

**Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei:**  
 Schlosser Tittmann-Zwickau, Kapitanleutnant a. D. von Rüche-Dresden.

**Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei):**  
 Bäckerobermeister Kaiser-Dresden, Baumeister Großmann-Dresden, Rechtsanwalt Dr. Wilhelm-Dresden, Kohlenhändler Ahmann-Dresden, Kaufmann Lauterbach-Leipzig, Volkswirt Kunzsch-Leipzig, Justizinspektor Entlein-Delitzsch.

Leitungsführer Weber-Dresden, Verbandsdirektor Dümmel-Dresden, Schulleiter Hentschel-Aue.

**Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung:**  
 Rechtsanwalt Dr. Hermann-Dresden, Universitätsdozent Dr. v. Kummert-Leipzig, Aufbauminister Harte-Zwickau, Webwarenhändler Mach-Plauen.

**Alle Sozialdemokratische Partei Sachsens:**  
 Kreishauptmann Buch-Dresden, Gewerkschaftsbeamter Birch-Dresden, Privatsekretär Högen-Leipzig, Minister des Innern, Müller-Chemnitz.

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands:**  
 Bezirkschulrat a. D. Arzt-Dresden, Wirtschaftsbeführer Schulze-Coffebunde, Frau Thümmel-Dresden, Lehrer Wedel-Dresden, Schriftleiter Dobbert-Weiß, Schriftleiter Edel-Dresden, Lagerhalter Wehle-Obergurig, Polizeipräsident a. D. Menke-Dresden, Dreher Schleich-Freital, Schlosser Ebert-Dresden, Minister a. D. Schwarz-Seidenau, Gauleiter Geiser-Dresden, ferner Redakteur Liebmann-Leipzig, Frau Schilling-Vorsdorf, Filialleiter Ruder-Burgau, Filialleiter Rebrig-Quaschütz, Geschäftsführer Müller-Mittweida, Geschäftsführer Denhardt-Leipzig, Gewerkschaftsangehörter Ferkel-Leipzig, Lehrer Vogel-Oberanschütz, ferner Redakteur Böchel-Chemnitz, Minister a. D. Graupe-Zwickau, Gewerkschaftssekretär Siegnitz-Chemnitz, Frau Schlag-Chemnitz, Redakteur Kunzsch-Zwickau, Lehrer Hartzsch-Plauen, former Gerlach-Chemnitz, Hilfsarbeiter Müller-Plauen, Bergarbeiter Herrmann-Zwickau, Stadtrat Wilde-Olschitz.

**Kommunisten:**  
 Redakteur Renner-Dresden, Tischler Ulbricht-Leipzig, Arzt Dr. med. Schmincke-Dresden, Eisenbahner Siegel-Dresden, Schriftföhrer Böttcher-Leipzig, Werkzeugmacher Lieberach-Leipzig, Arbeiter Bleier-Niesa, Maler Nagel-Leipzig, Tischler Opiß-Chemnitz, Sattler Ewert-Zwickau, Maurer Siewert-Chemnitz, Bergarbeiter Schreiber-Oberwieschütz, Lehrer Kötscher-Chemnitz, Bauarbeiter Roscher-Podau.

## Pressestimmen

**Leipzig, 1. Nov.** Die demokratische "Neue Leipziger Zeitung" schreibt zum Wahlausfall: "Demeritwert ist vor allem der Ausgang der bürgerlichen Parteien, die mit allgemeinen politischen Problemen der Wahlkampf führten und das Ausbleiben und Anwaschen der rein wirtschaftlich eingestellten Parteien. Diese Entwicklung gebe zu denken, legt sie doch ganz in der Richtung, die auf eine Vereinfachung der politischen Staatsform der Länder und ihrer Parlamente dränge.

Die "Leipziger Neuesten Nachrichten" schreiben: "Schon jetzt könne ohne jeden Zweifel festgestellt werden, daß die Partei, die wieder Sowjetachsen" erfolgreich geblieben sei. Kommunisten und Sozialkommunisten verfügten nach vorläufiger Schlußrechnung über 45 von 96 Sitzen im neuen Landtag, hätten also die Mehrheit nicht erreicht. Das andererseits eine Regierung gebildet werden soll, davon könne man sich im Augenblick eine Vorstellung auch nicht machen. Dann dieser Zersplitterung gehe Sachse recht problematischen Zeiten entgegen. Es gebe zu viel politische Gruppen und Gruppchen, die sich unter Umständen für das Ringeln in der Lage halten könnten und demgemäß ihre Ansprüche in die Höhe schrauben würden. Es sehe so aus, als steuere der sächsische Parlamentarismus im Geschwindschritt seiner Selbstvernichtung entgegen und als wäre der sächsische Parlamentarismus der erste, der sich praktisch ad absurdum führen wolle. Landtagsauflösung, Zwangsverwaltung durch das Reich, Einberufung in Preußen, das seien so die Möglichkeiten, die man nach dieser Landtagswahl im Zeichen der Zersplitterung fern am Horizont auftauchen sehe.

## Neues Aitenal auf Mussolini

**Vologna, 1. November.** Auf Mussolini ist bei der Rückfahrt von der Eröffnung des Kongresses für wissenschaftlichen Fortschritt nach dem Bahnhof ein Aitenal verübt worden. Ein ungefähr 18 Jahre alter Mann gab am Beginn der Via Indipendenza einen Revolverstoß auf Mussolini ab, der unversehrt blieb. Der Urheber des Anschlages wurde unmittelbar nach dem Schuß von der Menge gefangen. Mussolini legte seine Fahrt nach dem Bahnhof fort, von wo er nach einer Rede vor den versammelten Offizieren in einem Sonderzug nach Florenz abreiste. Bis jetzt ist es nicht möglich gewesen, die Leiche des Aitenalers zu identifizieren. Auf dem Bahnhof und während der Reise nach Florenz war Mussolini Gegenstand enthusiastischer Sympathieumgebungen der Bevölkerung.

Der Täter hat unmittelbar nach dem Geschehen wurde die Wunde gefunden, die auf ihn abgefeuert worden war. Die Durchdringung des Leichnams des Täters ergab nichts, was zu einer Identifizierung hätte dienen können. An dem Leichnam wurden Würgemeismale und 14 tiefe Dolchrisse festgestellt. Es wird angenommen, daß von dem Augenblick des Anschlages bis zur Tötung des Täters 1 1/2 Minuten vergangen sind.

Unterstützt die katholische Presse!

## Dampferzusammenstoß auf der Elbe

**Hamburg, 1. Nov.** Der Hamburger Dampfer "Wieda", mit Erdgütern nach Bristol unterwegs, ist in der Nähe von Altenbrunn mit dem im Ballast zum England auskommenden englischen Dampfer "Fleetwing" zusammengestoßen. Die "Wieda" ist stark beschädigt zurückgekehrt. Der Dampfer "Fleetwing" ist ebenfalls beschädigt zur Werft von Blohm u. W. geschleppt worden.

Der Schweizerische Schwebelband fehte in seiner Abordnungsbewerksammlung am Sonntag die Daten für die nächsten großen Schirmen der Schweiz fest. Das Schirmen für 1927 findet am 29. Januar in Clavon d'Or statt, das für 1928 wurde St. Gallen übertragen. Es werden hierbei keine Militärpatrouillenläufe stattfinden.

**Koloman Sudra schlägt Salpeo Riffando h. a.** Der ungarische Professionl-Vogchampion Koloman Sudra Riffando h. a. Sonntag den argentinischen Champion Salpeo Riffando h. a. Die Belohnung. Die für die Ergehung der Taten des Eisenbahnbrechens bei Liferde ausgelegte Belohnung von insgesamt 27 000 Mark ist den beiden Anseigern Schröder und Windmann aus Schötmmer zu gleichen Teilen zugewiesen worden.

## Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

**Witterungsaussichten.** Weiterer Temperaturrückgang. Höhere Lagen des Erzgebirges dauernd frost. Teilweise Frost in den beiden nächsten Nächten bis zum Tschand hinab. Vorwiegend stark bewölkt. Anfangs noch verbreitete Nebel und Niederschlagsdauer. Bis zu mittleren Lagen des Erzgebirges als Schnee. Nördliche Winde mäßiger Stärke. Voraussichtlicher Witterungscharakter des Mittwoch: Sehr kühl bis kalt ohne erhebliche Niederschläge.

## Der Herr der Welt

**Roman von Robert Hugh Benson.**  
 Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen von H. M. von Bama.

(95. Fortsetzung.)  
 „Könnten wir ein Kind unker eigen nennen, es wäre etwas anderes. Seinetwegen würde ich vielleicht gerne weiter gelehrt haben. Aber Humanität, wie immer — Oh! Aber, ich kann nicht — ich kann nicht!“  
 „Ich weiß, ich habe unrecht, und daß Du im Recht bist, aber das ist es eben, ich kann mich nicht anders machen und darum bin ich ganz sicher, daß ich form muß.“  
 „Und nun will ich Dir noch dies eine sagen, daß ich nicht im mindesten Furcht habe. Ich kann Furcht empfinden, wie man sich davor fürchten kann — aber man ist Christ. Ich würde eine schreckliche Furcht empfinden, wenn ich einer wäre. Aber Du weißt, wir beide wissen, daß jenseits nichts mehr ist. Es ist das Leben, wovor ich mich fürchte, nicht der Tod. Es wäre natürlich anders, wenn irgendwelcher Schmerz damit verbunden wäre; aber die Verzie sagen mir, daß ein solcher ganzlich ausgeschlossen ist. Man schläft einfach ein. Die Nerven sind noch vor dem Gehirn tot. Ich werde alles selbst vornehmen und will dabei niemanden im Zimmer haben. In wenigen Minuten wird mir die Warterin hier — Schwester Anna, die mir eine liebe Freundin geworden ist — das Ding bringen und mich allein lassen.“  
 „Was das, was nachher geschieht, betrifft, so ist es mir vollkommen gleichgültig. Tue, bitte, nach Deinem Belieben. Die Verbrennung wird morgen mittags erfolgen, so daß Du also, wenn Du willst, noch rechtzeitig hier sein kannst. Oder Du kannst Deine Beliehungen schicken, und man wird Dir die Urne zuzenden. Ich weiß, wie lieb es Dir war, Deiner Mutter Urne im Garten zu haben; vielleicht wirst Du also auch die meine gern besitzen. Bitte, handle ganz, wie es Dir beliebt, auch in bezug auf alle meine Sachen. Natürlich gehören dieselben Dir.“  
 „Nun, lieber, will ich noch dies eine sagen — es tut mir wirklich sehr leid, so lästig und lächerlich gewesen zu sein. Ich denke, ich habe wirklich all Deine Beweise geglaubt, aber ich wollte sie nicht glauben. Siehst Du jetzt, weshalb ich so unerträglich geworden war? ...“

„Über, mein Lieblich, Du bist so außerordentlich gut gegen mich gewesen... Ja, ich weiß es, ich weine, aber ich bin wirklich sehr glücklich. Es ist so ein liebliches Ende. Ich wollte, ich hätte Dir die Angst um mich während dieser letzten Woche erklären können, aber es war unmöglich — ich wollte, Du würdest mich davon abgebricht haben, wenn Du mich gefunden hättest, und das wäre noch schlimmer gewesen. Es tut mir auch leid, daß ich Dir jene Bitte sagte; es war wirklich die erste, die Du je von mir gehörst.“  
 „Nun, ich glaube, ich habe nichts weiter mehr zu sagen. Über, mein Lieber, lebe wohl. Ich grüße Dich herzlich.“  
 Sie sah noch still, nachdem sie das Geschriebene durchgelesen hatte, und ihre Augen waren noch von Tränen feucht. Und doch beruhete alles auf vollkommener Wahrheit. Sie schloste sich weit glücklicher, als sie es gewesen wäre, wenn sie noch die Aussicht auf Umkehr gehabt hätte. Das Leben war ihr gänzlich inhaltslos, der Tod so augenscheinlich ein Entgekommen; ihre Seele verlangte danach, wie der Leib nach dem Schloste.  
 Sie adressierte mit vollkommen sicherer Hand den Brief, legte ihn auf den Tisch, lehnte sich wiederum zurück und ließ ihren Blick über das gänzlich unberührte Schreibtisch streifen. Dann fiel ihr plötzlich ihre Unterredung mit Dr. Francis ein, und durch eine merkwürdige Ideenverknüpfung lehrte die Erinnerung an den Sturz des Flügels in Brighton, das Eingreifen des Professors und die Euthanasieabebälter wieder...  
 Als Schwester Anna wenige Minuten später eintrat, war sie erstaunt über das, was sie erblickte. Mabel kannte vor dem Fenster, die Hände auf dem Fensterbrett und starrte mit dem Ausdruck unvertennbaren Schreckens nach dem Himmel.  
 Schwester Anna durchschritt rasch das Zimmer und lehnte im Vorbeigehen etwas an der Tisch. Dann berührte sie die junge Frau an der Schulter.  
 „Meine Liebe, was gibt es?“  
 Ein langer, schluchzender Atemzug erfolgte, und Mabel, aufstehend, wandte sich um und erfaßte die Warterin mit der einen zitternden Hand, während sie mit der anderen hinanzog.  
 „Dort“, sagte sie, „dort — sehen Sie!“  
 „Nun, meine Liebe, was gibt es? Ich sehe nichts. Es ist ein wenig dunkel.“

„Dunkel?“ erwiderte die andere. „Sie nennen das dunkel! Nein, nein, es ist schwarz — schwarz!“  
 Die Warterin zog sie sanft auf den Stuhl zurück und vom Fenster ab. Sie erkannte, daß es sich nur um nervöse Furcht handle, nichts weiter. Aber Mabel entwand sich ihr und kehrte neuerdings zum Fenster zurück.  
 „Sie nennen das ein wenig dunkel?“ fragte sie. „Nein, sehen Sie, Schwester, sehen Sie!“  
 Und doch war nichts Außergewöhnliches zu sehen. Tränen erhob sich die bekannte Krone einer Urne, dahinter, leuchtete das Holz, die geschlossenen Fensterrahmen und das Dach, und darüber der Morgenhimmel, ein wenig bewölkt aber und duntig, wie vor einem Gewitter, aber nichts mehr.  
 „Nun, was gibt es, meine Liebe, was sehen Sie?“  
 „Wie, wie... aber sehen Sie, sehen Sie doch — dort, hören Sie es?“  
 Ein schwaches, fernes Rollen, wie von einem schweren Wagen herrührend, ertönte — so leise, daß man an eine Täuschung des Gehörs zu glauben versucht war. Trotzdem preschte sie ihre Hände an die Ohren und ihre Füße trugen den vollkommenen Ausdruck föhlichen Schreckens. Die Warterin legte ihren Arm um sie.  
 „Meine Liebe“, sagte sie, „Sie sind nicht bei Sinnen. Es ist nichts als ein wenig Donner. Sehen Sie sich ruhig nieder.“  
 Sie konnte den Körper des jungen Weibes unter ihren Händen bebend fühlen, fand aber keinen Widerstand, als sie ihn auf den Stuhl niederlegte.  
 „Licht, Licht!“ höhnte Mabel.  
 „Wollen Sie mir jetzt versprechen, ruhig zu sitzen?“  
 Sie nickte, und die Warterin begab sich, ihr lächelnd, auf die andere Seite des Zimmers; es war ihr derartiges schon mehr als einmal vorgekommen. Sie schloste um, und einen Augenblick später erfüllte herrliches Sonnenlicht den Raum. Als sie sich umwandte, sah sie, daß Mabel sich im Stuhl herumgedreht hatte und mit verschlungenen Händen nach dem Himmel dort über den Dächern starrte. Doch war sie sichtbar ruhiger geworden. Die Warterin kam zurück und legte ihr die Hand auf die Schulter.  
 „Sie sind überreizt, meine Liebe... Sie müssen mir nun glauben. Sie haben keine Ursache, sich vor irgend etwas zu fürchten. Es ist nichts als nervöse Erregung... Soll ich die Jalosie herablassen?“  
 (Fortsetzung folgt.)

# Allerjeden

Von Konstantin von Jiler.

Undurchsichtig ist die Luft und schwer von Nebel. Graue Landschaft liegt wie erloschen unter grauem Himmel. In der Ferne verschwimmt die Stadt mit ihren Häusern und Türmen. Am Kanal, dessen Wasser träge dahinfließt, geht ein Weg entlang in die weiße, endlose Ebene hinein. Es scheint, als sei er ohne Anfang und ohne Ende. In regelmäßigen Abständen stehen Bäume an seinem Rande. Bäume mit gedrunghenen Stämmen, die wie fliegend ihre kalten Äste und Zweige in die Luft strecken. Jemand da hinten steilen Pappeln zu dem Abendhimmel auf.

Mit schweren Füßen geht ein Mann den Weg von der Stadt in die Weite hinein. Von der Stadt, in der er ein Fremder ist, obwohl er schon lange dort wohnt. Wo der Eine gleichgültig am Anderen vorbeikommt. Wo der Eine Freud oder Leid den Anderen nicht kümmert. Wo jeder nur ein Teil einer Maschine ist, die immer den gleichen Gang geht über Tod und Leben hinweg.

Wie leer sind doch die Augen der Menschen, die täglich nach einem neuen Ziele hasten, um es belächelt zu werden, wenn sie es erreicht haben. Wozu das alles! Wozu das Aufstehen des Morgens und das Niederlegen des Abends? Wie grau sind die Tage! Und wie dunkel die Nächte! —

Unheimlich glückt das dunkle Wasser neben ihm. Unweiskhaft wird alles um ihn. Da ist es ihm, als triebe etwas an ihm hoch. Etwas, dessen er sich nicht erwehren kann! Es würgt ihm die Kehle, daß er keinen Laut hervorbringen kann. Mit schwerem Druck legt es sich auf sein Hirn, daß er nicht mehr zu denken vermag! Jetzt drückt es ihm das Herz zu, daß es aufhören muß, zu schlagen! Ein Dämon hält seine Seele unflamierbar!

Wie ein finsternes dunkles Geheimnis liegt der sternlose Himmel über der Erde! — Erst einige nur, dann immer mehr. Sind es Frelichter? Boten des Todes? Doch nein! Sie brennen mit stetiger Flamme. Wie blickende Sterne sind sie, die vom Himmel herunterstrahlen. Mit geheimnisvoller Macht ziehen sie den Einsamen in ihren Bereich.

Wahelos folgt er dem Drängen. Vor ihm öffnet sich eine Wand von dunklen, ernsten Tannen. Auf schwarzem Marmor leuchten ihm goldene Worte entgegen: Kommet alle zu mir, die Ihr müde seid!

Wie still ist es hier! Schwarzgefledete Menschen gehen wie Schemen zwischen — Gräbern einher, deren jedes ein frommes Licht trägt.

Doch still! Die Menschen sind so ganz anders, als er sie sonst gesehen! Schauen nicht leidenschaftliche Geister voll Teilnahme nach ihm hin? Es ist ihm, als höben sich Hände zu ihm auf, wie Marmorstatuen, gefüllt mit roten Blumen der Liebe! Scheinen sie hier nicht alle Schwestern und Brüder zu sein? Ist es nicht so, als ob ein leuchtendes Band sich schlinge von einem Herzen zum andern? Und er fühlt: auch ich gehöre zu ihnen, die da Leid tragen um die Toten!

War er nicht auch ein Toter gewesen? Und hatten nicht die Lichter der Gräber ihn auferweckt?

Heiliger Friede füllt seine Seele. Alles, was ihn bekümmert hatte, Mel ab von ihm. Er ließ sich auf eine Bank nieder und schaute still auf die Armenleuchtenklein. Er war nicht mehr allein! Er hatte Schwestern und Brüder gefunden! Mit ihnen verließ er den Friedhof, als die Lichter ausgebrannt waren. Die Lichter des Allerjedenstages!

# Turnen • Sport • Spiel

## Leipzig schlägt Dresden 4:2 (2:2)

Trotz des nicht gerade freundlichen Wetters hatten sich im Paunsdorfer Stadion, welches allerdings noch recht ausbaufähig ist, die Leipziger Fußballgemeinde zahlreich eingefunden.

Dresden hatte Anstoß; verlor aber bald den Ball. Leipzig erzielte indessen zwei Ecken, die aber nichts einbrachten. In der 15. Minute schoß Weßner zum ersten Tore für seine Farben ein. Die Gäste kamen dann etwas mehr auf. In der 19. Minute gelang durch Vertbold der Ausgleich. Sogar die Führung wird mit einem weiteren Tor von Klotz übernommen. Leipzig ist kurz vor der Pause nochmals im Angriff und zieht in der 42. Minute gleich. Halbzeitstand 2:2.

Kunmehr ist Dresden vom Pech verfolgt. Klotz schießt an die Latte. Auf der anderen Seite erzielt Leipzig das dritte Tor durch Kopfball. Einige Ecken für Dresden bringen nichts ein. Dagegen kam Leipzig durch einen Elfmeterball den Schlußstand von 4:2 herbeiführen.

Beide Mannschaften waren nicht schlecht. Bei Leipzig auffällig gut Eddy und Strahl sowie der rechte Flügel. Dresden durchgängig gleichmäßig bis vielleicht auf die Außenläufer, die zu wenig eingriffen. Der lage Elfmeter war für Kühnel auch haltbar.

## Fußballländerkampf Deutschland-Holland

Amsterdam, 1. Novbr. Der 10. Fußball-Länderkampf Deutschland-Holland fand gestern bei holländischem regnerischem Wetter im Amsterdamer Stadion statt. Beide Mannschaften traten in der angekündigten Aufstellung an. In äußerst interessantem aufregendem Spiel, in dem sich beide Mannschaften als gleichwertig erwiesen, konnte die deutsche Elf einen 2:2 (2:1)-Sieg erringen.

## Berliner Fußballspiele

Der anhaltende Regen hatte die Plätze zum Teil unbrauchbar gemacht, so daß in der Abteilung A und in der Abteilung B je ein Spiel ausfallen mußten. Der Berliner Meister übertraf durch den zahlenmäßig hohen 10:0-Sieg über Meteo. Preußen verlor knapp gegen Tasmania und Wedding gegen die wiedererstarrte Borussia-Mannschaft. In der Abteilung B verlor der Spitzenführer Union-Oberhohensee überraschend gegen den 1. FC. Neutal. Union-Oberhohensee ließ nunmehr punktgleich mit den Schöneberger Kickers, die ebenfalls überraschend Viktoria 4:2 schlagen konnten. Auch der Sportklub Charlottenburg zeigte, daß wieder mit ihm zu rechnen ist, indem er den VSC. 92 : 3 schlagen konnte.

Radebauer VC. — SV. 06 Dresden 2:4. Städtepiel Chemnitz-Planen 3:1. Jura (Wau Schütz) — Wau Westfalen 5:2. 07 Meerane — Planener T. u. VC. (Gejellsh.-Spiel) 2:2.

## Thüringen.

EC. Erfurt — SV. Arnstadt 10:0. VSC. 1918 Erfurt — Schwarz-Weiß Erfurt ausgefallen. EC. Stadtlin — VfB. Erfurt 0:1. Germania Jena — Sportring Erfurt 2:4. VfB. Rudolstadt — Sp.-Bg. Jena 6:2. Bismarck Weimar — SV. Kahla 7:3. VfB. Apolda — Reichthofen Weimar 7:1. 1. FC. Pößna — VfB. Co-

Burg 2:4. SV. Neustadt — EC. Esfeld 1:3. EC. 01 Sonneberg — EC. 04 Sonneberg — EC. Oberkind 0:1. Viktoria Coburg — SV. Steinach 0:2. Sp.-Bg. Neuhau — Sportring Sonneberg 2:2. Sp.-Bg. 06 Weßla — 1. Süßler SV. 10:1. VfB. Meiningen — SV. Schmalzfelden Geld-Rot Meiningen — EC. Jella 0:2. FC. 01 Jella — Wacker Salungen 3:2. Concordia Gera — Td.-rungen Weida 3:1. Sp.-Bg. 04 — Schwarz-Weiß Weßhausen (Gejellsh.-Spiel). Wacker Gotha — VfB. Mühlhausen 2:1. Gotha 1901 — Wacker Gera 4:1. Borussia Eisenach — Sp.-Bg. Erfurt, Wacker Gotha — Geld-Rot Meiningen ausgefallen.

## Berliner Hochspiele.

Infolge der schlechten Bodenbeschaffenheit der Plätze fallen sämtliche Spiele bis auf das Zusammentreffen des Berliner Hochklubs mit B. SV. 92, die 4:4 spielten, und das Spiel Brandenburg gegen Potsdamer Sportfreunde, das 2:1 für Brandenburg endete, aus.

## Handballspiele der Turner.

T. S. B. Spandau 1860 gegen T. B. Wilmersdorf 6:2. TB. Dornier gegen TB. Friedebau 1:1. Berliner Turnerschaft 2. Abt. gegen T. S. B. Schöneberg 2:2. T. S. B. Tempelhof gegen TB. Fegel 9:2. T. S. B. Romawas 6:2 gegen Akadem. TB. 6:0. Berliner Turnerschaft 4. Abt. gegen TB. Mariendorf und T. S. B. Uch-terfelde gegen TB. Jahn-Neutal kampflös an die sogenannten Vereine. Die Frauenspiele fielen aus.

## Herbstwettbewerb des Gaus Nordwestfalen.

Der am Sonntag in Leipzig ausgetragene Herbstwettbewerb des Gaus Nordwestfalen ging bei recht mäßiger Witterung und zeitweiliger heftigen Regenschauern vor sich. In dem Hauptwettbewerb über 10 Kilometer lieferten sich Bräutigam (VfB. Leipzig) und der deutsche 115-Kilometer-Meister Bürste n (Sp.-Bg. Leipzig) bis zum Schluß einen erbitterten Kampf, aus dem Bräutigam schließlich mit 20 Meter Vorsprung als Sieger hervorging. Ergebnisse: 10-Kilometer-Lauf: 1. Bräutigam 34:03, 2. Bürste n 34:12. Mannschaftspreis: 1. VfB. 15 Punkte, 2. Sp.-Bg. Leipzig 20 Punkte. 5-Kilometer-Lauf: 1. Culvert (Sp.-Bg.) 15:22, 2. Otto (VfB) 17:03, 3. Mannschaftspreis: 1. Leipziger Ball-Klub 18 Punkte, 2. Leipziger Sp.-Bg. 26 Punkte.

## Schwimmspiele in Magdeburg

Am Sonntagabend hatte der Magdeburger S. C. von 1899 den S. C. Poseidon-Leipzig zu Gast. Die Magdeburger konnten sämtliche Konkurrenzen gewinnen. So erreichten die Magdeburger in der 5 mal 100 Meter-Freistilswasse mit 5:29 eine ganz hervorragende Zeit. Die beste Zeit für die 100 Meter Schwamm der Magdeburger Heilmann mit 1:03,2, während Friedrich-Leipzig 1:06 gebraucht. Auch die große Schwimmstaffel beendeten die Magdeburger ganz überlegen. Eine Überraschung war das Wasserballspiel, das Magdeburg mit 6:2 gewann.

## Eine französische Rugby-Mannschaft in Frankfurt a. M.

Der Sporting Club Universitaire de France spielte am Sonntag in Frankfurt gegen den Frankfurter SC. 1890 3:3. Beide Mannschaften führten das Spiel in durchaus feiner Weise durch, dessen Leitung in den Händen von Fritz Müller lag.

# Dresden

## Wortdverfuch in Dresden-Cotta

Am 31. Oktober 1928 gegen 7 Uhr nachmittags wurde die 44 Jahre alte Schlosserchefrau Frieda Köpcke auf freiem Felde hinter dem Cottaer Friedhof auf ihrem ausgedehnten Mantel liegend mit einer Anzahl Schnitt- und Schwunden an Hals, in der Brust und am linken Arm schwer verletzt und in bewußtlosen Zustände gefunden. Als Täter kommt der 60 Jahre alte Waidler Schulz von hier in Frage, der mit der Köpcke schon seit längerer Zeit in intimen Beziehungen gestanden hat und mit ihr in den letzten Nachmittagsstunden weggegangen ist. Wahrscheinlich hat er die Tat mit einem früheren Brotmeister ausgeführt, denn dieses wird in seiner Wohnung bemerkt. Das Motiv zur Tat ist zurzeit noch nicht bekannt. Schulz ist 1,80 m hoch. Er wird beschrieben: Mittelgroß, unterseht, volles Gesicht, blaues, graumeliertes ungepflegtes Schnurrbart, volles graumeliertes Kopfhaar, mehrere Zahnfüden, im Oberleber salbes Gesicht, bekleidet mit schwarz und weiß gestreifter Hufe, grünfarbierter Weste, rötlich brauner Strickweste mit rotharbener Umrandung, dunkelgrauem Jackett, grauen Filzhut, Stummeltrögen, gestrickten Selbstbinder, grau mit braunen Streifen und schwarzen Schnürschuhen. Sachdienliche Angaben, die zur Festnahme des Schuldigen führen können, werden umgehend nach der Kriminalabteilung, Schlegelgasse 7, Zimmer 149, erbeten.

## Der Wahltag in Dresden

Der Wahltag ist ebenso, wie der ganze Wahlkampf ohne Zwischenfälle abgelaufen. Die Wahl hat gezeigt, daß sich die politischen Gemüter doch ganz wesentlich abgekühlt haben. Man hatte sich allgemein weniger auf dunklere Propaganda denn auf Kleinarbeit gelegt. Insofern war auf der Straße nicht so viel vom Wahltag zu merken, wie früher.

Außerordentlich starkes Interesse für die Wahl zeigte sich hier in Dresden am Abend. In Erwartung der Ergebnisse bewährte die innere Stadt eine große Menschenmenge, die zum größten Teil ausarbeitete, bis ein vorläufiger Ueberblick über das Gesamtwahlergebnis erreicht war. Die Auszählung der Stimmen und die Zusammenstellung der Resultate nahm schon deshalb beträchtliche Zeit in Anspruch, weil sich die Stimmen auf zwölf Listen verteilten.

Es hat sich auch in diesem Falle wieder gezeigt, daß für die Uebermittlung der Stadtergebnisse der Radfahrer das schnellste Benachrichtigungsmittel war, da die Telefonstrahlen auf die Verbindung mit dem „Auslande“ eingestellt waren. Heute kehrt nun die ruhige Betrachtung der politischen Dinge wieder zurück, verbunden mit etwas Nooemberstimmung. An langen Winterabenden, wenn auch im neuen Landtag nicht alles so sein wird, wie man es gewollt hatte, wird man Zeit genug haben, über die Stimmenabgabe etwas nachzudenken. Dazu möchte diese Wahl Anlaß sein!

: Der Dresdner Männergesangverein beging sein 50 jähriges Bestehen mit einem Jubiläumshonngroh und einem Festakt im neuen Rathaus. Der derzeitige Vorsitzende, Rechtsanwalt Dr. Paul Schulze, hielt dabei die Festrede, in der er einen Rückblick auf die Geschichte des Vereins gab. Die Damen übergaben bei der Feier das erneuerte Vereinsbanner. Glückwünsche überbrachten u. a. Volkshilfungsminister Dr. Kallre und Oberbürgermeister Dr. Häfner. Im Konzertsaal der Ausstellung fand am Nachmittag ein Festbankett statt.

: Der schienlose Zug, der mit einer unwilligen Verpöpfung in Dresden eintraf, wurde bei seiner Fahrt durch die Stadt überall von dichten Menschenmassen „bestaunt“. Ob alle auf ihre Rechnung gekommen sind? Jedenfalls hatte man das erbebende Gefühl, ein Stück echter amerikanischer Reklame gesehen zu haben. Den meisten war natürlich die Lokomotive zu klein und der eine Pullmann-Wagen zu wenig, um die noble Bezeichnung „schiensloßer Zug, zu rechtfertigen. Und schließlich hat die Frau recht, die dazu meinte: Ein Vollauto mit Anhänger ist genau dasselbe. Nur mit dem Unterschiede, wödyen wir hinzuzufügen, daß eben niemand sich den Luxus gestattet, einen Zerstörerzug auf die Weltreise zu schicken. Und das ist das Entscheidende: Sensation!

: Verein für Volkshunde. Dienstag, den 2. November Vortrag des Herrn Johannes Ronieha-Hamburg über „Moderne Zeitmenschen auf den westlichen Inseln“ (mit Bildbüchern) abends 8 Uhr im Hörsaal 77 der alten Technischen Hochschule (Gäfte willkommen. Eintritt frei).

: Personenverkehr. Infolge vorgerückter Jahreszeit und allgemeinen Verkehrsrückganges wird ab 1. November der Verkehr auf der Strecke Riesa-Mühlberg eingestellt; außerdem werden vom gleichen Tage ab Haltestellen eingestellt: Schandau-Bahnhof, Kosta, Großsieblich, Sobrigen, Hofersdorf, Stadl, Coffebauhe, Niederwartha und Spaar.

: Letzte Verragung der Arbeitsmarktlage. Nach einem Bericht des Deutschen Arbeitsnachweises Dresden und Umgebung hielt die Verragung der Arbeitsmarktlage auch in der Berufswoche vom 24. bis einschl. 30. Oktober 1928 an, so daß sich der Bestand an Arbeitsuchenden um 947 auf 29.605 (30.752) verringerte. Der Rückgang ist auf festere Vermittlungstätigkeit in Industrie und Handwerk zurückzuführen. Allerdings handelt es sich bei den in Arbeit Geworbenen überwiegend um auswärtsweise Beschäftigungen. Aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge wurden insgesamt 33.404 (33.872) Personen unterstützt und zwar 19.962 (20.26) Volkserwerbstätige, 12.195 (12.366) Jugendlagerempfänger und 1.517 (1.480) Kurzarbeiter. Die Zahl der nichtunterstützten Kurzarbeiter beläuft sich auf etwa 5.500.

: Gesellschaft für Philosophie der Gegenwart. Dresden. In der 42. Versammlung am Mittwoch, den 3. November 1928, abends 8 Uhr, im Cosel-Palais, An der Frauenkirche 12, Gg. rechts, spricht Kapfen Dr. Baum über „Weltanschauliche Typen im modernen Katholizismus“.

: Schlegelwälder Landmannschaft. Dienstag, den 2. November, abends 8 Uhr, im Hotel „Imperial“, Johannisstraße 12, Ecke Birnicher Platz, Versammlung mit musikalischen Vorträgen (Landmann Thiele).

## Leipzig

: Unfall beim Wassereinstiegen. Als ein Wachtmeister seinen Dienstrevolver reinigte, löste sich ein Schuß. Die Kugel drang ihm durch die Brust. Der Schwereverletzte wurde ins Krankenhaus St. Georg geschafft.

: Betriebsunfall. In der Generatoranlage der Deutschen Erdölgesellschaft in Regis-Brelingern ereignete sich Sonntag ein schwerer Betriebsunfall. Zwei Arbeiter wurden durch eine Explosion so erheblich verletzt, daß sie infolge der erlittenen Brandwunden dem Krankenhaus in Altenburg zugeführt werden mußten.

: Der Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten (VWH.) veranstaltet, um die Berufsausbildung seiner jugendlichen Mitglieder zu fördern, im Winterhalbjahr 1928/27 Jungendkassenbesuche der Jugendgruppen untereinander. Am Sonntag, den 31. Oktober, fand in Leipzig das erste Treffen statt, verbunden mit beruflichen Wettbewerben in Stenographie, Englisch, Französisch, Ruffah, kaufmännisches Rechnen, Buchkunde usw. Eine Festschrift an den Rhein ist der Lohn für die Siegerinnen. — Der nächste Wettkampf wird am Sonntag, den 28. November, in Dresden in den Verbandsräumen, Marienstraße 22, ausgetragen.

## Aus Sachsen

### Schwere Unfälle

Flauen 1. v. 30. Oktober. Ein schweres Automobilunglück hat sich am Freitagabend gegen 8 Uhr in Rohlitzener zuggetragen. Ein Kraftwagen aus Flauen mit sechs Insassen war gegen 7 Uhr abends nach Mehlitz gekommen, wo die Insassen Flugblätter für die Landtagswahlen verteilten, während der Kraftwagenführer inzwischen in einem Gasthaus zwei Glas Bier trank. Nach einer Stunde wurde die Rückfahrt angetreten. Kurz nach dem Verlassen des Ortes fuhr der Kraftwagen in einer Kurve gegen einen Straßengraben. Durch die Wucht des Anpralles wurden sämtliche Insassen herausgeschleudert. Vier wurden schwer verletzt und mußten nach Flauen ins Krankenhaus geschafft werden, während zwei Insassen mit leichten Verletzungen davonkamen. Der Wagen ist schwer beschädigt.

Leipzig, 31. Oktober. Ein Autounfall ereignete sich in der Nacht zum Sonntag in der Nähe des Stannebeinplatzes in Senefeld. Ein mit drei Personen besetzter Kraftwagen stürzte gegen 3 1/2 Uhr früh die 12 Meter hohe Böschung hinab und wurde stark beschädigt. Alle drei Insassen wurden verletzt.

Chemnitz, 1. November. Am Sonntagabend ist der Kraftwagen des Händlers Hüßig, der vom Verkäufer allein gesteuert wurde, beim Einbiegen von der Zerbendorfer in die Einleuder-Hauptstraße durch zu scharfes Nehmen der Kurve in die Zerbendorfer Straße gefahren. Der Wagen überschlug sich, seinen Insassen unter sich begrubend. Trotz sofortiger Hilfe konnte der Verunglückte nur als Leiche geborgen werden.

In die Tomatmaschine geraten. In den Krauswäher Stranzmühlwerken (Reel's Röhdenburg) ist der Arbeiter Luchs am Donnerstag in die Tomatmaschine geraten und von dieser vollständig zermahlen worden.

Berurteilung zweier Totschläger. Die größtlich: Blut- tat, der am 20. Mai 1926 der Wittergauseinspeltor Paul Müller auf dem Rittergute Rohenhain zum Opfer fiel, beschuldigte das Schwurgericht in Adtau in der Verhandlung gegen den 27 Jahre alten Oberschweizer Paul Mordek aus Breslau und den 20 Jahre alten Schweizer Joseph Bolt aus Lauban wegen Totschlags. Sie waren angeklagt, am genannten Tage im Wald bei Rittengetes Rohenhain gemeinschaftlich den Inspektor Müller vorfällig, aber ohne Ueberlegung getödet zu haben. Mordek erblet wegen Totschlag 12 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust, Bolt wegen Mordes 4 Jahre 6 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrenrechtsverlust.

Strandung eines englischen Dampfers. Der englische Dampfer „Torbanban“, der infolge Nebels bei Zerbendorf strandete, ist vollkommen zerstört worden. Menschen sind nicht ums Leben gekommen, entgegen anderslautenden Blättermeldungen.

# Tagung des Reichsparteivorstandes der Zentrumspartei

## Die programmatische Rede des Kanzlers — Die konsequente Politik der Mitte — Abrechnung mit politischen Verleumdern — Die Zurückweisung der Kulturkampfshege des Erzherrers — Das schwere Problem der Regierungsbildung — Keine großen Hoffnungen auf die Sozialdemokraten — Was ist wahre Staatsgesinnung?

### Der Auftakt

Am 30. Oktober, trat in Erfurt der Reichsparteivorstand der Deutschen Zentrumspartei zusammen, nachdem schon eine zweitägige Sitzung des Bildungsausschusses der Deutschen Zentrumspartei vorangegangen war. Diese Ausschussverhandlungen, in denen sich unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten a. D. Stegerwald führende Persönlichkeiten aus Parlament und Partei, unter ihnen namentlich der hochverdiente Prälat Dr. Piper einfinden, leisteten eine ungemein wichtige und wertvolle Vorarbeit für die eigentliche Tagung des Vorstandes und des Parteiausschusses, die sich, wie wir hoffen dürfen, zum Segen der gesamten Parteiarbeit, insbesondere nach gedanklichen und der geistigen Seite hin auswirken werden.

Die diesmalige Tagung des Reichsparteiausschusses der Deutschen Zentrumspartei begegnete einem überraschend starkem Interesse. Schon in der Sitzung des Reichsparteivorstandes, die am Sonnabend von vormittags 10 Uhr bis in die Abendstunden abgehalten wurde, waren mit ganz geringen und dringend entschuldigenden Ausnahmen alle beteiligten Persönlichkeiten aus dem ganzen Reiche zur Stelle. Die Verhandlungen wurden geleitet durch den Gesamtchef der Partei, den Reichskanzler Marx. U. a. wohnten ihnen bei Präsident Dr. Pösch, Geheimrat Herold, Ministerpräsident a. D. Stegerwald, Reichskanzler a. D. Dr. Wirth, Prälat Kaas, Joos, Minister Brauns, Veil, Minister Haslinder, Prälat Dr. Schreiber, die Abgeordneten v. Guérard, Lamers, Klöckner, Giesberts, ten Hompel, Fr. Teusch, Fr. Weber. Leider ist der Parteichef Baubens, Prälat Dr. Schöser, durch Krankheit am Erscheinen verhindert. Dafür ist aber der badische Landtagspräsident Baumgartner zur Stelle. Für Württemberg ist der Justizminister Dr. Beyerle erschienen. Die Verhandlungen des Parteivorstandes berührten bereits alle Probleme der Außen- und Innenpolitik, zu denen die führenden Persönlichkeiten der Fraktionen und der

Parteileitung Stellung nahmen. Der Charakter der diesmaligen Tagung ist über den rein organisatorischen, dem er zunächst dienen sollte, weit in das politische Gebiet übergewachsen, weil es sich als notwendig erwies, daß angesichts der Vorgänge in der Innen- und Außenpolitik auch die Zentrumspartei offiziell Stellung nimmt. Das alles wurde in der Sitzung des Vorstandes besprochen und vorbereitet, um als Grundlage für die Erörterungen im Reichsparteiausschuss zu dienen, die von ganz außerordentlicher Bedeutung für die Zukunft der Partei werden dürften.

Die Rechenschaft über den Stand der Organisation der Partei über die Möglichkeiten der Verwirklichung und Vertiefung bildeten den Kern dieser wichtigen Beratungen, die in allem Wesentlichen die vollkommene Einmütigkeit der Auffassung ergaben.

Neben organisatorischen Fragen wurden alle Fragen der Außen- und Innenpolitik in den Bereich der Erörterungen gezogen. Hinsichtlich der deutschen Außenpolitik trat der Reichsparteivorstand rücksichtslos auf den Boden der Forderung des Reichstags, deren Endziel bekanntlich die Befreiung Deutschlands und die Befreiung Europas ist. Er anerkannte die Erfolge der vom Zentrum eingeleiteten und von Stresemann fortgeführten Politik, verhehlte sich aber in keiner Weise die Schwierigkeiten, die der endgültigen Lösung der außenpolitischen Fragen noch entgegenstehen.

Eine eingehende Betrachtung wurde insbesondere den von dem Abgeordneten Stegerwald geforderten Bildungsaufgaben der Partei zugewandt. In allen Fragen kam der Reichsparteivorstand zu einer grundsätzlichen einheitslichen Auffassung.

Ein besonderes Wort des Dankes gebührt den Erfurter Parteifreunden, welche die Tagung ausgezeichnet vorbereitet hatten. Es zeigte sich, daß die Wahl des Tagungsortes außerordentlich glücklich war. Die Erfurter Parteiorganisation hatte alle Maßnahmen getroffen, um die Tagung zu einem glücklichen Ergebnis zu führen.

geschwungen hätten, daß dem Zentrum jedes konsequente Programm für eine nationale Politik gefehlt und es in allen grundlegenden politischen Fragen, in allem für das nationale Leben Wesentlichen eine Selbstsucht an den Tag gelegt habe, die die Partei bis auf den heutigen Tag gehalten habe, läßt eine ungläubliche Unkenntnis der wahren Sachlage erkennen, seine Haltlosigkeit ist durch zahlreiche unbestreitbare politische Ereignisse für jeden politisch und Gerechtigkeitssinn anwesenden Leser ersichtlich. Die Zentrumspartei kann mit Stolz darauf hinweisen, daß schon seit Jahren kein namhafter Politiker es mehr gewagt hat, solche Vorwürfe, die in der Höhe des Kulturkampfes auf katholischenfeindlicher Seite einschuldbar erschienen mochten, gegen die Zentrumspartei zu erheben. Die Partei weiß, daß ihre für das Vaterland wertvolle und entbehrliche Arbeit von der Weltgeschichte eine gerechtere und zutreffendere Beurteilung erfahren wird.

### Die Verhandlungen von Thoiry

Die der Reichsaussenminister mit dem französischen Minister geleitet hat, liegen durchaus in der Richtung der Zentrumspolitik und finden die volle Billigung der Partei. Sie erkennen, daß noch langwierige Auseinandersetzungen notwendig sein werden, ehe bei der Einstellung Frankreichs und der Schwierigkeit des zu entwirrenden Fragenkomplexes der erhoffte Erfolg eintritt. Sie erkennen mit Dankbarkeit die Tätigkeit Dr. Stresemanns bei der Behandlung dieser Frage an, und stellt von neuem die Tatsache fest, daß eine wichtige Befreiung zwischen Deutschland und Frankreich erst dann eintreten kann, wenn die völlige Befreiung des besetzten Gebietes zur Tatsache geworden ist. Wer auf die Dauer die Wohlfahrt der beiden Nachbarländer begründen und sichern will, muß das Fortbestehen friedlicher Verhältnisse zwischen ihnen mit aller Macht betreiben. Deutschland ist dazu bereit, möchte seine Bemühungen das verständnisvolle Entgegenkommen der anderen Seite finden.

Es ist unrichtig, wenn von der rechten Seite der Vorwurf erhoben wird, die Verhandlungen von Thoiry hätten schließlich einen solchen Weg zur Förderung der Interessen Deutschlands eingeschlagen. Der große Teil der Tages von Thoiry und der im Anschluß daran erforderlichen Verhandlungen ist der, daß für den nicht mehr die harte Einstellung Frankreichs bezüglich der Befreiung des in Betracht kommenden Gebietes aufrechterhalten werden kann. Es ist, wie einmal schon, daß Deutschland die Befreiung des besetzten Gebietes von fremder Befreiung verlangen kann, wenn nur der richtige finanzielle Weg gefunden wird. Aber gerade diese Regelung bietet so große Schwierigkeiten, daß sie nicht von heute auf morgen zu erledigen sind. Die in Thoiry vorgesehene Mobilisierung der Reichsbahnlokomotiven steht auf jeden Fall die Mobilisierung Amerikas voraus. Diese ist aber nur zu erreichen, wenn das Schuldenabkommen zwischen Amerika und Frankreich endlich von Frankreich ratifiziert wird. Diese Ratifizierung läßt auf ungemein große Schwierigkeiten in Frankreich selbst, ehe über die Ratifizierung erfolgt ist, ist an eine Förderung der Mobilisierungsbefreiung nicht zu denken.

Anderer Wege der Finanzierung einzuschlagen, etwa die Aufnahme einer gemeinsamen Anleihe durch Deutschland und Frankreich, stehen ebenfalls auf große Schwierigkeiten. Es muß eben in gemeinsamer Arbeit noch sehr sorgfältig geprüft werden, auf welche Weise diese von Frankreich benötigten finanziellen Gegenleistungen Deutschlands herbeizuführen werden können. Daß zur Erledigung einer so außerordentlich schwierigen Frage ein längerer Zeitraum in Anspruch genommen werden muß, ergibt sich ohne weiteres.

Daraus der Regierung einen Vorwurf zu machen, ist ebenso ungerechtfertigt, wie die Behauptung, daß die Verhandlungen von Thoiry ergebnislos geblieben oder gescheitert seien. Die Tatsache dieser Verhandlungen und ihr Inhalt werden nicht mehr aus der Welt geschafft werden; die Frage wird nicht eher zur Ruhe kommen, bis die Befreiung des besetzten Gebietes erreicht ist.

### Was die innere Politik

anfangt, so wird zunächst die Frage der Regierungsbildung im Reich wie in Preußen im Vordergrund des Interesses stehen. Die Zentrumspartei hat wiederholt ihre Einstellung zu dieser Frage grundsätzlich festgelegt.

Wir sind bereit, mit der Partei eine Regierung zu bilden, die gewillt ist, auf dem Boden der bestehenden Verfassung die Politik weiter zu betreiben, die bisher von der Zentrumspartei als richtig anerkannt worden ist. Die zur Zeit im Vordergrund stehenden Bemühungen, die große Koalition sowohl in Preußen wie im Reich herzustellen, werden von der Zentrumspartei in ruhiger, kühl abwägender Beurteilung der bestehenden politischen Verhältnisse, unterstützt werden.

Was die Lage im Reiche angeht, so wird von der Sozialdemokratie verlangt werden müssen, daß sie sich endlich klar darüber entscheidet, ob sie lieber parteipraktischen Interessen Rechnung trägt, oder eine Politik, die im allgemeinen von ihr als richtig anerkannt wird, dadurch tothätig unterstellt, daß sie sich bereit erklärt, auch ihrerseits die Verantwortung durch Beitritt zur Regierung zu übernehmen. Wiederholte und sehr beachtliche Stimmen im sozialdemokratischen Lager geben der Befürchtung Raum, daß in weiten Kreisen der Sozialdemokratischen Partei die Erkenntnis, welche Pflicht in der Zeit des demokratischen Parlamentarismus einer großen, auf dem Verein der Verfassung stehenden Partei obliegt, noch nicht Gemeingut geworden ist. Wenn zum Beispiel der Abgeordnete Sollmann jüngst in einer Verlesung zu Köln ausgesprochen hat, daß die Partei „um kleiner Augenblicke willen ihre große Zukunft, die ein wesentliches Stück des künftigen Deutschlands ist, nicht gefährden dürfen“, und ferner, daß „die Stärke ihrer Partei ihr Anhang im Lande sei und bleibe“, so lassen diese Ausführungen nicht allzu große Hoffnung für die kommenden Dinge zu. Die Zentrumspartei hat ihre Kraft dem notleidenden Staat und Volk zur Verfügung gestellt, obwohler ihre Stärke und ihr Anhang draußen im Lande infolge dessen gemindert zu werden drohte. Solange die Sozialdemokratie auf die Schwäche der Republik und die Bedrohung ihrer Sicherheit hinweist, aber die Uebernahme einer verantwortlichen Tätigkeit bei der Regierung ablehnt, ist von einem siegreichen Durchdringen des wahren Staatsgedankens bei ihr noch nicht die Rede. Man spricht viel von der Notwendigkeit der demokratischen Gestaltung unseres Staatswesens, übersteht aber, daß die Demokratie im wahren Sinne des Wortes nicht nur in Betonung von Rechten besteht, sondern daß gerade die Herbeiführung der Pflichten

## Die Ausführungen des Kanzlers Marx

Der Vorstand der Zentrumspartei hat eingehend erwogen, ob es nicht zweckmäßig und erforderlich sei, einen Parteitag für den Herbst einzuberufen. Eine Reihe gewichtiger Gründe bestimmen den Vorstand, davon abzusehen, und sich mit der Veranstaltung einer Sitzung des Reichsparteiausschusses zu begnügen, da im Reichsausschuss die verschiedenen Bezirke des ganzen Reiches ausreichend vertreten erschienen. Eine große Anzahl wichtiger und schwieriger politischer Fragen ist der Erledigung durch die Entwicklung der letzten Monate nähergerückt, andere sind als noch nicht gelöste Probleme neu aufgelaucht.

Was die Außenpolitik angeht, so hat sich darüber Herr Prälat Kaas in der gestrigen öffentlichen Versammlung in so ausgezeichneter Weise ausgesprochen, daß ich hier auf seine Darlegungen nur Bezug zu nehmen habe. Ich möchte nur noch einmal die Tatsache unterstreichen, daß die Außenpolitik des Zentrums sich in durchaus gerader Linie von 1919 an bewegt hat, und daß der heutige Stand mit in erster Linie durch diese konsequent festgehaltene Einstellung des Zentrums herbeigeführt worden ist. Die Zustimmung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles ist nach reiflicher, überaus ergreifender und erschöpfender Beratung vom Zentrum gegeben worden, und zwar nur mit Rücksicht auf die zwingende Notwendigkeit, die keinen anderen Weg als gangbar erkennen ließ, wollte man nicht die Gefahr des Untergangs in den Kauf nehmen.

Mit Entrüstung weisen wir die Unterstellung zurück, die sich in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ in der Nummer vom 20. Oktober findet, als sei irgendein Kompromiß über die der Kirche und Schule einzuräumenden Freiheiten hier maßgebend gewesen. Ich kann eine solche Behauptung nur als niedrige Verleumdung bezeichnen, die bis jetzt auch noch von keiner Seite zu stellen gewagt worden ist.

Die im Verlauf der folgenden Jahre von der Zentrumspartei innegehaltene Politik war gegründet auf der Erkenntnis, daß das deutsche Volk, herab durch jeglicher Waffenrüstung, zum Wiederaufstieg und zur Genesung nur geführt werden kann durch Verständigung mit den ihm bis dahin feindlich gegenüberstehenden Nationen. Daß dazu auch die Erklärung der Bereitwilligkeit zur Erfüllung der Bestimmungen des Friedensvertrages mitgehörte, kann keinem Zweifel unterliegen, eine Bereitschaft zur Erfüllung, selbstverständlich nur in den Grenzen des Möglichen, soweit die Leistungskraft des deutschen Volkes ging, nicht eine Erfüllung schlechthin und unter entehrenden Bedingungen. Wenn anderes bis in die neueste Zeit behauptet wird, so entbehrt eine solche Unterstellung jeglicher tatsächlichen Grundlage.

Diese Verständigungspolitik, die die Zentrumspartei von 1919 als allein richtig erkannt und erstrebt hat, hat zu Ergebnissen geführt, mit denen sich auch die bisherigen Gegner dieser Politik, wenn auch widerwillig, abgefunden haben. Sie können eben die Vorteile, die diese Politik für das deutsche Volk mit sich bringen mußte und mit sich gebracht hat, nicht mehr länger bestreiten. Diese Vorteile sind allzu deutlich und sichtbar zur Lage getreten, als daß man sie länger zu bestreiten wagen dürfte.

Mit vollster Ueberzeugung hat die Zentrumspartei auch die Bestrebungen unterstützt, die auf Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gerichtet waren. Sie hat die endlich in den Völkerbund eingetragene erfolgreiche Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund aufrichtig begrüßt. Sie verkennt nicht, daß mit dem Eintritt in den Völkerbund nur die Art des poli-

tischen Verteidigungszustandes Deutschlands geändert worden ist. Nach wie vor werden wir uns mit den übrigen Nationen aus- einandersetzen müssen über die Mittel und Wege, wie die Weltgeltung Deutschlands zu fördern und zu sichern ist. Der Eintritt in den Völkerbund mußte aber als der beste und sicherste Weg dazu betrachtet werden. Selbst die Deutschnationale Partei, die bisher wohl als die schärfste Gegnerin des Völkerbundsgedankens zu bezeichnen war, konnte nicht umhin, sich mit der Tatsache des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund abzufinden und ihre Bereitschaft zu erklären, nunmehr auf diesem Boden ihre Politik weiter zu betreiben. Bemerkenswert ist das Zugeständnis, daß die politische Entwicklung es von selbst mit sich bringt, daß man auch auf dieser Seite sich gezwungen sieht, gewisse Tatsachen als gegeben hinzunehmen, obwohl man sie nicht billigt und nicht als erfreulich bezeichnet.

Man soll dann aber auch von dieser Seite aufhören, der Zentrumspartei Vorwürfe zu machen, weil diese schon im Jahre 1919 in ihrer Erkenntnis soweit vorgeschritten war, wie die Deutschnationale Partei zur jetzigen Zeit. Die Zentrumspartei hat ein besonderes Maß politischer Klugheit und Stärke an den Tag gelegt, als sie damals bereits erklärte, daß sie an dem Ende des Jahres 1918 gegebenen Tatbestand nicht irgendwie die Schuld trägt, daß sie über den Tatbestand rein als solchen als gegeben erachte, ganz abgesehen davon, ob er ihr gefalle oder nicht. Von diesem Tatbestand ausgehend, hat sie dann ihre Politik darauf gerichtet, ausschließlich das Wohl des Volkes und die Wahrung der Einheit des Reiches zu erstreben.

Die Zentrumspartei hat damals und ununterbrochen bis zum heutigen Tage sich — wie seit ihrer Gründung — als eminente Schlichterin und Förderin des Staates bewiesen. Sie hat, wie sie mit Stolz immer wieder feststellen kann, seit 1919 noch niemals ihre Pflicht, für das deutsche Volk auch an verantwortlicher Stelle politische Arbeit zu leisten, verleugnet oder vernachlässigt. Sie hat immer wieder die schwere Last der Verantwortung auch in der Uebernahme von Regierungsgeschäften auf sich genommen, wenn auch das Parteiinteresse es als viel verlockender hingestellt hätte, sich von der Regierung zurückzuziehen und bequemem Agitationsinteresse Vorkauf zu leisten. Diese Versuchung hat die Partei stets mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Mit Zug und Recht kann sie die Vorwürfe als durchaus unbegründet zurückweisen, die der frühere Kaiser in seinen soden erschienenen Jugenderinnerungen gegen ihre Vaterlandstreue zu erheben sich unterläßt. Wenn der Kaiser behauptet, daß die Zentrumspartei „nach Vermeidung des Kulturkampfes, für den ihre Existenz berechtigt gewesen wäre, zum Schaden des Vaterlandes fortbestanden hätte“, dann bildet die politische Entwicklung demgegenüber für jeden ruhigen und objektiven Urteilenden die beste Widerlegung dieser haltlosen Behauptung. Wie oft ist bereits aus gegnerischem Munde dem Zentrum das Zeugnis ausgesprochen worden, daß gerade sein Verhalten bei der geschichtlichen Entwicklung unseres inneren Parteilebens von außerordentlich seltener Bedeutung sei, daß das politische Leben in Deutschland geradezu verderbliche Auswirkungen gehabt haben würde, wenn die Zentrumspartei als wahre Mittelpartei nicht den Ausgleich zwischen rechts und links vermittelt hätte. Der Vorwurf, daß die Führer des Zentrums geistig abhängig von einer auswärtigen Macht, dem Papsttum seien, daß sie ihre natürliche Abneigung gegen das protestantische Herrscherhaus niemals verleugnet, noch sich zu einem vorbestimmten fremden Bekenntnis zum Reichsgedanken auf-

dem Volk und dem Staat gegenüber und die Bereitschaft zu deren Erfüllung den Hauptteil des wahren demokratischen Gedankens darzustellen.

Auf der anderen Seite sehen wir die Deutsch-nationale Partei nicht nur bereit, in die Regierung einzutreten, sie stellt es sogar als ein Recht hin, in die Regierung aufgenommen zu werden und erhebt — wenigstens auf ihrem Parteitag — ausdrücklich einen dahingehenden Anspruch. Wie sich die Frage der Regierungsbildung weiter entwickeln wird, läßt sich zurzeit auch nicht annähernd übersehen. Die Entscheidung wird erst nach Wiedervereinigung des Reichstages von den in Betracht kommenden Parteien zu treffen sein, da auch die Erziehung in Preußen bis zu diesem Zeitpunkt hinausgeschoben werden ist. Das Verlangen der Deutschnationalen, in die Regierung einzutreten, wird die Zentrumspartei wie stets förmlich und durchaus objektiv bemerken und danach handeln. Mit der Ablehnung einer Koalition des Reichstages, daß man sich auf den Boden der Weimarer Verfassung stelle, daß man die Forderung annehme, daß Deutschland nunmehr dem Völkerverbund anschreibe und daß man infolgedessen bereit sei, die Außenpolitik auf dem Boden des Völkerverbundes weiter zu betreiben, wüßte man sich allein nicht begnügen können.

Dafür hat doch das Verhalten der Deutschnationalen Partei in der ganzen Zeit seit 1919 ein allzu großes und nur zu sehr begründetes Mißtrauen bei all den Parteien erweckt, die sich nicht nur formell auf den Boden der neuen Verfassung stellen, sondern auch aus innerer Überzeugung entschlossen sind, die durch die Verfassung von Weimar begründete Staatsform weiter auszugestalten und zur nachfolgenden Ausweitung zu bringen, weil nur so, das Wiedererleben des deutschen Volkes und seine Wohlfahrt gesichert ist. Wie haben solche Parteien auf dem Parteitag der Deutschnationalen gehört. Die Presse derselben Partei und die Reden einer Anzahl von Abgeordneten derselben Richtung nach dem Parteitag lassen das bestehende Mißtrauen durchaus als gerechtfertigt erkennen. Die Parteien, die den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund erstrebt und als richtig begrüßt haben, werden eine Politik niemals mitmachen, die in dem Ausdruck einer ange-sehenen deutschnationalen Zeitung gipfelt: „Wir müssen im Völkerverbund als die Störenfriede erscheinen“.

Wie die Regierungsbildung vor sich gehen wird, und ob überhaupt eine Veränderung des bisherigen Koalitionsverhältnisses vorgenommen werden soll, wird, wie gesagt, Gegenstand der Parteiverhandlungen nach dem Zusammentritt des Reichstages sein. Die Meinung vieler Kreise des Zentrums, geht zweifellos dahin, daß, wenn eine Erweiterung der Koalition nicht gangbar sein wird, man dann die Geschäfte des Reiches ebenso gut zu fördern in der Lage sein wird unter Beibehaltung der gegenwärtigen Koalition. Es ist durchaus richtig, wie Herr Stierwald jüngst in einer Rede ausgeführt hat, daß nicht immer diejenige Regierung die stärkste ist, die eine Mehrheit im Parlament hinter sich hat. Eine Minderheitsregierung hat bisher in der deutschen Politik recht häufig Ergebnisse erzielt, die sich sehr wohl sehen lassen könnten. Wenn die Minderheitsregierung weiter bestehen bleibt, dann allerdings muß die Zentrumspartei auch den berechtigten Anspruch an die Parteien, die sich nicht bereitgefunden haben, der Koalition beizutreten, erheben, daß sie nicht ihr Fernbleiben von der Koalition in der Richtung ausnutzen, im Interesse ihrer eigenen Partei Anträge zu stellen, die zwar agitatorisch gute Wirkungen hervorrufen können, von ihnen selbst aber nicht unterstützt werden würden, falls sie selbst der Regierung angehörten.

Die Zentrumspartei ist keineswegs gewillt, ihre eigene Stellung durch eine allzuweit getriebene Opferwilligkeit und dem Agitationsbedürfnis anderer Parteien zuliebe zu gefährden. Auch für die Geburt und den Idealismus der Zentrumspartei, sich für das Gesamtwohl in der Regierung einzusetzen, gibt es bestimmte Grenzen. Die Parteien, die die gegenwärtige Koalition zu gefährden suchen, müssen sich sagen, daß sie selbst im Falle des Scheiterns ihres Versuches die Regierung zu übernehmen haben.

Getreu ihrer historischen Vergangenheit hat sich die Zentrumspartei auch seit 1919 als

**Treue Hüterin der Verfassung**

bewährt. Das Bekenntnis zur Verfassung und der verfassungsgemäßen Staatsform ist in höchst erfreulicher Einmütigkeit und Offenheit bei den letzten maßgebenden Zusammenkünften der Parteistellen immer wiederholt worden. Unsere Aufgabe wird nunmehr sein, mehr noch als bisher, die Parteianhänger darin zu bekräftigen, in echter Staatsgesinnung alles daranzusetzen, um das Wohl des Ganzen, des Staates, und damit des Volkes zu fördern und zu pflegen.

Der Mangel an echter Staatsgesinnung ist noch immer bei weiten Volksteilen aufs Schmerzlichste zu beklagen. Man kann

es verstehen, wenn manche sich noch immer mit der Forderung des früher bestehenden Zustandes in unserem Vaterlande nicht abfinden können. Es ist aber nicht zu verantworten, wenn man eine an sich berechtigte Opposition gegen den bestehenden Staat so aufweist, als sei man berechtigt, ihn auch dem Ausland gegenüber nach jeder Richtung hin zu diskreditieren und herabzusetzen, diejenigen mit Schimpf und Schande zu bedecken, die es wagen, in schwerster Zeit die Verantwortung in der Regierung zu übernehmen, um nach besten Kräften und bestem Willen den Versuch zu machen, das durch den Krieg niedergeworfene Volk und Vaterland allmählich wieder aufzurichten. Ebenso wenig verdrät es wahre Staatsgesinnung, wenn man verneint, daß unser Staatswesen immer noch schwach, arm und hilfsbedürftig dasteht, daß es keineswegs demokratischer Gesinnung entspricht, den Staat als etwas Drittes, unter Umständen Feindliches zu empfinden und vom Staate die Befriedigung aller Ansprüche zu verlangen und zu erwarten, ohne zu überlegen, ob das Staatswesen auch schon imstande ist, solche Lasten zu ertragen. Der Staat ist nun einmal im Wesentlichen das Volk selbst. Alles, was vom Volke an Forderungen an den Staat erhoben wird, muß auch wieder vom Volk selbst erträgt und getragen werden. Hier allmählich eine Veränderung herbeizuführen, muß das Streben aller derjenigen sein, die unser Volk aus seiner jetzigen schwerbedrückten Lage emporzuführen wollen. In erster Linie geht die Pflicht dahin, daß jeder, der es irgendwie vermag, sein Wissen und seine Kraft einsetzt zur Förderung des allgemeinen Wohles. In Reich, Land und Gemeinden soll sich niemand der gerade im demokratischen Staatswesen besonders dringlichen Pflicht entziehen, sich am öffentlichen Leben zu beteiligen, um nach bestem Wissen an der Stelle mitzuwirken, wozu ihn das Vertrauen maßgebender Stellen beruft. An unsere Gebildeten und namentlich die Akademiker ergötzt immer und immer wieder unser Ruf, hier nicht die Pflicht zu vernachlässigen, die ihnen ihr größeres Wissen und ihr besseres Können nicht nur vom demokratischen, sondern auch vom christlichen Standpunkt auferlegt.

Zu einer der bedeutendsten Fragen wird sich in den nächsten Monaten das

**Verhältnis des Reiches zu den Ländern**

gestalten, einmal auf dem Boden der Finanzen. Hier wird der Finanzausgleich außerordentliche Schwierigkeiten der parlamentarischen Behandlung darbieten. Die in Aussicht genommene Regelung zum 1. April 1927 ist aller Voraussicht nach nicht mehr möglich. Umso mehr wird Gelegenheit gegeben sein, durch eingehende Besprechungen zwischen Reich und Ländern zu einem möglichst befriedigenden Ergebnis zu kommen. Die Frage ist außerordentlich schwierig und bedeutungsvoll. Sie muß in verständigster Zusammenarbeit aller in Betracht kommenden Faktoren entschieden werden.

Das Zentrum ist seit je eine föderalistische Partei gewesen. Es hat stets die Rechte der Länder in möglichst weitem Umfange zu schützen unternommen. Die geschichtliche Entwicklung Deutschlands darf in ihrer Bedeutung in keiner Weise gering geachtet werden, so sehr auch das Nebeneinanderarbeiten der Regierungen der Länder und des Reiches die Erledigung notwendiger politischer Aufgaben erschweren mag. Auf der anderen Seite hat die Verfassung von 1919 nun einmal das Reich in den Vordergrund gestellt, so daß bei widerstreitenden Interessen in erster Linie das Interesse des Reiches zu berücksichtigen und zu schützen ist. Man wird auch nicht leugnen können, daß die politische Entwicklung die Mannigfaltigkeit der Länder innerhalb des Reiches mehr und mehr als schwer erträglich erkennen läßt und unaufhaltsam auf allmähliche Werdung drängt und hinweist. Manche Länder, die noch 1919 ihre Selbständigkeit betonten, haben sich mit anderen vereinigt. Bei anderen sind die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse derart schwierig geworden, daß die Selbständigkeit in hohem Maße bedroht erscheint.

Die Notwendigkeit einer Lösung der überaus schwierigen, aus dieser unerbittlichen Entwicklung sich ergebenden Fragen, wird immer deutlicher in den Vordergrund treten.

Die innere Politik Deutschlands liefert zur Zeit eine so außerordentlich große Zahl von schwer zu lösenden Problemen, daß die Zeit heute zu sehr in Anspruch genommen werden würde, wenn ich auf einzelne, so wichtig sie an sich auch sein mögen, hier näher eingehen würde. Ich darf aber nicht unterlassen, wenigstens eine Frage ganz besonders in den Vordergrund zu stellen, das ist die Erledigung des

**Reichsschulgesetzes**

Wie wir schon so oft stolz und freudig feststellen konnten, ist in keiner Frage wohl die Zentrumspartei so einzig und geschlossen wie gerade in dieser Frage. Wir sind seit jeher, und zwar in voller Übereinstimmung aller Parteiangehörigen, für die Förderung und Verteidigung der konfessionellen Schule eingetreten. In ihr sehen wir die Ziele der Erziehung, die wir von unserem christlichen Standpunkte aus niemals aus den Augen verloren haben und zu verlieren entschlossen sind, am sichersten gewährleistet. Daneben sind wir bereit, die Grundzüge, die die Weimarer Verfassung für das Schul- und Erziehungs-wesen anerkannt und garantiert hat, durch Schaffung gesetzlicher Formen zu verwirklichen, Grundzüge, die von uns stets hochbedeutungsvoll und unbedingbar anerkannt worden sind. Es sind Grundzüge der Wahrung des Elternrechts und der Gewissensfreiheit. Das Zentrum will in dem kommenden Reichsschulgesetz die Bestimmungen der Artikel 146 und 147 der Verfassung ihrem wahren Sinne nach ausgeführt sehen. Es will all denen, die die Simultanschule oder die religionslose Schule als das zu erstrebende Ziel erachten, das Recht geben, Schulen der von ihnen gewünschten Art einzurichten.

Demgegenüber beansprucht die Zentrumspartei — und sie weiß sich damit eins mit dem größten Teil des gesamten christlichen Volkes — daß der konfessionellen Schule volle Gleichberechtigung, freie Betätigung und Entwicklung eingeräumt wird. Ein Entwurf des Reichsschulgesetzes wird aller Wahrscheinlichkeit nach dem Reichstag im nächsten Winter beschließen.

Die Schwierigkeiten der Aufgabe wird von uns in helner Weise verkannt. Das Zentrum hat seine Grundzüge bereits bei

der Beratung des früheren Entwurfes im Jahre 1921 und 1922 in die Tat umzusetzen versucht. Sein Standpunkt ist heutzutage unverrückbar wie damals. Die Partei weiß, ich wiederhole das, daß sie in keiner Angelegenheit auf eine solche einmütige Zustimmung ihrer Anhänger rechnen darf, wie in der Schulfrage.

Sehr zu bedauern, aber recht charakteristisch ist die Einstellung der Deutschen Nationalen Partei, die doch grundsätzlich auf demselben Standpunkt steht wie das Zentrum und von diesem Standpunkt aus mit ebensolcher Entschiedenheit die Gleichberechtigung und Förderung der Konfessionsschule erstreben möchte. Ich bin überzeugt davon, daß die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen durchaus auf dem hier von mir vertretenen Boden steht. Unverständlich ist, daß gewisse Kreise der Deutschnationalen, nämlich ihre Presse und insbesondere die Wochenschrift „Das deutsche Volk“, die Sicherung der christlichen Schule und Erziehung in einer möglichst sicheren und dabei durchaus ungerechtfertigten Verdächtigung des Zentrums sieht. Man unterläßt sich in dieser Presse, den Lesern es so darzustellen, als hinge das Zustandekommen eines christlichen Schulgesetzes lediglich vom Willen des Zentrums ab. Das Zentrum sei aber in dieser Richtung durch seine Koalition und durch sein Einwirken zur sozialdemokratischen Politik nicht ausreichend zuverlässig.

Es ist nicht zu verstehen, wie Leute, die doch die Parteienverhältnisse des Reichstages kennen möchten, die Behauptung aufstellen können, als wenn das Zentrum — und ich verhehe darunter bei der Schulfrage stets die Bayerische Volkspartei mit einbegriffen — nur mit den Deutschnationalen Hand in Hand zu gehen brauche, um ein christliches Schulgesetz zustande zu bringen. Tatsache ist doch, daß, wenn auch die genannten drei Parteien zusammengehen, dennoch eine Mehrheit für ein Schulgesetz damit nicht zustande gekommen ist. Man täuscht die Leser, wenn man anderes in der deutschnationalen Presse ausführt.

Darin liegt eben die Schwierigkeit eines Reichsschulgesetzes, daß bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstages diejenigen Parteien, die auf dem Boden der konfessionellen Schule stehen, für sich allein die Mehrheit im Reichstag nicht besitzen. Sie müssen also, um ihre Wünsche Gesetz werden zu lassen, die Unterstützung anderer Parteien für ihre Ziele erhalten. Es wird sich also zur Schaffung eines den christlichen Ansprüchen genügenden Schulgesetzes in erster Linie darum handeln, welche Stellung die Deutsche Volkspartei und die Demokratische Partei einnehmen. Die Deutsche Volkspartei hat bei dem Entwurf vom Jahre 1921 die Anträge des Zentrums auf Förderung der konfessionellen Schulbankens mit gestellt und unterstützt. Am Widerspruch der Demokraten ist damals der dem Reichstag vorgelegte Entwurf gescheitert. Wir werden also abzuwarten haben, wie diese Parteien sich im kommenden Winter dem neu vorzuliegenden Schulgesetzentwurf gegenüber verhalten werden. Ohne sie — das muß der Haltung der deutschnationalen Presse gegenüber mit aller Deutlichkeit gesagt werden — wird ein den Wünschen der christlichen Eltern genügendes Schulgesetz nicht zustande kommen!

Die Verdächtigungen und Angriffe der deutschnationalen Presse verbitten wir uns auf das Entschiedenste. Wir wollen nicht die politische Lage vergiften, sonst könnten wir die Gegenfrage aufwerfen, ob denn die Deutschnationalen Partei so geschlossen und einmütig für die konfessionelle Schule einzutreten gewillt ist, wie das bei der Zentrumspartei unbestreitbare Tatsache ist. Es könnten bei Besprechung dieser Frage sehr unliebsame Tatsachen betont werden müssen, so u. a. die eigentümliche Haltung der Deutschnationalen Partei in Baden, das Bestreben der Deutschnationalen Partei in Hessen-Kassau, für diese Landesteile die dort bestehende Simultanschule auch für die Zukunft festzuhalten, und eine Reihe anderer unheimlich festgelegter Tatsachen.

Es scheint mir im Interesse der Sache nicht wünschenswert, auf diese Dinge näher zugehen. Ebenso müssen wir aber die Forderung erheben, daß die Deutschnationalen Partei auf ihre Presse nachhaltig einwirkt, um sie von weiteren Verdächtigungen des Zentrums abzuhalten.

Besonders bemerkenswert unter den Ereignissen der letzten Monate ist das

**Hervortreten der Wirtschaft**

im öffentlichen Leben. Die wirtschaftlich und finanziell bedrückte Lage, in der sich nicht nur das besetzte Deutschland, sondern auch die Siegerstaaten Belgien und Frankreich infolge der Inflation und der Schwächung ihrer Währung, England infolge des großen Bergarbeiterstreiks befinden, hat es bewirkt, daß in weit höherem Maße als sonst jemals Wirtschaftskreise ihr Schicksal selbst in die Hand nahmen in der Erkenntnis, daß vielfach politische Faktoren in Verlesung auf einseitige politische Ziele die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu beseitigen nicht imstande seien. Besonders bedeutungsvoll waren die Verhandlungen des Zentralverbandes der Industrie in Dresden und die bekannte Rede Silberbergs, die zwar nicht allgemeine Anerkennung gefunden hat, von der zu hoffen ist, daß viel für die Entwicklung auf wirtschaftlichem und politischem Boden von dauernder Bedeutung bleiben wird. Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer muß ein vertrauensvoller und besseres werden, als es leider vielfach bis jetzt gewesen ist. Erst dann, wenn beide für die Erhaltung der Wirtschaft unentbehrliche Faktoren Hand in Hand miteinander arbeiten, wird unsere Wirtschaft die wünschenswerte Stärkung und Sicherung erfahren. Mutig sind die Wirtschaftskreise über die Grenzen vorgebrungen, haben die Schranken nicht geachtet und sind in wertvollen Abkommen eine Verbindung eingegangen, die aller Wahrscheinlichkeit nach von segensreichen außerpolitischen Folgen für alle beteiligten Nationen begleitet sein wird.

Eine Reihe weiterer wichtiger Fragen, die innerpolitisch im nächsten Winter der parlamentarischen Erörterung unterzogen werden müssen, kann ich hier übergehen, weil mehrere Entschlüsse, die wir dem Reichsparteiausschuß zur Beschlußfassung durch besondere Redner vorlegen lassen wollen, unsere Meinung zu diesen Dingen erkennen lassen werden. Die heutige Sitzung des Reichsparteiausschusses wird sich in erster Linie mit der Frage der Organisation und der inneren Ausgestaltung der Zentrumspartei beschäftigen.

Kaufen Sie Ihre Bücher in der katholischen Buchhandlung Pustet Verlag Kösel & Pustet K. G. Leipzig-C. 1 Rudolfstraße 3 / Fernsprecher 28373 Kataloge gratis Kösel, Kempten 1593 gegründet Pustet, Regensburg 1826 gegründet

Dienstag, den 2. November 1920

# Die große öffentliche Zentrumsversammlung

Die Erfurter Zentrumspartei hatte aus Anlaß der Tagung des Reichsparteiausschusses der Deutschen Zentrumspartei am Samstagabend große Parteiverfassungen angekündigt, die in ihrem ganzen Verlauf ein Ereignis für Erfurt und die gesamte Zentrumsdiaspora bedeuten. Die Mitteilung, daß in den Versammlungen hervorragende Parlamentarier und Führer der Zentrumspartei, sowie der Partei angehörende Minister und der Reichskanzler selber sprechen sollten, haben es vermocht, daß die beiden in den vorhandenen größten Sälen Erfurts angelegten Versammlungen überfüllt waren. Schon vor der angelegten Stunde war es nicht mehr möglich, in die Versammlungsräume hineinzukommen. Die Schulpolitik mußte die Zuhörer schließen. Die Säle, in denen die Versammlungen stattfanden, waren mit den Reichsführern und Vorberatern geschnitten. Mit den Zentrumsanhängern Erfurts waren auch von weit aus der Diaspora herbeigekommene Parteifreunde erschienen, aber auch die Vertreter der anderen Parteien waren in sehr großer Zahl zugegen.

Von stürmlichem Beifall begrüßt, erschien der Reichshofkanzler in beiden Versammlungen. Er war Gegenstand der lebhaftesten Ovationen. Auch die Minister Brauns, Dr. Bell und Haselmeier, ebenso die Abgeordneten Raas und Joos und andere Abgeordnete wurden überall lebhaft begrüßt.

Reichskanzler Marx hielt in beiden Versammlungen eine Ansprache, in der er auf das Grundprinzip der Deutschen Zentrumspolitik und auf ihre Wirken in Vergangenheit und Gegenwart unter Betonung der wichtigsten augenblicklich schwebenden inner- und außenpolitischen Aufgaben zu sprechen kam.

Im besonderen sprach auch mit außerordentlich packender Lebendigkeit Prälat Dr. Raas über die Außenpolitik und die Stellung des Zentrums zu den außenpolitischen Fragen der Gegenwart. Als parlamentarischer Mitdelegierter bei den letzten Völkerversammlungen in Genf war er der berufene Repräsentant für diese Aufgabe. Er ließ keine der wichtigen, durch Locarno, Genf und Thoiry aufgeworfenen Probleme unberührt. Seine Ausführungen wurden ebenfalls mit stürmlichem Beifall entgegengenommen.

Mit der inneren Politik setzte sich der Abgeordnete Joos in überaus anschaulicher und feilsender Form auseinander.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns schilderte die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Reiches.

Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Haselmeier sprach über die Wirtschaftserfordernisse, insbesondere vom Standpunkte der Landwirtschaft aus im Hinblick auf die Wahrung der Gesamtinteressen des Volkes.

Die Reden von Reichskanzler Marx, von Raas, Joos, Brauns und Haselmeier befinden sich an anderer Stelle dieser Zeitung.

## Ministerpräsident a. D. Dr. Stegerwald

nahm dann zu folgenden Ausführungen das Wort. Er ging aus von den zwei großen Tatsachen, daß die französische Revolution und die technischen Umwälzungen des neunzehnten Jahrhunderts das Weltbild völlig umgestaltet hätten. Erst seit dem neunzehnten Jahrhundert kennt man den modernen Lohnarbeitersstand. Es war die Geburtsstunde des Proletariats. Gleichzeitig erleben wir im neunzehnten Jahrhundert eine ständig sich steigende beherrschende Antireligiosität. In den letzten Jahrzehnten haben wir dann noch manche weitere Umgestaltung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse erfahren. Wir befinden uns jetzt noch in einer Gärung, und es ist Tatsache, daß die Umwälzung von 1918 nicht eine Revolution im eigentlichen Sinne, sondern nur der Zusammenbruch eines überlebten Regierungssystems war.

Wir haben an Stelle der Monarchie die Republik, an Stelle des privilegierten Wahlrechts der Vorkriegszeit das freieste Wahlrecht der Welt. Doch sind das formalpolitische Ergebnisse. Die Massen haben größere Rechte, aber die Unsicherheit ihrer Existenz hat sich eher vermehrt als vermindert. Wir erleben gewaltige wirtschaftliche Machtzusammenballungen in den Kartellen und Trusts. Die breiten Schichten des Volkes sind darauf ohne Einfluß. Auch das Bildungsprivileg für bedürftige Schichten hat sich nicht geändert. Alles in allem: Die deutschen Gesamtverhältnisse sind noch völlig unausgeglichen.

Um sie auszugleichen, heißt es, entweder den Schritt zurück zum alten Wahlrecht, und das ist ausgeschlossen. Also müssen wir in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur einen großen Schritt vorwärts tun, um diese Ausgleichung zu erreichen. Wenn nicht das revolutionäre Ausland Anstoß suchen möchte an die kapitalistischen Staaten, vor allem an Amerika, dann wäre es falsch zu glauben, daß schon heute der Revolutionsherd für uns in Deutschland befeuert sei. Es muß sich in der Zukunft entscheiden, ob der Ausgleich der Spannungen sich organisch evolutionär oder katastrophal revolutionär vollziehen soll. Dafür zu sorgen, daß diese Entwicklung organisch evolutionär vor sich geht, darin sehe ich die großen Aufgaben der Deutschen Zentrumspartei.

Die Entwicklung, die wir in den Kartellen und Trusts vor uns sehen und die international immer weiter fortschreiten, können wir nicht ausschalten. Das ist eine weltwirtschaftliche und europäische Notwendigkeit, weil Europa die Gesamtkonkurrenz Amerikas auszuhalten hat. Amerikas Bedeutung ist ganz unermesslich im letzten Jahrzehnt gewachsen. Heute ist Amerika — vor dem Kriege ein Schuldenstaat —

## Gläubiger von ganz Europa

Die Zusammenballung der Wirtschaftsmächte wird besonders evident in dem Farbentrust, der heute das mächtigste Wirtschaftsgewerbe Europas darstellt, verfügt er doch über ein Aktienkapital von 1,1 Milliarden, das heißt, mehr als das Aktienkapital sämtlicher deutschen Aktienbanken. In Wirklichkeit soll das Vermögen des Farbentrusts über 2,5 Milliarden betragen. Er strebt danach, sich die Kohlenindustrie untertan zu machen durch die Verflüssigung der Kohle. Die Landwirtschaft steht in Abhängigkeit von diesem Trust, weil er die Kunstdünger-Erzeugung hat. Und auf die Textilindustrie hat der Farbentrust einen Kiefereinfluß einmal dadurch, daß er ihr die Farbstoffe liefert und zum anderen, daß die Kunstfasererzeugung in der bedeutendster Weise für die Textilproduktion. Neben dem Farbentrust sehen wir den Stahltrust entstehen. Dieser Stahltrust Wirtschaftsgewerbe sind in Vorbereitung. Daran ist die Landwirtschaft und Mittelstand, aber auch für den Staat große Gefahren. Denn diese Wirtschaftsgewerbe zeigen sich oft starker als der Staat. Aber Landwirtschaft und Mittelstand leiden unter den schweren und drückenden Steuerlasten, von denen mir besonders auch die Kleinrentner die drückendsten scheinen. Darum muß unser Streben für diese bedrohten Stände dahin gehen, den Steuerdruck zu mildern. Diese Milderung kann aber nicht durchgeführt werden, wenn wir nicht zu einer bedeutenden Vereinfachung und Vereinfachung unseres viel zu großen und komplizierten Verwaltungssystems kommen.

## Kulturpolitik

sehen wir uns heute gegenüber der Vorkriegszeit auch einer völlig veränderten Lage gegenüber. Die letzten Reste der Kulturkampfpolitik, um deren Beseitigung die Zentrumspartei jahrzehntelange Kämpfe führen mußte, sind verschwunden, aber schwere Kämpfe auf dem Gebiete des Schulwesens stehen uns bevor. Das Reichsschulgesetz ist noch nicht erledigt. Wir werden im Winter vor der Aufgabe stehen, es zu schaffen. Dabei muß die konfessionelle Schule gleichberechtigt neben die rein weltliche und Säkularschule gestellt werden. Es muß durch zweckmäßige Maßnahmen vereinfacht werden, daß die Errichtung der konfessionellen Schule erschwert werden kann. Die konfessionelle Lehrerbildung muß gefördert werden. Ich kann versichern: Das Zentrum wird dabei seinen Mann stehen, darauf können sich alle Wähler der Zentrumspartei im Lande verlassen.

Wenn das Reichsschulgesetz erledigt ist, wenn die außenpolitischen Verhältnisse klar werden,

dann sehen wir uns in der inneren Politik der ganz großen kulturpolitischen Aufgabe gegenüber: Wie bringen wir die christliche Kultur in ganz anderem Maße im öffentlichen Leben zur Geltung, in Wirtschaft, Gesellschaft, Theater, Literatur und auf den verschiedenen anderen Gebieten. Für die Bewältigung dieser größten aller Aufgaben brauchen wir ein lebendiges christliches Volk, brauchen wir ein starkes Zentrum. Darum muß die Parole, die von der Erfurter Tagung ins Band hinaus geht, lauten: Überall an die Arbeit für ein starkes und immer mehr erflackerndes Zentrum!

Als der große Beifall für diese ausgezeichnete Rede verklungen war, bestieg

## der Reichskanzler a. D. Dr. Wirth

das Rednerpult. Die Versammlung erhebt spontane Beifallsrufe und begrüßt ihn mit minutenlangem Händeklatschen. Dr. Wirth spricht über die Aufgaben der „res publica“.

In allen Parteien, in allen Lagern, in allen Schichten ringt man mit den Problemen unserer Tage, mit ihren Leiden, mit dem Unbehagen über unser Geschick. Die Redner haben den Blick vordrängend freieren lassen. Manches Erfreuliche wählten sie zu melden, aber noch mehr trübe Stunden entdeckten sie. Dadurch unterscheiden wir uns von anderen Parteien, daß wenn wir zurückblicken, wir uns nicht einbilden, damit sei unsere politische Aufgabe erledigt. Es ist leicht, eine schwere Zeit, die hinter uns liegt, zu kritisieren. So würde es mir nicht schwer fallen, auch die Politik des letzten Jahres zu kritisieren, und wenn ich einmal die Sprache der Deutschnationalen sprechen wollte, so würde es mir sicherlich nicht schwer fallen, einmal aufzuzeigen, was die Deutschnationalen versäumt haben in der Zeit, da sie in der Regierung waren.

Wenn die Politik darin bestünde, Kritik zu üben, dann wären die Deutschen Meister der Politik. Nirgends steht die historische Wissenschaft so hoch als in unserem Volk, aber leider auch: Nirgends lernt ein Volk so wenig aus seiner Geschichte wie das deutsche.

In diesem Zusammenhange zitiert der Redner einen Spruch des Membrandeutschen aus den neunziger Jahren: „Du deutsches Volk, schon alt genug, nun sag mir doch, wann wirst du klug.“ Treiben wir ruhig historische Kritik, kritisieren wir auch

die Vergangenheit der Parteien, aber sind wir uns klar, das Politische spricht zur Gegenwart. Denn seine Aufgabe ist es, die zu einer lebendigen Zukunft zu führen. Dr. Wirth schildert dann einige Ergebnisse aus der Rot seiner Kanzlerjahre, wo das Reichskabinett vor Aufgaben gestanden habe, wie zum Beispiel der, immer wieder zu überlegen, wie man Lebensmittel, Fett und Brot dem deutschen Volk für die nächsten 14 Tage zur Verfügung stellen könne. Da sei jeder Uebermut, Sinnloses zu tun, ferngeblieben. Ein langer schwerer Leidensweg mußte gegangen werden. Auch heute noch ist das Ziel, das wir damals schon so umschrieben: Durch Arbeit zur Freiheit, nicht erreicht. Und wir haben recht sehr Anlaß, Wasser in den schäumenden Wein der Begeisterung der letzten Wochen zu gießen. Wir werden uns mit Geduld, ich wiederhole, mit Geduld, nochmals mit Geduld, wappnen müssen.

Dr. Wirth kommt dann zurück auf die internationalen Konferenzen, die unter seiner Kanzlerschaft stattfanden, die noch unter der Atmosphäre des Hoffes lagen und erinnert daran,

wie in Spanien Hugo Stinnes dem damaligen Kanzler Fehrenbach den Rat gegeben habe, die Stunde sei gekommen, wo man gegenüber den Franzosen und Engländern nein sagen und die Gefahr der Volkswirtschaft ganz Deutschlands auf sich nehmen müsse. Erst wenn die rote Flut am Rhein ausschäumt, habe Stinnes erklärt, wird es den Alliierten klar sein, daß der Vertrag von Versailles unhaltbar ist. In der Wahl zwischen der dynastischen Methode und der der dornenvollen Arbeit habe man sich aber doch nach dem klugen Rat Rathenaus für den letzteren entschieden. Man habe das Erfüllungspolitik getauft, aber auf den Namen komme es nicht an. Das, was Stresemann heute an nationaler Beseitigungspolitik ausübe, sei allerdings die Erfüllung der Erfüllungspolitik.

Gegenüber der Atmosphäre, wie sie in den internationalen Verhandlungen seiner Kanzlerzeit geherrscht habe, habe er den großen Fortschritt bei seiner Anwesenheit in Amerika feststellen können. Wie Stresemann in Genf, habe er in Amerika vor den Vertretern von 42 Staaten erklärt: Wir wollen Frankreich Sicherheit geben, aber nicht nur die Sicherheit für Frankreich, wir wollen auch die Freiheit für Deutschland. Beide müssen nebeneinandergehen, wenn Europa nicht zugrunde gehen soll. Wir werden den Weg auch weitergehen, wenn die Partei auch einige Würger bei der Wahl verlieren sollte.

Die Opposition im Volkstaat ist wesentlich verschieden von der im früheren Staat. Die loyalere Opposition sagt: Gebt, damit ich die Macht übernehmen kann. Aber illegal ist die andere Opposition, die ihr Nein spricht, ohne am anderen Tage die Regierung übernehmen zu können oder auch nur zu wollen. Das Beispiel der illegalen Opposition ist von der Rechten gegeben worden. Die Zeiten, wo eine Partei lediglich um Wahlmandate willen jahrelang Opposition machen konnte, sind aber vorbei.

In den nächsten Wochen werden die Parteien der Mitte und der Linken

## die größte Geduld

üben müssen. Der Herr Außenminister wird sich mit seiner Partei nicht nur einmal, sondern mehrere Male zusammensehen müssen, um ihre Anhänger um Geduld zu bitten.

Den Deutschnationalen sage ich: Wenn ihr füt und eure Erde pflügt, dann habt ihr vielleicht auch die Möglichkeit, zu ernten. Aber wenn ihr nicht füt und junge Saaten zert

# Eine weitere bedeutende Ansprache des Kanzlers

in der öffentlichen Versammlung am Sonnabend

Unsere Tagung in Erfurt ist nicht nur der Erörterung innerer Parteifragen gewidmet, sie soll auch ein lauter Ruf an unsere Wähler und an die deutsche Öffentlichkeit sein.

Seit Weimar hat die Deutsche Zentrumspartei maßgebend an den Staatsgeschäften mitgearbeitet. Dabei haben wir Anfeindungen von rechts und links erfahren, Anfeindungen auch aus unseren eigenen Reihen. Diese Kritik ist heute stiller geworden. Unsere Partei hat sich innerlich gefestigt. Die sozialen Spannungen, die nach dem Kriege unter der Last der Zeit besonders stark auf unserer aus allen Berufsschichten stammenden Partei lasteten, sind heute vielfach einem gegenseitigen sozialen Verständnis gewichen. Unsere Partei ist in allen Ständen und Ländern fest davon überzeugt, daß der Wiederaufbau unseres Volkes und Reiches nur auf der Grundlage der Weimarer Verfassung erfolgen kann, daß wir dem Bestand und der organischen Entwicklung unseres heutigen Staatswesens unsere ganze Kraft zu widmen haben.

Auch über unsere Parteigrenzen hinaus hat sich das Verständnis für die Nichtigkeit unserer staatspolitischen Haltung gefestigt. Weite Kreise, die der deutschen Republik bisher ablehnend gegenüberstanden, haben sich zu ihrer Anerkennung durchgerungen. Tagungen großer Berufs- und Wirtschaftsverbände in den letzten Wochen, sowie innere Vorgänge im deutschen Parteileben sind Beweis dafür. Wir freuen uns über diese Entwicklung und politische Entspannung gerade im Interesse unseres Volkes. Wir wollen auf dieser unserer Tagung es ruhig einmal aussprechen, daß unsere ausgleichende und vermittelnde Zentrumspolitik diese Entwicklung zu einem beträchtlichen Teil beeinflusst hat.

Der Bestand der deutschen Republik ist gesichert. Die staatlichen Machtmittel sind stark genug, jeden Versuch eines Umsturzes, er mag kommen, woher er will, niederzuhalten. Auch als Zentrumspartei, als Partei, die wir in der Weimarer Verfassung das im Gewissen verpflichtende Fundament des Staates sehen, lehnen wir aufschärfste jene Verbände ab, die sich als Kampferverbände gegen den Bestand der heutigen deutschen Republik wenden. Wir wünschen den Zeitpunkt herbei und wir sehen alle unsere Macht daran, daß die Methode, mit politischen Kampfverbänden Politik zu machen, sofort verschwindet. Das Reichsbanner, dessen Tätigkeit in den Monaten der Umsturzgefahr von rechts eine Notwendigkeit geworden war, wird dann die ihm gefetzte Aufgabe, dem Schutz der Verfassung gegen jedwede Gefahr, auch gelöst haben.

Professor Ruth hat im letzten Heft des „Hochlands“ in einem äußerst lesenswerten Aufsatz die katholische Akademie zur Entscheidung und zur Mitarbeit an der deutschen Republik aufgefordert. Ich halte diesen Ruf für sehr beachtenswert und kann mich ihm voll und ganz anschließen. Wir bedürfen der Mitarbeit aller sozialen Schichten, wenn es in unserem Staate vorangehen soll. Wir haben es stets bedauert, daß diese Erkenntnis noch nicht seit Jahren Allgemeingut in unserem Volke war. Gerade die deutschen Akademiker sollten sich ihrer großen Volks- und Staatsaufgabe bewußt sein.

Unter den kulturellen Fragen, die demnächst unser politisches Leben bewegen, wird die Lösung der Schulfrage im Vordergrund stehen. Unserer Zentrumspartei sind von deutschnationaler Seite und gerade von deutschnationalen Katholiken Vorwürfe gemacht worden, als sei es unsere, des Zentrums Schuld, daß ein die christlichen Belange respektierendes Reichsschulgesetz noch nicht zustande gekommen sei. Ich muß gegen diese Vorwürfe schärfste Verwahrung einlegen. Sie sind unwoh. Denn jene, die sie erheben, wissen genau wie wir, daß das zahlenmäßige Stärkeverhältnis im Deutschen Reichstag der Erledigung eines unseren Belangen Rechnung tragenden Reichsschulgesetzes bisher nicht günstig war. Auch das möchte ich betonen: Mögen auch manche Katholiken mit der vom Zentrum geführten allgemeinen Politik nicht einverstanden sein, in dieser so wichtigen kulturellen Frage des Reichsschulgesetzes sollten alle Katholiken einig gehen. Die Zentrumspartei wird nach wie vor der Schaffung eines Reichsschulgesetzes, der Sicherung der konfessionellen Schule im ganzen Reich ihre größte Sorge widmen.

Wir haben uns auch der Ueberflutung unseres Volkes durch einheimischen und fremden Schmutz und Schund entgegenstellt. Die gesetzlichen Maßnahmen stehen vor dem Abschluß.

Unsere Sozial- und Wirtschaftspolitik gilt der Zusammenführung aller Berufsschichten, ihrer Verständigung untereinander. In der kommenden Reichstagsession werden wir vor bedeutungsvollen sozial- und wirtschaftspolitischen Gesetzen stehen. Wir werden an sie herangehen im Geiste Franz Sibes und Franz Brandts. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt auch künftighin der Besserung unserer wirtschaftlichen Lage und besonders der Not der am schwersten getroffenen Volksschichten, insbesondere der Arbeitslosen.

In einer großen Vergangenheit verankert und offen für die Aufgaben der Gegenwart und Zukunft werden wir unseren politischen Weg weiter gehen.

über, die Herr Stresemann ausgesagt hat, dann habt ihr auch nicht zu beklagen, wenn nicht Früchte von den politischen Salmen gepflückt werden können.

In überwältigender Größe laucht vor uns, in die Zukunft gerichteten Blick das Problem der

### Einordnung der proletarischen Schichten

unseres Volkes nicht nur in die Gesellschaft, sondern in das gesamte staatliche Leben auf. Ein Problem, das es nicht nur für Deutschland, sondern für alle Länder gibt. Die rechtzeitige und gleichberechtigte Einordnung! Als er in Moskau an den Stätten der alten Zarenmacht gestanden habe, so erklärt der Redner weiter, sei ihm die ganze Bedeutung dieser großen Zukunftsaufgabe aufgegangen. Dort, wo die rote Fahne der Revolution über den Trümmern despotischer Macht wehte, die in ihrem Zusammenbruch die ganze bürgerliche Gesellschaft mit in die Tiefe rief. Mit Schauern sieht man auch, was sich gegenwärtig in England vollzieht.

Mögen die Sozialisten daraus lernen. Eine Arbeitergruppe, falls geführt, wird die ganze Arbeiterschaft Englands in Mitleidenschaft ziehen. Erben wir die proletarischen Schichten gleichberechtigt ein in den Staat, arbeiten wir an der Bewirkung des großen sittlichen Gebäudes der Volksgemeinschaft, dann ist das eine hervorragend vaterländische Arbeit.

Dr. Barth kommt dann auf die Gefahren zu sprechen, die sich aus dem wirtschaftlichen Umformungsprozess ergeben. Die großen Kartelle und Trusts greifen weit über die nationalen Grenzen hinaus, und vielleicht sind wir in wenigen Jahren soweit, daß durch den Druck irgend eines Kartells die Monopolpreise für die ganze Welt differieren werden. Diesen Gruppen der Wirtschaft müssen wir als Christen die Suprematie des Staates und der Sittlichen Gemeinschaft nicht nur predigen, sondern zur Tat werden lassen. Die proletarische Seele verlangt Verständigung der

### Überlegenheit der sittlichen Idee

gegenüber den Geschmächten der Wirtschaft. Der Staat muß über der Wirtschaft stehen, darum rufe ich es den Erzherrn des Volkes zu:

Nehmt Euch um der Menschen Seelen willen, um den Staat an. Stärkt den Staat und seine Autorität, keine sittliche Gräbe. In der Durchführung der Überlegenheit der geistigen Idee, gegenüber den materiellen Kräften der Wirtschaft sehe ich die Hauptaufgabe der deutschen Republik.

Aber auch diese Aufgabe erschöpft sich nicht in den Grenzen unseres Vaterlandes. Es ist die Aufgabe ganz Europas, eine solche Politik zu machen, sich zu nähern, zu verständigen, Hand in Hand zu gehen, daß wir nicht gegenüber dem neuen Erdteil, der ein gigantisches Wachstum durchmacht, daß wir nicht gegenüber Amerika eine Halbheit werden, von der man vielleicht einmal nach Jahrhunderten erzählt, daß hier einmal Kultur geherrschte hat. Darüber kann man doch nicht streiten, daß

### Ein deutsch-französischer Krieg

Europa in die Barbarei ziehen muß. Darum müssen wir hinaussehen, von der Familie auf Gemeinde, Staat, Reich und Nation, dabei aber nicht stehen bleiben, sondern anerkennen, daß alle Nationen Trägerinnen von Menschheitsgedanken sind, müssen vorsehen, zur Rechtfertigung zwischen den Völkern.

Deutsche Republikaner, überlegt Euch, die res publica ist eine öffentliche Sache, die Republikaner, die ich ihnen nicht annehmen, nicht die Hände regeln, sind keine Republikaner, keine lebendigen Glieder der deutschen Republik. Wir haben es uns zur besonderen Aufgabe gemacht, gerade in der deutschen Zentrumsparlei die Sozialrepublik zu fördern. Ich bitte mit Dankbarkeit und Anerkennung auf die letzten Parteitage zurück, wie wir ständig vorgeschritten sind.

Nicht eine neue Partei wollen wir. Es dreht sich um die Aufgabe, die politischen Parteien, wie sie sind, lebendig zu erhalten, wo sie teilweise eingeknickt waren, sie wieder lebendig zu machen. Unter dieser Fahne Schwarz-rot-gold kämpfen wir nicht bloß die Schwerkraft im geistigen friedlichen Sinne. Tiefes Symbol soll auch die Mühseligkeit und Beladenheit in Stadt und Land, politisch gesprochen, mit neuen Hoffnungen erfüllen. Aber der Staat, den wir erstreben, fällt nicht vom Himmel und ich darf ihnen sagen, auch in Rußland ist mit der Zerstörung der alten Schichten, mit der Ergreifung der diktatorischen Macht, für die Proletarier keine angenehme Zeit angebrochen.

Wir wollen die res publica verbinden mit der großen sittlichen Idee der Menschwürde auch für den Mann im Arbeitssattel, mit den demokratischen Dingen auf deutschen Volk, bis zu dem Tag, wo Recht, Frieden, Freiheit und auch das süße Wort Götter wieder einmal durch deutsche Hände hindurchschlingen kann.

Nachdem Dr. Barth geschlossen, bereitet ihm die Verammlung stürmische Ovationen. Mit dem Gesang des Deutschland-Liedes fand die eindrucksvolle Kundgebung ihren Ausklang.

Kampf, der mitunter groteske Formen annimmt. Der Stein-Hardenbergsche Reformgedanke rechnete mit Regierungsstellen im Land, die im Rahmen der gesetzgeberischen und verordnenden Gewalt über in gewisses Maß freier Verantwortung verfügten. Hier stimmt etwas nicht mehr. Die Freude und Lust zu eigener Verantwortung hat nachgelassen. Es sind Schemen in der Verwaltungsmaschine geraten. Wo immer sie gefunden werden, sei es im bürokratischen Jopp, oder in der Parteipolitik, oder in der Überorganisation, sie müssen heraus, wenn wir uns nicht zwischen Gesetz und Durchführung zu Tode heben wollen. Klare Scheidung der Aufgaben der einzelnen Behörden und Verwaltungsglieder tut bitter not. Im Übrigen kann ein Volk, das sich auf einen Tribut von 25 Milliarden pro Jahr einstellen muß, sowieso den Luxus von Doppelarbeit in der Verwaltung nicht betreiben.

### Unsere Steuerlast

ist gemäßig und das allgemeine Murren der Unzufriedenheit nicht mehr zu überhören. Auch das zwingt uns zu Vereinfachungen, die aber nicht ohne weiteres in erbitterndem Aßau erprobter Beamten gesucht zu werden brauchen. Wir müssen zu einer Verminderung der Steuerlasten in Reich und Ländern kommen. Dabei handelt es sich nicht bloß um politische Machtfragen, sondern um Fragen politischer Weltanschauung. Der Wege und Mittel gibt es verschiedene. Wir glauben nicht, daß der Weg der richtigen wäre, wenn man die Einkommensteuer und damit die Lieberwünschen an die Länder und Gemeinden vermindern wollte, um auf der anderen Seite eine weitere Erhöhung schwerer Ertragssteuern zu erzwingen. Die Zentrumsparlei wird diesen Weg nicht mitgehen können. Wie damals im Streit um die Vorjahrensteuer wird sich das Zentrum für die Volkswohlfahrt gegen eine Gruppenwohlfahrt einsetzen. Wir werden uns auch mit aller Schärfe jedem Versuch widersetzen, die Vermögens- und Lieberwünschensteuern der Steuererhebung durch sogenannte Milderungen zu beseitigen. Das Volk in seiner Weisheit hat gar kein Interesse daran, daß die Maschen der Gesetz, durch die mobiles Kapital durchschlüpft, noch weiser werden. Wenn eine Steuerlast so hoch geworden ist, wie die unsrige, dann ist sie

nur mehr zu ertragen, wenn die Verteilung peinlich gerecht und die Schulden an weiten befristet werden, die auch am meisten tragen können. Aus unserer ganzen geistigen Einstellung heraus können wir nicht wünschen, und wir werden es zu verhindern wissen, daß Länder mit von Hause aus geringere wirtschaftlicher Kraft durch eine Form des Finanzausgleiches in der Erfüllung ihrer kulturellen Aufgaben noch mehr geschwächt werden.

Das Wort

### Kulturgesetzgebung

hat im Lichte der Zentrumsparlei einen besonderen Klang. Was wir hier wünschen, fordern, erstreben, hat mit „Bereitschaftswillen der Kirche“, „Kulturängstlichkeit“, „Konfessionspolitik“, hat mit „Spießbürgerei“ und „Banaisiumen“ nicht das mindeste zu tun. Was uns treibt, ist ein Verantwortlichkeitsgefühl für eine lebendige Staats- und Volksgemeinschaft.

Ein in Deutschland viel beachteter Kulturphilosoph hat nach dem Zusammenbruch 1918 der jungen Republik die erste Mahnung mit auf den Weg gegeben: „Wer die Religion und den Gottesglauben in einem republikanisch-demokratischen Staatswesen untergräbt, wo es keine vom Volk unabhängige Zentralgewalt „von Gottes Gnaden“ mehr gibt, der untergräbt damit die Fundamente des Staates, und zwar weit mehr, als wer dasselbe in einem monarchischen Obrigkeitsstaate tut. Eine demokratische Republik muß sich als Staatsgewalt mehr und nicht weniger für eine Gewalt von „Gottes Gnaden“ halten, als ein kaiserlicher Herr, der ein Offizierkorps hinter sich hat.“ Das gilt zumal in einem Land und in einem Volk, das so voller Gegenätze und fühlbarer Mängel an Gemeinsamkeiten steht, wie das unsrige.

Unsere Weimarer Verfassung hat die Freiheit des Gewissens und die Freiheit der Bekenntnisse freilich proklamiert. Wir würden als Verfassungskomitee unverständlich werden, wollten wir nicht eifrig dafür wachen, daß diese Verfassungsartikel auch loyal und innig angewand werden. Wir werden die Verfassung nirgendwo und durch keine Sondergesetze zurücklegen lassen. Die Lust dazu scheint in manchen Einzelstaaten lebendig. Ich erinnere nur an den sachliche Entwurf eines sogenannten Oberaufsichtsgesetzes.

Unsere Stellung zum

### Reichsschulgesetz

wird der Reichsparteiausgleich klar herausstellen. Ich sage dazu nur das Folgende: Wir wollen die konfessionelle Schule, um der Einheitlichkeit der Erziehung willen. Wir wollen nicht nur die Unterrichts-, sondern die Erziehungsschule, in einer Zeit zumal, die voller Zerrissenheit und geistiger Wirnis ist. Wir wollen eine Schule und eine Lehrerschaft aus dem Volke und aus seinen besten Lieberlieferungen heraus. Wir wollen nicht bloß die leibliche, sondern auch die geistig-sittliche Gesundheit von Jugend und Volk. Wir schränken die wirtschaftliche Freiheit von der Volkswohlfahrt nicht ein. Wir sehen dem Eigentum Grenzen an, des gemeinsamen Wohles willen. Es gibt auch eine Grenze da, wo Schmutz und Schand in der Verkleidung von Kunst und Literatur auftreten. Das gute Buch und das gute Bild ist das Positive, die Schranke, die sein muß, das Negative. Beides tut not.

Die deutsche Familie führt zurzeit einen schweren Kampf um ihr äußeres und inneres Dasein. Industrialismus und Großstadt, Erwerbslosigkeit und Wohnungsnot fressen an ihr. Unsere Weimarer Verfassung will die Familie als Quelle des Volkstums geschützt und erhalten wissen. Wir erfüllen diesen Verfassungsartikel aber nicht, wenn wir den Weg freigegeben, auf dem kommenden Leben vernichtet wird. Wir verwirren damit nur die Gewissen, entwürdigen die Frau und entlassen die Gesellschaft von einer Verantwortung gegenüber der lebenden und kommenden Generation, der sie sich nicht entziehen darf. Nicht Vereinbarung des Lebens, sondern Schaffung von Lebensraum ist einzig positive und würdige Politik. Raum für alle hat die Erde. Hier streifen sich die Gedanken und Bestrebungen auf derer, die eine Ordnung von Produktion und Verbrauch und eine Wohnordnung erstreben, in der erst ein sittliches Leben unserer Familien gedeihen kann. Hierzu gehört aber auch eine Ordnung der Völker untereinander, in der Raum gegeben ist für wachsende Volkswohlfahrt.

Ich habe die Gedankenwelt der Zentrumsparlei in diesen wenigen Worten zu beleuchten gesucht. Meine Darlegungen sollten unter eigenes Blut erkennen lassen. Wir werden dieses eigene Blut nie verleugnen können, auch nicht im neuen Staat. Ja, wir können diesem neuen Staat nur etwas sein, wenn wir das bleiben, was wir sind. Wir wissen, daß wir bei Durchführung unserer Absichten mit anderen Geistes- und Willensmächten rechnen müssen. Wir sind bereit, mit allen zusammen zu arbeiten, die eine soziale, sittliche und nationale Fundierung der Republik wollen. Regierungskoalitionen kommen und gehen. Sie sind ein Wechselbad. Sie können uns nicht betren. Immer werden wir versuchen müssen, möglichst breite Volksmassen für die Verantwortung am Staat und seiner Regierung zu gewinnen. Immer werden wir uns widersetzen müssen dem Radikalismus jeglicher Tendenz. Es ist natürlich wünschenswert, im Interesse einer ruhigen Entwicklung, in Rücksicht auf die außenpolitische Stellung, insbesondere auf die zu erledigende Revision der Danzigs-Banden, daß wir eine feste, zuverlässige Mehrheit im Reichsparlament zusammenzubringen. Die Zentrumsparlei glaubt allerdings auch dann, wenn ein solcher Wille nicht zu erzeugen sein sollte, die von ihr innegehaltenen Richtlinien auch unter schwierigeren Verhältnissen wahren zu können. Die Drohung von Leipzig ist nicht entscheidend. Wir sind sicher, unsere Wählermassen hinter uns zu haben, wenn wir den Weg treuen Dienstes am Staat und Volk entschlossen weitergehen.

# Das Zentrum in der deutschen Republik

## Rede des Abg. Joss in der öffentlichen Versammlung am Sonnabend

Wer heute über innere Politik spricht, muß sich bescheiden. Gemessen an isolierten persönlichen Schicksal von Millionen deutscher Volksgenossen scheint unsere politisch-parlamentarische Arbeit klein und geringfügig. Nur derjenige, der den Gang der politischen Entwicklung des Volkes im ganzen im Auge hat, wird dem Innenpolitiker der Nachkriegsjahre Dank wissen. Er hat aus chaotischen Zuständen Ordnung werden sehen und aus einem Trümmerschutt verlorenen Hoffnungen einen Staat, der dem Volk gehört. Die Zentrumsparlei hat diesem Staat die Hand geliehen. Nicht aus Verlegenheit, sondern aus Verantwortung. Das Bewusstsein der Verantwortung gegenüber unserer Zeit und der ihr eigentlichen Aufgaben ist in den letzten Jahren nicht geschwächt und gelindert worden. Heute stehen wir mitten in der deutschen Republik. Wir fühlen uns mit verantwortlich für das, was sie sein wird und was sie werden soll.

Wir Zentrumleute sind eine

### Partei eigenen Geistes

Nicht aus Willkür, nicht aus Laune, nicht aus Angst vor der Zeit, nicht aus einer inneren Zweifelhelligkeit. Wir haben eine geistige Ueberlieferung, an der Jahrhunderte gebaut. Diese Ueberlieferung ist in dem, was wesentlich an ihr ist, durch die Katastrophe des letzten Jahrhunderts weder unterbrochen, noch durchbrochen oder verändert worden. Wir glauben der Republik am besten damit dienen zu können, daß wir diese unsere Art und unseren Geist in der deutschen Politik auswirken.

Wir Zentrumleute kämpfen eigentlich immer auf einer doppelten Front: nach der festen und nach der freien, nach einer konservativen und nach einer freiheitlichen Seite. Dabei ist das Konservative kulturell zu verstehen und nicht im parteikonserativen Sinne, also: Aufrechterhaltung einer gesonderten Volkswürde und volkstümlicher Persönlichkeit. Nur der ist konservativ, der das Große konserviert. Verlorene Herrschermacht privilegiert Schichten gehört nicht zu diesem Großen. Die Freiheit aber, die wir meinen, ist weniger auf die Phrasen und mehr auf männliches Handeln gerichtet.

Wie ist die jegige

### Lage der deutschen Republik?

Kühnlich steht sie gefestigt da. Volksgruppen und Kräfte haben sich vor ihren Fahnen geneigt, die vor Jahren noch abwärts saßen. Und doch liegt eine Sorge auf uns. Sie kommt, weniger von rückwärts gerichteten Feinden. Sie steigt vielmehr aus der stumpfen Gleichgültigkeit breiter Massen. Die Republik lebt noch nicht in dem Verantwortungswillen des Gesamtvolkes und aller jener Parteien, die sie tragen sollten. Was ihren Inhalt angeht, so ist ihr Körper noch zu viel nach Konstruktion. Es leidet noch an Fälligkeit. Die Republik muß Gemeingut des ganzen Volkes sein. Nur dann ist sie im wahren Sinne „gesichert“.

Und nun zu den innerpolitischen Aufgaben, die sich vor uns in der Entwicklung unserer Tage aufbauen.

Der Artikel 131 unserer Weimarer Verfassung spricht von der Ordnung des Wirtschaftslebens. Daß sie den Grundrissen der Gerechtigkeit entsprechen und ein menschenwürdiges Dasein für alle zum Ziel haben soll. „In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen zu sichern.“ Hier stahe ich schon. Wir sind noch sehr weit von diesem Ziel entfernt. Doch nicht alle Gewalt in unsere Hände gegeben, daß das deutsche Volk nicht kann, wie es will, das wissen wir. Wir wissen aber auch von einem bewunderlichen Versagen von Parteien. Wer dem kalten Eogonitium huldigt, daß Wirtschaft allein Grundbaue des Staates sein könnte, wer in seinem Handeln nur wirtschaftliche Gesichtspunkte maßgebend sein läßt, der wird kein Interesse für die von der Verfassung geforderte „Ordnung“ aufbringen. Wir vom Zentrum haben es gespürt, als wir im vorigen Jahre unser Hauptprogramm vorlegten und gegen den manifesten Widerstand antraten. Wohnungen bauen sei keine produktive Angelegenheit, hörten wir sagen. Unser Kampf war dennoch nicht vergebens. Und wir hoffen und hoffen weiter.

Andere Parteien, die die Verfassung mit geschlossen haben, fanden ihren eigenen Weg verlegt durch die Schlagbäume überlebter Parteidoctrien. Aber das Leben und seine Bedürfnisse sind klücker als verhaubte Programmpunkte. Das Leben des Volkes wird sein Recht fordern und erhalten. Und es wird aus sich selbst heraus gegen eine Entwicklung vorstoßen, die wie eine dunkle Wolke am Horizont unseres innerpolitischen Lebens heraufzieht.

Wir stehen wieder in gewaltigen Verschiebungen der Macht- und Einflusssphäre zwischen

### Staat und Wirtschaft

Und man kann sich nicht genug darüber wundern, mit welcher Gelassenheit die Trustbildungen nationaler und internationaler Art von der deutschen öffentlichen Meinung aufgenommen werden. Elektrizität, Edelmetalle, Chemie, Kohle, Wagnon, und Kohlenstoff, Mühlen- und Zuckergerichte, Zinnober, Antimon sind verstaatlicht. Dabei handelt es sich zum Teil um kapitalistische Weltverkehrsliegen eigener Art. Die Auswirkungen liegen nahe.

Hier geht es nicht nur um Produktions-, Verteilungs- und Preisordnung, sondern letztlich um die Hoheit des Staates und um einen Aufbaumprozess, von dem breite Schichten selbständiger Existenzen in Landwirtschaft, Mittelstand, Arbeiter und Angestellten betroffen werden. Hier gilt es, rechtzeitig die Grenze zu ziehen, die der wirtschaftlichen Freiheit einzelner im Interesse der heimischen Wirtschaft und des eigenen Volkes gesetzt sein muß. Wir haben der proletarischen Existenz genug im Lande und können nicht wollen, daß Bodenständigkeit auch da zerfällt, wo sie vernünftigerweise und unter allen Umständen zu halten ist.

Wir wollen den Staatseinfluß auf diesem Gebiet erhalten wissen. Die Kapitalentwicklung darf sich nicht willkürlich und volkserstrebend auswirken. Das Sparparlament des Volkes muß vor einseitigem Einfluß bewahrt und eine sichtbare Spekulationskurve rechtzeitig eingedämmt werden. Die Staatsgewalt muß dafür sorgen, daß nicht wegen vorübergehender Kombinationen und Konjunkturellen Existenzen geopfert und monopolistische Bindungen um ein Preisniveau aufzulösen auf Kosten der Wirtschaft im ganzen. Wenn alle Striche reifen, wird eine zeitweilige Aufhebung der industriellen Zöllstrahlen als Wirtschaftsmittel und Regulator verständlich. Demgegenüber sieht unsere Landwirtschaft an der Abtragung hochverzinslicher Schulden. Die Maßnahmen, die zu treffen sind, werden um so begreiflicher, wenn wir den Gedanken der Siedlungen im Osten ernstlich weiter verfolgen wollen. Und wie müssen es.

Die internationale Trustentwicklung wirft ihre Schatten auch in die Sphäre unserer Sozialpolitik. Wir vom Zentrum sehen hier mit geschärften Augen. Die gegenwärtige Situation hat ohnehin einige dunkle Seiten. Wir stehen vor einem Problem, das wir in Deutschland bislang nicht hatten. Wir waren stolz darauf, daß es für uns nicht existierte. Ich meine, die

### Durchführung von Gesetzen

Die Verordnungen sind häufiger geworden. Wir sehen, wie gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der Arbeitskraft von Jugendlichen, Frauen und Erwachsenen unbeachtet bleiben.

Die Strafen für Liebertretungen sind zu gering, die Richter zu milde, die Eigenkraft der Arbeiter und Angestellten noch zu schwach, um einen Durchbruch eigenmächtigen Geistes gegen das Gesetz zu verhindern, den wir bisher nicht konnten. Auch die Kompliziertheit unserer Verordnungen erweist sich als

### eine ernste Hemmung

Ueber die Aufgaben des Staates im Kampfe gegen Wirtschaftskrisen und Erwerbslosigkeit brauche ich kein weiteres Wort zu verlieren. Diese Aufgaben werden allseits gesehen. Die Arbeitsbeschaffung ist um mehr, als die Erwerbslosenunterstützung. Darum hat die Zentrumsparlei gerade hier eine erhöhte Initiative entwickelt. Der Erfolg entspricht nicht voll unseren Bemühungen. Besondere Aufmerksamkeit verdienen wir den Maßnahmen, die unserer Erwerbslosensjugend Erleichterung bringen sollen. Unsere Jugend zumal muß gesund erhalten werden. Aber nicht bloß auf den Sportplätzen, sondern auch durch die Erhaltung des Arbeitsgedankens, des Ehrgeizes zur Leistung. Darum legen wir so großen Wert auf ihre berufliche Schulung und auf den Schutz vor Verwahrung ihrer jugendlichen Arbeitskraft. Darin sind wir mit dem Ausspruch deutscher Jugendverbände, der alle Richtungen der Jugendorganisationen umfaßt, im wesentlichen einig.

Ich erwähnte bereits die Sorge, die uns der heutige Zustand der Staatsverwaltung auferlegt. Man spricht von Vereinfachung und denkt an Abbau von Beamten aus Gründen der Ersparnis. Darum handelt es sich nicht. Wir sprechen mehr und mehr, daß Beschlüsse der Parlamente in der komplizierten Verwaltungsorganisationen stehen bleiben. Der Weg ist offenbar zu lang geworden. Wir leben an einem Konkurrenzkampf der verschiedenen Verwaltungen untereinander. Ein



# Zentrum und Außenpolitik

## Rede des Abg. Prälaten Dr. Kaas in der öffentlichen Versammlung am Sonnabend

gehalten in der öffentlichen Zentrums-Versammlung am Sonnabend, den 31. Oktober.

Das Jahr 1928 ist für die Entwicklung der deutschen Außenpolitik von entscheidender und wohl auch für eine weitere Zukunft richtunggebender Bedeutung. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die damit für die deutsche Außenpolitik sich ergebenden neuen Aufgaben und Möglichkeiten leiten eine Phase außenpolitischer Weidens ein, deren Umrisse heute selbst für Kenner noch nicht in allen Einzelheiten übersehbar sind.

Der Kurs der Außenpolitik des Zentrums war von den Tagen des Zusammenbruchs an beherrscht von dem Gedanken der realpolitischen Einstellung auf die durch die politische Entmachtung Deutschlands gegebene Notwendigkeit, auf dem Wege der Verständigung mit den früheren Gegnern den langjähren Aufruf und die innere Erleichterung des deutschen Volkes zu ermöglichen. Aus dieser Erkenntnis allein sind, angefangen von den Tagen von Versailles, die Wege zu verstehen, welche die Partei vielfach unter schärfster Bekämpfung von gegnerlicher Seite, ja auch gegen stark gefühlsmäßige Strömungen in ihren eigenen Reihen, unbeirrt weiterverfolgt hat bis zu dem heutigen Tage. Wenn irgend etwas charakteristisch ist für die veränderte Gesinnung der heutigen Deutschen gegenüber dem der ersten Nachkriegsjahre, dann die Tatsache,

daß die außenpolitische Haltung und die Methoden der Zentrumspolitik auf außenpolitischem Gebiete in steigendem Maße die innere Zustimmung und die Nachahmung von Kreisen gefunden haben, die Jahre hindurch ihre besten Kräfte der Bekämpfung oder der Erschwerung des außenpolitischen Kurses unserer Partei gewidmet haben.

Es verlohnt sich kaum an dieser Stelle auf das Detail der zurückliegenden Jahre außenpolitischen Geschehens einzugehen. Locarno und Genf sind heute Realitäten, von denen sogar, wie die Reden der deutschnationalen Führer Weizsäcker und Herdt erkennen lassen, selbst diejenigen Kreise Notiz nehmen, die sich dieser Entwicklung am entschiedensten entgegengegriffen haben.

Das Zentrum ist den Weg nach Locarno und nach Genf nicht widerwillig, sondern aus innerer Überzeugung mitgegangen. Diese Feststellung soll aber eine andere nicht behindern: daß die rassistische Unterführung der Locarno-Politik, ihre erstmalige Einleitung und ihr methodischer Aufbau nicht immer ihre Zustimmung gefunden haben und infolgedessen auch nicht von ihr in allen Einzelheiten zu verantworten sind.

Trotzdem stehe ich nicht an, in Locarno einen bedeutungsvollen Fortschritt gegenüber dem bisherigen zu sehen. Nachdem in London, unter führender Mitarbeit der Zentrumsparlei und vor allem des Reichsanwalters Marx, nach langen und wechselreichen Kämpfen das Reparationsproblem in den Dawes-Berichten eine, wenn auch unvollkommene, vorläufige Lösung gefunden hatte, war es durchaus im Sinne einer logischen und schwebelichen Fortführung der deutschen Befreiungspolitik, namentlich den gewaltigen Komplex politischer Fragen in Angriff zu nehmen, der zwischen Deutschland und seinen früheren Gegnern, vor allem an der West- und Ostgrenze noch bestand, und ein verhängnisvolles Hindernis für das weitere Nachhaken und Werden der europäischen Verständigung und Befriedung darstellte.

Unter diesem Gesichtspunkte gesehen, ist die Locarno-Politik ein gewaltiger Schritt vorwärts. Es war eine

### Friedensoffensive ersten Ranges

eine europäische Tat, allerdings auch ein deutsches Opfer von einem Ausmaß, das sowohl in tatsächlicher Hinsicht, als auch in seiner moralischen Tragweite von dem Auslande bis heute noch nicht in seiner ganzen Tiefe und Bedeutung erfasst worden ist.

Von Locarno nach Genf führte ein gerader Weg. Vertraglich war das Inkrafttreten der Vereinbarungen von Locarno an Deutschlands Eintritt in den Völkerbund geknüpft. Es war demnach eine logische Fortführung des Locarno-Gedankens, daß Deutschland diesen Eintritt vollzog, sobald die von ihm aufgestellten Bedingungen als im wesentlichen erfüllt gelten konnten. Diese Bedingungen bezogen sich in erster Linie auf eine Eingliederung Deutschlands in den Völkerbund und vor allem den Völkerbundsrat, die seiner Stellung als Großmacht angepaßt war. Weiterhin auf eine Auslegung des Artikels 16 des Völkerbundsstatutes, die der besonderen geographischen, militärischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands Rechnung trägt. Deutschland hat diese Bedingungen bereits vor der März-Tagung dieses Jahres mit aller Klarheit zur Geltung gebracht. Es war nicht seine Schuld, daß die im Völkerbunde auftauchende „Wachstumskrise“ und der Widerstand Brasiliens und Spaniens zu dem bekannten negativen Ausgang der Genfer März-Tagung führten. An sich wäre Deutschland damals berechtigt gewesen, seine Interessen unter dem Vorzeichen zurückzugeben. Daß es trotz allem an dem Vorhaben und dem Geiste der Abmachungen von Locarno festhielt, und das Vertragswerk durch die Krisis dieser hundert März-Tagung hindurchsetzte, war ein Dienst an dem Gedanken europäischer Solidarität und Befriedung, der in seiner ganzen Bedeutung wohl erst von späteren Zeiten gewürdigt werden wird.

Das, was im März an Widerständen scheiterte, für die Deutschland keine Verantwortung zu übernehmen hat, ist im September dieses Jahres Wirklichkeit geworden. Deutschland ist unter der freudigen Zustimmung der Nationen der Welt in die Saale de la Reformation eingezogen und hat als gleichberechtigter Großmacht seinen Sitz in dem Räte des Völkerbundes eingenommen. Die Haltung der deutschen Delegation gegenüber der wichtigsten Frage der diesjährigen Völkerbundsagung, nämlich der der Befreiung der Rasse, hat aller Welt gezeigt, mit welchem Hochmut und Vorkommen die völkerbündlichen Zusammenarbeiten des deutschen Volkes den Gang nach Genf angetreten hat. Die deutsche Entschlossenheit zugunsten mancher Mächte, von denen uns bedeutungsvolle Fragen zurzeit noch trennen, hat gezeigt, wie wenig die deutsche Politik sich von noch so berechtigten Ressentiments der Vergangenheit leiten läßt und wie stark sie von dem Bewußtsein durchdrungen ist, schöpferische und aufbauende Zukunftspolitik zu betreiben.

Wenn alle Mächte, die im Völkerbund vertreten sind, ihre Arbeit in Genf von den Grundlagen der Sozialität

und der ehrlichen Zusammenarbeit leiten lassen wie Deutschland, dann wird auch es gelingen, wenn auch nicht in kurzer Zeit, die Institution von Genf, sowohl in ihrer inneren Struktur, als auch in ihrer Funktion in immer steigendem Maße den hohen programmatischen Zielen anzunähern, die in der Präambel des Völkerbundsstatutes zum Ausdruck kommen.

Bis heute besteht zwischen diesen Zielen und der tatsächlichen Betätigung des Völkerbundes noch eine starke und peinliche Spannung.

Bis heute hat er es noch nicht vermocht, von dem Buchstaben und dem Geiste von Versailles die Distanz zu gewinnen, die notwendig wäre für eine innerlich gesunde und Erfolg versprechende Wiederaufbauarbeit für ein befriedetes und innerlich ausgeglichenes Europa. An dem Wege des Völkerbundes und seiner Gründung bis heute stehen die Restriktionen schmerzlicher Leidensstationen der deutschen Nachkriegszeit, die es begreifen lassen, wenn heute weite Kreise des deutschen Volkes den Gang der deutschen Politik nach Genf ohne jeden Enthusiasmus, ja mit wachsendem Misstrauen verfolgen. Man kann nur hoffen, daß diese Phase der Völkerbundsarbeit, die in der Vergangenheit, so schmerzliche Erinnerungen in Deutschland rechristigt, nunmehr einen endgültigen Abschluß erreicht hat.

Ziel und Aufgabe der deutschen Völkerbundspolitik muß es sein, einen Rückfall in die Methoden der Vergangenheit unmöglich zu machen. Gerade aus diesen Gedankengängen heraus sind viele, die sonst der Institution feindsig gegenüberstanden, zu einer Befähigung politischer deutscher Völkerbundsarbeit gelangt. Genf ist nun einmal ein moderner Faktor ersten Ranges geworden, mit dem die vorausschauende Politik eines jeden Staates pflichtmäßig zu rechnen hat. Kein Land der Welt braucht die auf dem Boden des Völkerbundsgedankens sich vollziehenden Auseinandersetzungen so wenig zu fürchten, als Deutschland, das bei einem Sieg des Rechtsgedankens nur zu gewinnen, aber nichts mehr zu verlieren hat.

Die deutsche Öffentlichkeit wartet seit einem Jahre auf

### Die Rückwirkungen

der Abmachungen von Locarno. Die Zulagen von französischer Seite, den Geist von Locarno auf die Gestaltung der Beziehungen am Rhein sich fühlbar auswirken zu lassen, sind bis heute nur in einem bescheiden geringen Maße in Erfüllung gegangen. Wie weit der ohne Deutschlands Schuld verzögerte Eintritt in den Völkerbund, wie weit andere außerhalb des Machtbereichs der Vertragspartner von Locarno liegende Umstände diese Verzögerung mit verursacht haben, kann hier unerörtert bleiben. Eines aber muß mir allem Nachdruck festgehalten werden: nachdem durch den Eintritt Deutschlands in Genf das Vertragswerk von Locarno perfekt geworden ist, vertritt die Frage der sogenannten Rückwirkungen keine weitere Verwickelung und Verflechtung, wenn nicht unheilvolle seelische Rückwirkungen in den Kreisen des enttäuschten und in seinen berechtigten Erwartungen betrogenen deutschen Volkes eintreten sollen. Unter diesen Umständen war es für die deutsche Außenpolitik und für die deutsche Delegation in Genf eine selbstverständliche pflichtmäßige Aufgabe, nach dieser Seite vorzustoßen und die Gegenseite an die Notwendigkeit zu erinnern, die in Locarno und später gemachten Zusicherungen in die Tat umzusetzen.

Den Höhepunkt der Verhandlungen, die wiederholt zwischen verschiedenen Mitgliedern der deutschen Delegation und französischen Vertretern stattfanden, bildet die Zusammenkunft Stresemann — Briand in Thoiry. Diese Verhandlungen sind unterdessen in ein „Signum contractum“ geworden. Optimisten und Befähigten haben sich mit dem Inhalt und den möglichen Auswirkungen von Thoiry beschäftigt und sind zu Folgerungen gelangt, die geordnet sind, die öffentliche Meinung Deutschlands und der Welt auf verhängnisvolle Irrwege zu führen. Bei nächster Verhandlung, der ich nicht erst heute, sondern vor und nach Thoiry, in Genf und anderswo, immerfort freimütig das Wort geredet habe, bleibt eines unbestritten: Thoiry ist deshalb ein Fortschritt von weitreichender Bedeutung für die Weiterentwicklung des europäischen Geschehens, weil hier die verantwortlichen Führer der französischen und deutschen Außenpolitik sich erneut und in einer Stärke, wie nie zuvor, zu der Notwendigkeit bekannten,

die Spannungen, die zwischen den beiden Ländern bestehen, von Grund auf zu beseitigen und kein Mittel unberührt zu lassen, um dieses Ergebnis trotz aller Hemmnisse im eigenen Lande seiner kühnen Verwirklichung entgegenzuführen.

Auf deutscher Seite bedingt diese großzügige Verständigungsaktion mit Frankreich unter Umständen finanzielle Opfer, deren Tragbarkeit durch sachverständige Untersuchungen noch der Nachprüfung bedarf, deren Größe aber auf Seiten des Auslandes, vor allem auf französischer Seite bisher noch nicht hinreichend gewürdigt worden ist. Auf französischer Seite steht am Ende des Weges der von Thoiry in eine hoffentlich nahe Zukunft führt, der Verzicht auf die sogenannte Befähigung des Völkerbundes durch Deutschland: Eintritt in den Völkerbund geknüpft. Die Lage von Tag zu Tag deutlicher wird. Ich kann, auch auf Grund meiner eingehenden Besprechungen mit dem Herrn französischen Außenminister nur das eine als meine ehrliche Überzeugung aussprechen:

Der Leiter der französischen Außenpolitik ist ein aufrichtiger und bewährter Vertreter des Verständigungszieles. Die Methoden, mit denen er diesem Ziele sich zu nähern sucht, erst recht das Tempo, in dem er es der Verwirklichung entgegenführen kann, bestimmen sich nicht ausschließlich nach seinem Willen. Sie liegen in der Diagonale zwischen dem im Ziele geraden und ehrlichen Willen Briands und den starken sachlichen und persönlichen Gegenkräften, welche sich diesem Ziele jenseits des Weges entgegenstellen.

Andererseits würde es eine verhängnisvolle Verkennung der innerlichen Verbundenheit dieser Fragen mit anderen Fragen sein, wenn man den Versuch machen wollte, das Verständigungsziel mit Frankreich ohne die gebührende Rücksicht auf die Interessen und die Auffassungen anderer Mächte in den Weg zu leiten, die für die endgültige Befähigung der Reparationsfrage von entscheidender Bedeutung sind. Thoiry war kein tete-a-tete zwischen Frankreich und Deutschland, es war nur der Beginn einer großzügigen

gen Aktion, in der London und Washington ebenfalls selbstverständlich das Maß von Wirkung und Zustimmung eingebracht werden muß, das ihnen aus politischen und politischen Gründen zusteht.

Aus allen diesen Erwägungen heraus ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit eines: daß die deutsche Öffentlichkeit ihre, wenn auch noch so begriffliche und berechnete Ungeduld meistert und nicht da in kurzen Terminen Lösungen erwartet, die nur das Resultat langjähren und harten weiser Entwicklung sein können. Die außenpolitische Haltung der Zentrumsparlei war von Anfang an gekennzeichnet durch die disziplinierte Besonnenheit und entzückungsstarke Geduld. Sie hat Zusammenarbeit geleistet, ohne sich zu fragen, wann die Früchte reifen würden und wer sie ernten würde, sie, oder ein Anderer, dem ein günstiges Schicksal es beschied, zu einer Zeit in die Führung der außenpolitischen Geschäfte einzutreten, wo die Arbeitsarbeit einer düsteren Vergangenheit schon vergangen und der Herbst nahe war.

Für die

### Richtigkeit politischer Maßnahmen

ist nicht so sehr ausschlaggebend die Schnelligkeit, als die innere Gelandung und Stabilität ihrer Ergebnisse. Dieser Gedanke muß auch beherrschend sein für die Stellungnahme zu Thoiry und dem gesamten Fragenkomplex, der damit verbunden ist. Das Werk des deutsch-französischen Ausgleichs muß organisch eingebaut sein in den Gesamtplan der politischen Fragen, vor allem auf reparationspolitischem Gebiet, die zwischen uns und den früheren Entente-Mächten noch hängig sind. Um den Preis einer Befähigung des Verständigungszielwertes dürfen keinerlei Bedingungen eingegangen werden, die in England oder Amerika auf berechnete Einwendungen stoßen müßten. Noch weniger aber darf das Werk von Thoiry mit Auflagen oder Bedingungen belastet werden, die den in Locarno an sich schon hinreichend eingegrenzten Rahmen deutscher Bewegungsfreiheit zu unteren Ungunsten noch weiter verengen könnten.

Wenn irgend jemand ein Recht hätte, ungeduldig zu sein, so wäre es das besetzte Gebiet, für das jede Termin-Verzögerung eine Verlängerung drückender materieller und seelischer Belastungen darstellt. Aber der Grundgedanke, der vor und während der Locarno-Verhandlungen von den maßgebenden Vertretern des besetzten Gebietes ausgesprochen wurde, muß heute in verstärktem Maße gelten: das besetzte Gebiet denkt nicht daran, durch eine unzeitgemäße Ungeduld seinerseits die Reichsregierung in die Gefahr zu bringen, irgendeiner Lösung zuzustimmen, die nicht unter dem Gesichtspunkte eines gesamtdeutschen Interesses verantwortet werden kann. Allerdings muß dann für die hoffentlich kurze Zwischenzeit bis zur endgültigen Lösung das Ausmaß der Entschädigungs- und Fürsorgeleistungen ein großzügiges sein als es bisher gewesen ist. Wenn wir für Gesamtdeutschland die Lasten der Befähigung tragen, ist es selbstverständliche Ehrenpflicht des deutschen Volkes, aus dieser Sonderlage der besetzten Reichsteile die entsprechenden fürsorglichen Folgerungen zu ziehen.

Wenn heute die Politik von Locarno, von Genf und Thoiry in weitesten deutschen Kreisen empfunden wird als der Beginn eines ausdauerlichen Weges, so ist dieses erfreuliche Ergebnis nur möglich gewesen auf Grund der entzückungsvollen Vorarbeiten, die

### unter führende Mitwirkung der Zentrumsparlei

in den schweren Jahren geleistet worden ist, die hinter uns liegen. Unsere Aufgabe wird es sein, dafür zu sorgen, daß die Grundlage, die bisher für die Gestaltung und Auslieferung der deutschen Außenpolitik maßgebend waren, auch weiterhin ihre richtunggebende Kraft zur Auswirkung bringen.

Die außenpolitische Aufgabe der Zentrumsparlei ist mit Thoiry und mit dem Eintritt in Genf nicht beendet. Sie beginnt unter anderen Voraussetzungen, in neuen Formen, von besonderer Wichtigkeit zu werden, zumal jetzt, wo die Kräfte, die dieser Politik bisher innerlich ablehnend gegenüberstanden, mit dem betonten Anspruch auftreten, an der weiteren Gestaltung dieser Politik verantwortlich mitzuwirken.

Die Zentrumsparlei würde ihre pflichtmäßige Einstellung verlassen, wenn sie mitschuldig werden wollte, an einer laienhaften Umkehrung und Rückwärtsbildung derjenigen Politik, die uns von Versailles über London, Locarno und Genf bis Thoiry geführt hat. Das Steuerterritorium des deutschen Staatsschiffes darf auch in Zukunft

### nur in solchen Händen

ruhen, die bereit sind, in dem grundlegenden Rahmen der bisherigen deutschen Außenpolitik den Aufstieg des Volkes zur Freiheit und Weltgeltung zu ermöglichen.

## ORONOSO: Ein ausgezeichnete roter süßer Wein zur Erquickung und Erfrischung für geistige Arbeiter und Sportsleute.

Ein Labsal für Kranke. Besonders für Blutharme und Schwache ist der **ORONOSO**-Wein sehr zu empfehlen. Neben und mit dem einzigartigen Wohlgeschmack verbindet sich seine gute Wirkung. Jung und alt weiß den Wein zu schätzen. Gleichviel, ob täglich die Wirkung gewünscht wird, oder ob periodisch, oder zur Kur.

Ist es nötig, Ihnen zu sagen, wer Ihnen etwas anderes aufredet, will nur seinen eigenen Vorteilen dienen.

**C. Spielhagen, Großweinhändler**  
Annenstraße 9 in der Bautzner Straße 9  
Galeriestraße 6

Für Familienreste billige gute Weiß-, Rot- und Süßweine ausgemessen vom Faß in Korblaschen

# Rede des Reichsernährungsministers Dr. Haslind

## In der öffentlichen Versammlung am Sonnabend

Seit dem Abbruch des Weltkrieges spielen die wirtschaftlichen Fragen im Rahmen unserer deutschen Gesamtsituation eine hervorragende Rolle. Auf der einen Seite handelt es sich darum, die durch den Krieg und die Kriegsergebnisse auf der anderen Seite die deutsche Wirtschaft wieder aufzubauen; auf der anderen Seite soll dieselbe Wirtschaft die Mittel aufbringen, um die in demselben Abkommen festgelegten Reparationsleistungen Deutschlands gegenüber dem Auslande zu bewerkstelligen. Die Lösung des damit verbundenen Fragenkomplexes muß auch in Zukunft davon ausgehen, daß der notwendige Aufstieg der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands die selbstverständliche Voraussetzung für jede Reparationsleistung bildet.

Was nun das Gesamtbild unserer derzeitigen Wirtschaftslage angeht, so ist Ihnen bekannt, daß während und maßgebliche Kreise in Politik und Wirtschaft seit einiger Zeit den tiefsten Tiefstand der Krisis für überwunden erklären. Ich persönlich gebe zu, daß die Nationalisierung und Umstellung in Handel und Industrie erfreuliche Fortschritte gemacht hat, und daß in den letzten Monaten, besonders von Kohle und Eisen eine betrübende Einwirkung auf andere Wirtschaftszweige ausgegangen ist. Aber wir dürfen diese Vorgänge weder in ihren Ursachen verkennen, noch in ihren Wirkungen überschätzen, wenn wir uns vor Enttäuschungen bewahren wollen.

Eines der wichtigsten Kriterien für den Stand der deutschen Wirtschaft ist immer wieder in unserer Handelsbilanz erblickt worden. Ueber die Entwicklung unseres Außenhandelsverkehrs hat Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius am 3. Oktober 1926 in Köln ein nicht allzu erfreuliches Bild gezeichnet, indem er darauf hinwies, daß der Umfang des Außenhandels im Jahre 1924 nur die Hälfte, 1925 nur drei Viertel des Friedensumfanges erreicht habe und im Jahre 1926 voraussichtlich wieder einen Rückschlag auf zwei Drittel des Friedensstandes bringen werde. Die Gründe hierfür liegen einerseits in der auf Selbstversorgung und Abbruch der nationalen Wirtschaften durch hohe Zollmauern gerichteten Tendenz des Auslandes, andererseits in unserer inneren Schwäche, nicht zuletzt in den Preissteigerungen unserer Industrie-Erzeugnisse und den Schwierigkeiten der Kreditgewährung. Tatsachen, die voraussichtlich noch auf längere Zeit die Erreichung des Friedensstandes auf dem Gebiete des Exports verhindern. Damit sind, obwohl ich gewisse günstige Symptome in der Entwicklung unseres Außenhandels keineswegs verkennen will, die übertriebene Hoffnungen derjenigen vorerst auf ein vernünftiges Maß zurückgeschraubt, die von einer einseitigen Steigerung unseres Industrie-Exports allein das Heil für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands erwarteten. Gleichzeitig ist damit wieder einmal die außerordentliche, aber vielfach noch nicht voll erkannte Bedeutung unseres Binnenmarktes in den Vordergrund gerückt worden, der nach meinem Dafürhalten auch in Zukunft die Grundlage für den Wiederaufstieg und die einzig mögliche Ausgangsbasis bildet für einen tatkräftigen Entfaltung unserer Wirtschaftspolitik im Innern sowohl wie auch dem Auslande gegenüber.

Gestatten Sie mir, daß ich in diesem Zusammenhange zunächst mit einigen Worten auf unsere derzeitige Außenhandelspolitik eingeleite. Bekanntlich stehen wir seit mehr als zwei Jahren in Unterhandlungen, um unsere Wirtschaftserträge fast mit allen Staaten der Erde zu erneuern. Bislang sind u. a. Handelsverträge abgeschlossen mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika, England, den Niederlanden, Belgien, Spanien, Portugal, Rußland, Italien, der Schweiz, Schweden, Finnland, Lettland. Es schweben zurzeit noch Verhandlungen mit Frankreich (mit dem wir bekanntlich schon dreimal ein Protokoll abgeschlossen haben), ferner mit Polen, der Tschechoslowakei, Litauen, Griechenland, Japan und Mexiko. Die Vereinbarungen müßten fast regelmäßig auf der Basis erfolgen, daß industrielle Exportmöglichkeiten gegen Zustände auf dem Gebiete der Landwirtschaft eingetauscht würden. Diese Methode birgt natürlich die Gefahr in sich, daß auf der einen Seite wichtige landwirtschaftliche Produktionszweige einer übermäßigen Konkurrenz des von Natur aus erheblich begünstigten Auslandes ausgeliefert werden, ohne daß auf der anderen Seite unserer Industrie entsprechende Steigerungsmöglichkeiten für ihre Ausfuhr gegeben werden. Es erscheint daher keineswegs verwunderlich, wenn unsere Landwirtschaft die deutsche Handelspolitik der Nachkriegszeit mit feiner Beforgnis verfolgt. Hier einen vernünftigen und gerechten Interessenausgleich zu schaffen, ist eine wichtige Aufgabe der nächsten Zukunft. Ich betone dies besonders mit Rücksicht auf die demnächst bevorstehenden Beratungen über den neuen großen Zolltarif und hoffe, daß es uns bei dieser Gelegenheit gelingen wird, auf Grund der bisherigen Erfahrungen ein neues Programm aufzustellen und die hinfälligen Methoden unserer Außenhandelspolitik den veränderten Verhältnissen weitestgehend anzupassen. Wir dürfen eine wesentliche Bestätigung und nachdrückliche Beeinflussung der genannten Bestrebungen in erster Linie von unserer Zentrumspartei erwarten, die ja in ihren Reihen weiteste Kreise von Industrie und Landwirtschaft, von Handel und Gewerbe, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern umschließt und darum berufen ist, auch hier als Vermittler ausgleichend zu wirken.

Auf dem inneren Markte haben sich neben der Verzerrung der gesamten deutschen Wirtschaft und dem Ausfall an Kaufkraft des früheren Mittelstandes vor allem zwei schwerwiegende Probleme herausgehoben: das Preisproblem und das Konsumproblem. Was unsere Landwirtschaft angeht, so sind bekanntlich, hauptsächlich im letzten Jahre, eine Reihe von tiefgreifenden Maßnahmen von Reich und Staat teils durchgeführt, teils eingeleitet worden, um die verhängnisvolle Agrarkrise zum Stillstand zu bringen. Den Ursachen der Krise entsprechend mußte das Problem zugleich von der Kreditseite und von der Rentabilitätsseite her angefaßt werden, und man darf heute feststellen, daß diese Parallelaktionen nicht ohne Erfolg geblieben sind. Zwar ist die Krise noch keineswegs behoben. Aber das Gesamtbild ist nicht mehr so trostlos wie nach der Ernte des Vorjahres, und es würde noch weit günstiger sein, wenn uns nicht die Ungunst der Witterung eine im allgemeinen nur mäßige Ernte gebracht hätte. Die eingeleitete Unterstützungsaktion wird kräftig fortgesetzt, und ist neben einer weiteren Entschärfung vor allem auf eine nachdrückliche Förderung der Rationalisierung und Intensivierung gerichtet. Ich bin mir dabei wohl bewußt, daß alle diese Maßnahmen von Seiten der Regierung nur anregend und fördernd eingreifen können, während die Hauptaufgabe in dem Vertrauen der Landwirtschaft zu eigener Kraft und dem festen Willen zur Selbsthilfe liegt. Wiederankurbelung der Betriebe, Neuorganisation und Umstellung auf die Verhältnisse der Gegenwart, auf die Wünsche und Forderungen des Konsums müssen hier die Verantwortung bilden. Eine besondere Fürsorge ist der bäuerlichen Bevölkerung zu widmen, in deren Besitz sich rund drei Viertel der landwirtschaftlich genutzten Fläche Deutschlands befindet. In der Entwicklung eines starken und gesunden Bauernstandes liegt eine wesentliche Zukunftsaufgabe unserer Landwirtschaft.

Von der planmäßigen Durchführung der erwähnten Maßnahmen erwartet ich nicht nur die unbedingt notwendige Wieder-

herstellung der Rentabilität und damit auch der Kaufkraft unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung, sondern ich sehe darin auch die Möglichkeit einer weitgehenden Selbstversorgung des deutschen Volkes mit Lebensmitteln und damit eine wesentliche Verbesserung unserer Handelsbilanz. Gleichzeitig gebe ich mich der Hoffnung hin, daß wir mit der Steigerung und Verbesserung unserer Produktion allmählich zu einer gleichmäßigen, auch für die minderbemittelten Schichten unseres vereinten Volkes erträglichen Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkt gelangen. Diese Erwartung erscheint mir um so mehr berechtigt, als der freie Markt der landwirtschaftlichen Produkte von der Erzeugerseite her im Gegensatz zu unserer Industrie nicht durch den Einfluß von Trusten, Syndikaten und Kartellen beeinträchtigt wird. Auf diesem Gebiete kann sich also nach der nunmehr endgültig durchgeführten Befreiung der Zwangsverwaltung der natürlichen Regulator der Preisgestaltung, die freie Konkurrenz, am ehesten auswirken.

Die Wiederankurbelung unseres Wirtschaftslebens und seine rationelle Gestaltung für die nächste Zukunft ist im wesentlichen abhängig von einer zweckmäßigen und bescheidenen Lösung des Erwerbslosenproblems. Die Möglichkeiten, die die deutsche Landwirtschaft und das mit ihr zusammenhängende und durch sie befruchtete industrielle und gewerbliche Wirtschaftsleben für die Anheftung neuer Arbeitskräfte bieten, sind in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit vielfach erörtert worden. Die Voraussetzungen dafür liegen in der Hauptsache in der Wiederherstellung der Rentabilität und der Förderung der Intensivierung unserer Landwirtschaft einerseits und in einer wohlwollenden und gerechten Lösung der Landarbeiterfrage und des Siedlungsproblems andererseits. Hier spielen neben rein wirtschaftlichen, vor allem soziale und bevölkerungspolitische Momente eine wichtige Rolle. Für die Fertigstellung von Landarbeiterwohnungen sind im Reichsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung 30 Millionen Reichsmark ausbezahlt unter der Bedingung, daß die Länder bis gleichem Betrag zur Verfügung stellen. Beabsichtigt ist der Bau von 25 000 Landarbeiterwohnungen, von denen nach Möglichkeit 10 000 noch in diesem Haushaltsjahre fertiggestellt werden sollen. Diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, die Zahl der ausländischen Landarbeiter schrittweise abzubauen und durch heimische Arbeitskräfte zu ersetzen. Im übrigen geht mein Vorhaben dahin, in enger Zusammenarbeit mit dem hier federführenden Reichsarbeitsminister alle Maßnahmen nachdrücklich zu fördern, die der Schaffung

und Erhaltung eines gesunden, arbeitsfreudigen und erziehbaren Landarbeiterstandes dienen können. Die Landwirtschaft ihrerseits hat nicht nur das größte Interesse, sondern trägt auch den aufrichtigen Wunsch, mit den Arbeitnehmern auf einer für beide Teile fruchtbaren Basis zusammenzuarbeiten.

In Anknüpfung an das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung möchte ich aber fernerhin einen besonderen Nachdruck neben der Durchführung der Stillierungs- und Rationalisationsarbeiten auf eine nachhaltige

## Förderung des Siedlungswerkes

legen. Hier liegen Aufgaben, die, wenn gleichzeitig die Rentabilität der Landwirtschaft wieder hergestellt und gewährleistet wird, besonders fruchtbar erscheinen und lebendige Werte schaffen. Ich betone dies um so mehr, als heute mehr als genügend kultiviertes Land auf dem freien Markte angeboten wird, und damit ein früher vielfach gerade vom christlichen Standpunkte geübtes Bedenken — nämlich die Verschaffung von Land auf dem Wege der zwangsweisen Enteignung — fortzufallen ist.

Die Siedlung ist und bleibt eine Zukunftsaufgabe unseres Volkes und soll sie nunmehr viel großzügiger und energischer angefaßt werden als bisher. Gerade sie erscheint mir auch geeignet, auf lange Sicht eine wesentliche Entspannung unserer Arbeitsmärkte herbeizuführen.

Der Herbst 1926 sieht im Zeichen internationaler Wirtschaftsverhandlungen. In der gesamten Weltwirtschaft, besonders aber in dem zerrütteten Europa, beginnt sich von neuem und stärker denn je das Gefühl der gegenseitigen Abhängigkeit und Zugehörigkeit bemerkbar zu machen. Ein deutliches Zeichen hierfür ist auch das sogenannte Weltwirtschaftsmanifest, durch das eine Reihe führender Wirtschaftler der europäischen Länder und der Vereinigten Staaten ihre Auffassung bezüglich der Ursachen der europäischen Krise und der Mittel zu ihrer Befreiung gemeinsam festgelegt haben. Allerdings ist auch hier, wie in der Beurteilung unserer eigenen Wirtschaftsentwicklung vorgetragener Optimismus keineswegs am Platze. Die Tatsache, daß führende Nationen, wie England und Amerika und unsere Nachbarländer Frankreich, Italien und Polen sich dem Wirtschaftsmantel gegenüber zurückhaltend, ja ablehnend verhalten, läßt doch erhebliche Bedenken in uns aufsteigen, ob unsere Zeitverhältnisse für die Verwirklichung dieser großen Idee im Augenblick schon hinreichend reif erscheinen. Wir haben dem Auslande mehr als einmal die Hand zur politischen und wirtschaftlichen Verständigung gereicht. Dem und Treue sind in jüngster Zeit deutliche Beweise dafür. Wir sind auch in Zukunft bereit, auf dem Wege friedlicher internationaler Verständigung den Fortschritt zu fördern, sobald die notwendigen Voraussetzungen dazu geschaffen sind. Neben unseren berufenen Partnern in der Reichsregierung wird vor allem die Zentrumspartei ihr Augenmerk darauf richten, daß der gegebene Augenblick für den Anschluß an die Weltwirtschaft nicht verpaßt wird.

# Eine Ehrenfrage der Zentrumspartei

## Rede des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns in der öffentlichen Versammlung am Sonnabend

Im Rahmen einer kurzen Ansprache erörterte Herr Reichsarbeitsminister Dr. Brauns die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Deutschen Zentrumspartei. Wie in der Gesamtpolitik, so beherrschte auch hier der nationale Gedanke in der höchsten Ausprägung. „Das ganze Deutschland soll es sein!“ Wir betreiben auch in wirtschaftlichen Dingen keine Klassen- oder Standespolitik. Ausgleich der Interessen ist uns kein Schlagwort, sondern das politische Ergebnis der vielfachsten Wirtschaft und der Pflicht der Eingliederung der Einzelinteressen in das jeweilige Gesamtinteresse. Darum zum Beispiel heute erst recht Erhaltung und Förderung der Landwirtschaft! Darum aber auch angesichts der Not unserer Tage heute erst recht Sozialpolitik! Ueber Sozialversicherung und Arbeiterschutz der Vorkriegszeit hinaus tritt heute das Arbeitsrecht in den Vordergrund. Der Volksgedanke ist Anerkennung der Persönlichkeit des Arbeiters in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung, wo allenfalls die Mitwirkung der Arbeitnehmer an entsprechender Stelle vorgezogen ist.

Diese Mitwirkung wurde gestiftet durch die gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften als gleichberechtigte neben den Verbänden der Unternehmer. Die Organisation der Arbeitnehmer ist die Grundlage für die Arbeitsvereinbarung im Betriebsrat, in der Tarifgemeinschaft und im Reichsarbeitsrat. Während noch im Jahre 1913 nur 1,4 Millionen Arbeitnehmer von Tarifverträgen erfasst waren, sind es nunmehr über 13 Millionen. Die dadurch geschaffenen Rechtsansprüche der Arbeiter werden vorbildlich und werden durch Allgemeinverbindlichkeit auf alle Betriebe bestimmter Gewerbe ausgedehnt. Für den Fall, daß sich die beiden Parteien über die Arbeitsbedingungen nicht einigen können, sorgt das Schlichtungs- und Einigungswejen, das speziell für die Übergangswirtschaft der Nachkriegszeit für Deutschland von größter Bedeutung war. Gemäß haben auch diese Einrichtungen, wie alle menschlichen Dinge, gewisse Schwächen aufzuweisen, aber für unsere Tage waren die Vorteile weitestgehend überwiegend. Wer nicht wirtschaftlichen Kampf bis zum Widersitzen zum Schaden der Volksgemeinschaft zur Parole macht, wird unsere Verhältnisse in Dingen, wie sie sie heute in England wahrnehmen, vorziehen müssen. Das ist in der Nachkriegszeit trotz der schwierigen Lage Deutschlands im ganzen und ganzen den Wirtschaftsfrieden wahren konnten, verdanken wir der Eigenart der deutschen Gesetzgebung gerade auf diesem Gebiete. Wir stehen zurzeit im Begriff, auf dem Gebiete des Arbeitsrechts einen weiteren wichtigen Schritt vorwärts zu tun. Der Reichstag beschäftigt sich gegenwärtig mit dem Arbeitsgerichtsgesetz, das den Gedanken der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in neuen verbesserten und erweiterten Formen auf das ganze Reichsgebiet überträgt. Die Entwicklung der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung ist damit noch nicht abgeschlossen. Wichtige Fragen, wie das Arbeitsvertragsrecht, das Berufsvereinsrecht, das Tarifrecht harren noch der Lösung. Aber auch dafür liegen schon wertvolle Entwürfe vor.

Daneben wirkt sich der Versicherungsgedanke und der Schuttschutz weiter als früher aus. Zunächst galt es, die Sozialversicherung nach ihrem Zusammenbruch im Jahre 1923 wieder aufzurichten. In ein bis zwei Jahren ist dieses wichtige nicht leichte Werk gelungen. Freilich kommt uns die Sozialversicherung heutzutage teurer zu stehen, als in der Vorkriegszeit. Infolge der Proletarisierung weiter Volksteile ist beispielsweise die Zahl der gegen Krankheit Versicherten, ohne daß der Kreis der Versicherten rechtlich sich wesentlich geändert hätte, von fast 14 Millionen auf 19 Millionen gewachsen. Das Vermögen der Versicherungsverträge, das beispielsweise in der Invalidenversicherung sich auf drei Mil-

liarden belief, war durch die Inflation zusammengesunken. Sowohl die Zahl der Versicherungsberechtigten, als ihre Vorkasse sind gegen die Vorkriegszeit erheblich größer. Wenn wir infolge dessen heute circa 800 Millionen Mark mehr für die Sozialversicherung ausgeben müssen, so beweist das auf der einen Seite, daß es keinen Stillstand auf diesem Gebiete gegeben hat, auf der anderen Seite aber dürfen diese Aufwendungen auch nicht beklagt werden, weil die Not der Zeit sie gebieterisch erheischt. Auch die Versicherungsbeiträge mußten vermehrt werden. Bevölkerungspolitisch erwies sich schon im Kriege die Wochenhilfe als dringendes Erfordernis. Wir stehen im Begriffe, die Arbeitslosenfürsorge in eine echte Arbeitslosenversicherung umzuwandeln. In den vermehrten Leistungen der Sozialversicherung treten wichtige Neuerungen in Ihrem Aufbau: Vereinfachung des Verfahrens, Zusammenfassung aller Kräfte speziell auf dem Gebiete der Volksgesundheitspflege und der Bekämpfung der Volkselenden. Wesentlich war auch die Zusammenfassung der großen Zahl teils bankrotter Knappschaftsvericherungen zu einer ReichsKnappschaft unter völliger Neuordnung der Knappschaftlichen Versicherung und weiterer Ausbau der Arbeiterrechte in der Knappschaftsorganisation, der sich schon jetzt als wohltätig erwiesen hat. Auch die Familie der Arbeiter findet in der heutigen Sozialversicherung mehr Berücksichtigung als in der Vorkriegszeit. Außerdem wird den Sachleistungen, wie Unfallverhütung, Berufsfürsorge, Umschulung, Heilung, viel größere Bedeutung beigegeben. Auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes stehen wir vor einem neuen umfassenden Arbeiterschutzes, dessen Entwurf in den nächsten Tagen dem Reichskabinett zugeht.

Die Not der Zeit zwang neben dem Wiederaufbau der Sozialversicherung auch zu einem Ausbau der öffentlichen und privaten Fürsorge. Voran steht die Kriegsbeschädigten- und Kriegerrückbliebenenversorgung und Fürsorge, die trotz einer gewissen Beschränkung aufs notwendige doch ein Siebentel der gesamten Ausgaben des öffentlichen Reichsetats ausmacht. Wir haben für die Fürsorge eine neue gesetzliche Grundlage geschaffen durch die Fürsorge-Vollzugsverordnung und die Reichsgrundzüge für die Anwendung dieser Verordnung. Es ist bekannt, wie betrüblich die Wohlfahrtsrats der Gemeinden heute gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen sind. Auch wiederum ein Zeichen der Not auf der einen Seite, auf der anderen Seite aber auch ein Zeichen des guten Willens, nach Möglichkeit zu helfen.

Einen besonders wichtigen Rang unter den Fürsorge-Maßnahmen nimmt in der Nachkriegszeit die produktive und unterstützende Erwerbslosenförderung ein. Sie ist von Jahr zu Jahr weiter ausgebaut und gesteigert worden. Zurzeit sind wir daran, der besonders langen Wirtschaftskrise in der Erwerbslosenförderung durch mögliche Steigerung ihrer Leistungen sowie durch eine besondere Fürsorge für die Ausgesteuerten Rechnung zu tragen.

Aus alledem ergibt sich der unzweifelhafte Fortschritt der deutschen Sozialpolitik in der Nachkriegszeit. Eine fortschrittliche Initiative auf dem Gebiete der Sozialpolitik war immer eine Ehrenfrage der Zentrumspartei. Auch in der Sozialpolitik der Nachkriegszeit war die Zentrumspartei führend und ihre anschließende Art unentbehrlich. Nicht dadurch, daß eine Partei nur bei den Schlüsselmomenten die Kunst des Möglichen abt, während sie sich vorher an radikaler Agitation betätigt, wirkt sie aufbauend und sozialreformatorisch statt revolutionär, sondern nur dadurch, daß sie diesen Ausgleich grundrhythmisch und vorabereit sucht und auch ihre Wähler darauf einstellt. Diesen Weg ist die Zentrumspartei immer gegangen. Daran allein beruht auch der Erfolg.

## Warum Leibesübungen?

Von Dr. Mänter, Reg.-Med. Rat

Die Notwendigkeit, gezielte Leibesübungen weit mehr als bisher zu treiben, wird man von ganz verschiedenen Gesichtspunkten aus begründen können und müssen; im Vordergrund steht der hygienische und der erzieherische.

Der Arzt hat folgendes im Auge: Wir müssen uns bewegen, einmal den heranwachsenden zum Höchstmöglichen seinen persönlichen Leistungsfähigkeit hochentwickelt und zweitens den Erwachsenen, innerhalb seiner Arbeitsgrenzen, auf der Höhe der Leistungsfähigkeit zu erhalten. Beide Ziele stellen gewiss ein Ideal dar. Man muß sich indessen ein Höchstziel aufrichten, um auf richtigem Wege vorzugehen. Das ist nach dem 1. Ziel entfernt und noch weiter vom 2. ist Tatsache.

Am Einzelnen wird man, ärztlich gesehen, folgendes zu beachten haben. Leibesübungen sollen die Gesamtmuskulatur harmonisch ausbilden, Kampf und Reize und Arme kräftigen, sie sollen geistig, gescheitelt machen, den Körper harmonisch formen. Unharmonisch entwickelt ist der Mensch mit harter Oberbau und schwächlichen Beinen, ebenso wie der Läufer mit schwächlichen Armen. Unharmonisch entwickelt ist auch der Robuste, der sich heiß und schwerfällig bewegt.

Es gilt ferner, die inneren Organe, die Drüsen- und Konstitutionskraft zu stärken. Es gilt in dieser Hinsicht vor allem Herz, Lunge zu kräftigen, die Haut zu üben, also adäquaten. Der Lauf, das Laufen in irgendeiner Form, ist die wichtigste Leibesübung überhaupt, die Übung, die mit den geringsten Hilfsmitteln in der Zeiteinheit den größten Nutzen schafft. Das Laufen, individuell übertrieben, schädigen kann, sei indessen betont. Laufen hat ferner ungünstigen Einfluß auf die Entwicklung des Schultergürtels und der Arme. Und andererseits: Geräturnen, so wichtig es ist, wenn man die Gesamtmuskulatur fördern, den Körper formen, völlige Körperbeherrschung erzielen will, es läßt auch Mut und Geschicklichkeit und stellt eine Kunstform dar, Geräturnen, allein betrieben, härtet nicht ab und läßt nicht in genügendem Maße Herz und Lunge. Jedwede Leibesübung, keine sei ausgenommen, bedarf der Ergänzung, obigen Gesichtspunkten gemäß.

Unter häufigsten Leiden ist allgemeine Schlaffheit des Körpers. Viele wachen, gesund zu sein, sind jedoch nur nicht gerade krank und im übrigen Schwächlinge. Wieviele vermögen vor der Zeit, ohne zur Vollreife gekommen zu sein. Das zweithäufigste Leiden ist Zittereibigkeit. Man sollte über den Leiden nicht so sehr gutmütig spotten, man sollte ihn als krank bezeichnen.

Ein harter, allseitig entwickelter Körper ist jetzt, zum Mindesten in der Armee gefürchtet gegen die Schädlichkeiten schlechten Wohnens, schlechter Stadtanlage, der fubrenshofenden Tätigkeit im Berufsleben, besonders beim Großstädter, gegen Infektionskrankheiten, überhaupt gegen Schädigungen aller Art. Wenn der Tiefstand unserer Konstitutionskraft sich besonders sinnfällig ausdrückt in der Verbreitung von Tuberkulose, von englischer Krankheit, wenn Alkoholismus und Geschlechtskrankheiten verbreitet sind, so haben wir in den Leibesübungen ein mächtiges, direkt und indirekt wirkendes Gegenmittel.

Es ist eine banale Weisheit, daß es leichter, billiger, zweckmäßiger ist, Krankheiten zu verhüten als zu heilen. Man siehst dieser Tatsache nicht nur mit lauem Verstande, sondern mit heißem Herzen gegenüber. Der gesunde, starke Mensch stellt ein ganz anderes Kraftzentrum dar in seinem Gesamtwirken als der Schwächling. Seine berufliche, seine Lebensleistung ist größer, eine Wahrheit, die nicht nur vom persönlichen Standpunkt, sondern auch vom Standpunkt des Volkswirts, des Staatsmannes zu bewerten ist. Organisationsmaßnahmen der Gesamtheit, der Gemeinden und Länder müssen die Bemühungen des Einzelnen, der mit seinen Mitteln nicht das Nötigste leisten kann, unterstützen und zwar heutzutage mehr denn je.

Der Erzieher wird die Leibesübungen fördern vor allem seiner in neueren Werte willen: Leibesübungen härtet Willen und Tatkraft. Sie schwächen der Körper ist, um so mehr besteht es, je härter er ist, um so mehr gehorcht er. „Wissen ist Macht, wie Schlaf Gedacht, Wissen ist wenig, Können ist König.“ (Kosberger.) Leibesübungen schärfen die Sinne, fördern Geistesgegenwart, Entschlußfähigkeit. Sie machen bedürfnislos, sie lassen uns Unbedürfnissen, Hunger, Durst, Schmerzen leichter ertragen, sie entwickeln Ausdauer, Charakterstärkung, wie Entschluß, Selbstkritik, Empfindlichkeit, Trost werden erkannt und beeinträchtigt. Sie bringen uns frohlich, der zur allgemeinen Lebensfreude wird. Das Gefühl, Herr eines starken Körpers zu sein, ist ein Hochgefühl. Das Hochgefühl des Stäufers in

Winterspazierwegen wird zu einem unbesehblichen Glücksgefühl. Wir hätten den Mut, Italien geländes Selbstvertrauen, wir ergäben hochgewaltigen Menschen, die mannhaft und wegsam sind.

„Fort und freudig sei des Freien Sohn und läßt im Kampf. Töster bei der Mann und heiter, bis zum Todestag, singe die Erit.“ Unter Volkshör ist verstanden, diese Schule praktisch-hygienischer Volksbildung, diese Willens- und Charaktereschule uns genommen. Es gilt Ersatz zu schaffen. Es war indessen ein Nachteil der alten Armee, daß sie nur den Kräftigen förderte, den Schwächling jedoch nicht erbaute.

Man kann von den verschiedensten Gesichtspunkten aus den Wert der Leibesübungen beurteilen, wurde gesagt: Der Zivilisationsprozeß, die Mechanisierung des Lebens im Zeitalter der Maschine hat robbte Körperkraft entwertet. Der Fabrikarbeiter, der in einseitiger Handlung nur eine winzige Teilleistung in dem langen Verlauf des Fabrikationsvorganges vollbringt, ohne Freude am Gesamtwort zu erleben, sehnt sich nach Vereinerung seines Schaffens, nach einer frohen Betätigung des Gesamtmenschen. Nebenbei sei bemerkt, daß der Sportgewandte auch Vertriebskanäle weniger ausgeführt ist. Zu der Förderung der Leibesübungen auf dem Lande erwinnen wir ein wirksames Mittel gegen die Landflucht.

Der Jugendliche, der die Welt noch nicht aus den Angeln zu heben vermag, kann in den Leibesübungen bereits zeigen, daß er ein ganzer Kerl ist. Auch das ist wesentlich. Eine Ueber-treibung des an sich notwendigen Strebens nach Höchstleistungen wird natürlich nicht das Wort gerecht. Förderung der Masse ist in gesundem Einfluß zu bringen mit besonderer Förderung des Einzelnen.

Wer Höchstleistung erstrebt, muß sich einer streng hygienischen Lebensführung befleißigen. Dieses Training ist ein wertvoller Bestandteil der Höchstleistung.

Nicht nur gegen Ueberreizung zum Schaden des Körpers ist bewacht vorzugehen (sportärztliche Mitarbeit ist nötig), auch die Ueberbewertung des Reformmannes (Kanonensammel), die Auswülfte in Form von Berufsport, sind zu bekämpfen. Leibesübungen vermögen an sich sehr wohl der Ueberbetonung des Jungs entgegen zu wirken. Die Kampfsportspiele, die Mannschaftssportspiele verlangen Unterordnung unter die Idee des Ganzen. Leibesübungen, die Gefahren bringen, wie Bergsteigen, erziehen zur Kameradschaft, zur Hilfsbereitschaft, solche die den Gegner gefährden, wie Ringen, Fechten, zur Ritterlichkeit.

Im Sportgewand fragt man nicht nach Rang und Stand, man beugt sich freiwillig der Leistung des Besseren. Leibesübungen führen weiter auf dem Wege der Volksgemeinschaft, die nun einmal eine Schicksalsgemeinschaft ist.

Leibesübungen, wie Wandern, Wanderrufen, Bergsport erschließen die Schönheit der Heimat, wirken auf das Gemüt, man denke an Volkslied und Lantentanz, man denke an das Hochgefühl des Bergsteigers und Skiläufers.

Wir haben Mangel an schönen Körpern. Wie liebevolle Pflege des Geistes den Geist abtötet, so liebevolle Pflege des Leibes den Leib. Unsere verhältnißmäßige Kleidung hat die natürliche Eitelkeit sich nicht auf die Pflege des Körpers, sondern auf Verdeckung seiner Mängel richten lassen.

Vom hohen praktischen Wert ist die Tatsache, daß Leibesübungen gesunde Müdigkeit machen, verhüten, daß Geld für bedenkliche Genüsse, für Alkohol und Nikotin ausgegeben wird. Sie schränken die Gefahren des Großstadtlebens, der Croit ein, sie schützen vor Geschlechtskrankheiten.

Die Frau unterliegt den gleichen biologischen Gesetzen wie der Mann. Die Unterschiede sind quantitative, indessen als solche zu beachten. Noch mehr als der Mann kümmert die Frau unter der Einwirkung des Berufslebens, das ungenügende Bewegungswertige gibt.

Die durchschnittliche Lebensdauer des Deutschen ist kürzer, als die von Angehörigen anderer Kulturvölker. Leibesübungen müssen nach bekanntem Wort Volkssitte, müssen Bürgerpflicht, sie müssen eine Maßnahme alltäglicher Lebensführung werden, sie müssen zum Lebensstil gehören, bei Jedermann.

Spätere Geschlechter werden auf uns herabsehen als auf eine Zeit der Unkultur, eine Zeit, die nicht genügend beachtet, daß Gesundheit die Voraussetzung aller Schaffens ist, nicht nur auf körperlichem, sondern auch auf geistigem und seelischem Gebiete.

„Kraut ist weder Kern noch Schale, sie ist alles mit einem Male.“

## Die tägliche Turnstunde.

Wenn man die Geschichte der täglichen Turnstunde schreiben wollte, könnte man als ihren ersten Vertreter Platon nennen, der in seinen Gesetzen für den Idealstaat davon ausgeht, daß die zu erziehende Jugend täglich körperliche Übungen ausführen müsse. Auch sonst finden wir bei Plato alles, was für eine künftige körperliche Erziehung im Hinblick auf die Gesamtbildung des Menschen zu sagen wäre. Er hat, wenn ich mich heutiger Schlagworte bedienen darf, neben der täglichen Turnstunde das Spieltaggebot, die Verbindung von sportlicher Hochleistung mit allseitiger Schulung, die Einbeziehung der körperlichen Gymnastik und die Turnlehrerfortbildung behandelt. Er verlangt ausdrücklich halt des Turnlehrers den wissenschaftlich gebildeten Erzieher, da körperliche Ausbildung der Menschen nicht weniger Wissen und Voraussetzungen erfordert als die Schule des Verstandes.

Machen wir den Sprung über zwei Jahrtausende, so hat der Vater aller heutigen Körpererziehung, GutsMuths, im Jahre 1797 in seinem Buch „Gymnastik für die Jugend“ darauf gedrungen, daß die Jugend während der ganzen Schulzeit und auch späterhin wenigstens eine Stunde täglich körperlich geübt werde.“ Auch die Wege dazu hat er in einem Fragebogen beantwortet.

Das Jahrhundert nach ihm hat die vollkommenste staatliche Heberwachung und Regelung des Schulweins gebracht, GutsMuths Forderung aber nicht erfüllt. Bei der Schulkonferenz des Jahres 1890 trat der Forschungsreisende Dr. G. G. Feld mit den prophetischen Worten auf: „Fürchten Sie sich nicht vor der Gefahr, daß durch die Beschränkung des wissenschaftlichen Unterrichts auf 24 Wochenstunden zu Gunsten des täglichen Turnens es Deutschland an Gelehrten fehlen werde, wohl aber bedenken Sie, daß, wenn Sie diese Vorschläge ablehnen, es unserem Lande an allseitig vorgebildeten, charakterfesten Männern fehlen könnte in einem Augenblick, wo wir ihrer am meisten bedürfen.“ Und ich denke, diesen Augenblick haben wir alle erlebt. Kaiser Wilhelm, der diese Schulkonferenz einberufen hatte, ergänzte die Forderungen, daß nicht nur die Schüler turnen, sondern auch alle Lehrer das Turnen lehren müßten und“, so fügte er hinzu, „sollt täglich turnen sollten.“ Wir dürfen annehmen, daß diese Forderung nicht aus dem preussischen Kultusministerium verhängt worden ist.

Einem erkennbaren Niederschlag in der Arbeit der nächsten Jahre fand die von der Schulkonferenz 1890 angenommene Forderung nicht. Erst 1917 wurde sie wieder auf der Hauptversammlung des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen aufgenommen. „Jeder Schüler und jede Schülerin muß jeden Tag eine Stunde körperlicher Übung zu den vielen Stunden geistiger Schulung als Gegengewicht haben.“ So lautete die wieder neu aufgestellte Forderung. Im Jahre 1919 wurde diese Forderung in sieben Punkten niedergelegt, um sie der Nationalversammlung vorzulegen. Diese hat die sieben Forderungen zur körperlichen Erziehung der Regierung „als Material überwiesen.“

Die Unterstützung der Bestrebungen auf diesem Gebiet durch Länder und Gemeinden ist immer noch im Verhältnis höher als das Interesse des Reiches für diese lebensnotwendige Sache. Allerdings wird immer wieder die sicher nicht robbte Finanzlage des Staates als Ursache vorgegoben; man darf aber nicht vergessen, daß das, was nach dem Bankrott der Geldherrschaft für alle Kulturländer eintreten wird, schon jetzt für Deutschland alle Kulturländer eintreten wird, schon jetzt für Deutschland alle Kulturländer eintreten wird. In einem Augenblick ist die Gesundheit die einzige Kapital, als einziger Reichtum die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit bis ins hohe Alter haben werden. Auf Rentenbesitz können wir nicht rechnen, die Zeiten sind vorbei. Und wie es den Spanier geben kann, haben wir am eigenen Leibe erlebt. So gut es geht, haben wir mit dem Gedanken vertragen machen, daß wir alle, heißt es, sich mit dem Gedanken werden werden müssen, die wir Deutsche sind, in den Seelen werden werden müssen. Der Staat aber hat das größte Interesse daran, daß ihm nicht die Arbeitsfähigen zur Last fallen, die bei ausreichendem Gelegetheit zu sportlicher Betätigung nicht oder weniger und später erkrankt wären. Am schwersten sind Jugendlichen wieder einzuholen, die Sünde am kindlichen Körper; man bedenke nur den Einschnitt, die unwiderrückliche Veränderung im kindlichen Leben, wenn es aus Spiel und Toben, aus ungehemmter Bewegung in frischer Luft und unbesetztem Gehirn in das stundenlange Stillsitzen in der dampfenden Schulküche, verbunden mit der Inanspruchnahme auf geistigem Gebiete, übergeht! Es gibt keine Forderung, die dringender für die Volksgesundheit wäre als die tägliche Turnstunde!

## Straßenfahrt des A. D. A. C.

Anlaßlich der Deutschen Automobilschau veranstaltete der A. D. A. C. eine Straßenfahrt von sämtlichen deutschen Gauen nach Berlin. Das außerordentlich ungünstige Wetter und die aufgereicherten Chausseen verursachten viele Pannen und deshalb große Verzögerungen. Bis nachmittags 2.15 Uhr waren etwa 400 Wagen und 200 Motorräder eingetroffen. Vertreter waren u. a. Fahrer aus Altenstein, Königshorn, Pock, Bertelen waren u. a. Fahrer aus Altenstein, Königshorn, Pock, Busum, Hensburg, Gumbinnen, Fojan, Eberfeld, Augsburg, München, Moselher, Köln, Schwerin, Leipzig und Chemnitz. Am ganzen sind noch zu erwarten ca. 300 Wagen und 100 Motorräder.

**Renner Sport**  
Leichtathletik / Fußball / Hockey  
Tennis / Boxen / Fechten  
Wassersport / Wandersport  
Fahrräder / Motorräder

Auskunft über erleichterte Zahlungsbedingungen erteilt unsere Rechnungs-Abteilung  
Direkter Zugang: An der Kreuzkirche 9, 1.

## Beamtensport.

Das neue Poststadion in Berlin.

Nach vor wenigen Jahren waren Beamtensport und Sport zwei ganz verschiedene Begriffe. Man erblickte in den Beamten würdige alte Herren, und niemand würde es sich haben vorstellen können, daß diese sich sportlich noch betätigen. Die letzten Jahre haben in diesen Verhältnissen jedoch entscheidenden Wandel geschaffen. Heute haben alle Angestellten ihre eigenen Sportvereine. Sowohl die Beamten wie auch die Privatbeschäftigten haben alles aufgegeben, was sie aufboten konnten, um sich und ihren Kindern die geeigneten sportlichen Möglichkeiten zu schaffen. Auch die Postbeamten haben allerlei Gutes in sportlicher Betätigung für sich und gründeten aus diesem begründeten Grunde im Jahre 1924 einen Postbeamtenverein. Dieser lud vor einigen Tagen zur Verwirklichung seiner hohen festgelegten Stadiomanage ein. Diese liegt im nordwestlichen Berlin, in Moabit.

Diese eigenartige Anlage ist von dem bekannten Baumeister Georg Demmler ausgeführt und entworfen worden. Sie erregte großes Aufsehen und fand viel Beifall. Auf dem Platze, der an der Lehrterstraße sehr günstig liegt, ist alles das vereinigt worden, was zu sportlicher Ausübung notwendig ist.

Da finden wir vier Felder, die für Rasensport vorgesehen sind. Sie umfassen eine gerade 200 Meter-Laufbahn, einen Hauptkampflap mit einer 400 Meter-Laufbahn und ein Spielfeld 110 mal 70 Meter. Außerdem finden sich Zuschauerplätze

für 30 000 bis 40 000 Personen und eine ausgebaute Tribüne, mit den beachtenswerten Mähen von 80 mal 17 Metern, acht Tennisplätze, zu denen sich später ein Turnierplatz gesellen soll und ein Sommerschwimmbad. Auch dieses entspricht allen nur erdenklichen Anforderungen und besteht aus einem allgemeinen Lust- und Sonnenbad, ein anderes Lust- und Sonnenbad ist für Damen reserviert. Ein Becken von 50 mal 20 Metern ist für Schwimmer, ein anderes, 20 mal 20 Meter groß, für Nichtschwimmer bestimmt. Ein Sprungturm mit Sprungbrettern in 5 und 13 Metern Höhe, Umkleidekabinen und -stellen und ein Erfrischungsräum vervollständigen die Einrichtung.

In 28 Eintrittsstellen wird den verschiedenen Becken das Wasser zugeführt. Die Abwässer die entstehen, werden entweder der Spree zugeführt oder zur Bepflanzung der Rasenflächen verwendet.

Ein ganz besonders interessierendes imposantes Gebäude wird eine Tribüne, an der man angeblich noch arbeitet. Sie wird nicht nur 3000 Menschen Raum bieten, sondern auch noch Zimmer für die Vereinsbeamten und Sporzler, ferner noch Aufenthaltsräume sowie Aufenthaltsräume für Ärzte und Pflegepersonal enthalten. Von den Kellern dieser Tribüne führt ein Tunnel direkt in das Innere der Kampfbahnen hinein. Dadurch ist es erreicht worden, daß die sportlichen Kämpfer an den Startort gelangen, ohne erst mit den Zuschauern zusammenzukommen.

Die Postbeamten Berlins dürfen mit Recht stolz auf diese Schöpfung sein, die ihr Opferwille in so kurzer Zeit ersehen ließ.

Rucksäcke, Lederhosen  
Wickelgamaschen, Wanderstutzen  
**T. ALBERT, BAUTZEN**  
Lauengraben 10      Fernsprecher 1078

**Orgel** Neu- und Umbauten Elektr. Gebläse  
Joseph Schuster & Sohn  
Orgelbauanstalt  
Zittau i. Sa.      und Reichenberg i. S.

**RENNER**  
Fahrräder & Motorräder

Handel \* Wirtschaft \* Verkehr

\* Ausfertigung von Papiermarken. Die Lebensversicherungsgesellschaft Sachsen-Thüringen-Anhalt, Provinzial-Lebensversicherungsbank G.m.b.H., hat ihre Papiermarken...

Berliner Produktenmarkt

Berlin, 30. Oktober. Preise für Getreide und Ölsaaten für 100 Kilogramm, auch für 100 Kilogramm ab Station. Weizen in Reichsmark: Weizen, mähr. 273 bis 276 etc.

Marktlage: Getreidepreise in Berlin. Weizen mähr. 273 bis 276 etc. Roggen mähr. 250 bis 253 etc.

Baugner Marktpreise

vom 30. Oktober nach amtlicher Preisfestsetzung (Weizen in Reichsmark für je 50 kg): Weizen (Effektweizen) 73 kg 13,25 bis 13,50 etc.

Getreide und Vieh in Chicago

Chicago, 30. Oktober. Weizen für Dez. 140 1/2, für Mai 145,25, für Juli 138,00, Weizen für Dez. 74,25, für Mai 82 1/2 etc.

Von Staatsanleihen und Wandbriefen wurden nach folgende Zinsen in der Tabelle aufgeführten Zinsen notiert: 4 Prozent Bankm. Kreditbriefe Serie 4a 12 etc.

Verfallende Wertpapiere: Deutsche Kreditbriefe 100 500, 500 1000, 1000 2000 etc.

Ausländische Staatspapiere: 4 1/2 Prozent Österreichische Anleihe 1910 etc.

Sonne Aktien

Dresden, 30. Oktober. Braubau 164, Freddner Paul 160, Schöneberg 162 etc.

Nichtamtliche Werte

Dresden, 30. Oktober. Panzer Stanz- und Emailierwerk 10,25, Elitzungen 10,25, Ergeb. Goldindustrie 60 etc.

Geschäftliches

Spender der Gesundheit sind Vitamine. Kaufleute der lebenden Zelle, die natürliche Nahrung für Körper und Nerven etc.

Dr. Joseph W. Beyer. Spezialärztlich für Haut- und Syphilis. Dr. Joseph W. Beyer: Die Hautkrankheiten und Syphilis.

Paramenten - Goldstickerei - Kunststopferei Maria Runge, Bautzen, Löbauer Straße 9

Es läuten die Glocken zu Köln am Rhein C. Spielhagen

Dresdner Börse. Deutsche Staatspapiere, Eisenbahn- und Transport-Aktien, Bank-Aktien, Papier-, Papierfabrik- u. Phologie-Aktien

Porzellan-, Ofen-, Scham- und Glasfabrik-Aktien, Maschinenfabrik u. Metall-Industrie-Aktien, Vieh-, Unternehmungen, Brauerei u. Spiritus-Aktien

Verkehr, Unternehmungen, Brauerei u. Spiritus-Aktien, verschiedene Industrie-Aktien

Verein der Katholiken / Volksverein Dr.-Striesen. 14. Stiftungsfest

Mittwoch, den 3. Nov., abends 7 1/2 Uhr. Violin-Konzert Goffried Stanek

Binzenverein Chemnitz. Haupt-Versammlung

Geschäfts-Veränderung! Josef Seidel, Schuhmacherei Königshain Nr. 43

Pelz-Mäntel Jacken. Pelzgeschäft-Triebler Dresden

Getragene Kleidungsstücke. Wäsche, Schuhe usw. für Hilfsbedürftige

Katholisches Fräulein. 34 Jahre alt, Vollwaise, im Haushalt, solide Plätkin etc.

Junge Leute alt. Berufe, die zur See fahren wollen, erhalten streng reellen Rat etc.

Möbel-Barthel Dresden. Gr. Plauenische Str. 25

ZIGAREN JOSEF KUNTE DRESDEN

Dresdner Theater. Opernhaus, Schauspielhaus, Albert-Theater

Die Komödie. Heute und folgende Tage. Wäpriel Carolin Toelle in Der Garten Eden etc.